

Nr. 32 A

Strategieplan für Wien

*Qualität verpflichtet
Innovationen für Wien*

Strategische Projekte



Eine Initiative der Wiener Stadtregierung

WERKSTATTBERICHT

INHALTSVERZEICHNIS

VORBEMERKUNG

Querschnittsorientierung im gesamten Strategieplan

- VERWALTUNGSMODERNISIERUNG

Strategiefeld 1

Wien engagiert sich in Europa und verstärkt regionale Kooperation

- TEN-KNOTEN REGION WIEN
- CCC-PROJEKT
Grenzüberschreitende Wirtschaftskooperation
- REGIONALMANAGEMENT WIEN-UMLAND

Strategiefeld 2

Wien schafft neue Perspektiven für Wirtschaft und Arbeit

- HAUPTBAHNHOF WIEN
- TECHNOLOGIEPARK WIEN – TECH GATE
- ENTWICKLUNG WIENS ZUM BIOTECHNOLOGIESTANDORT
- CLUSTER SUPPORT PROGRAMM
Neue Wege zum Personalaufbau in Wachstumsbranchen
- STADTENTWICKLUNGSZONE “ERDBERGER MAIS - ASPANGGRÜNDE”

Strategiefeld 3

Wien investiert in Wissen, Bildung und Kultur

- TECHNOLOGIE- UND ZUKUNFTSFONDS
- KNOWLEDGE BASE VIENNA
- WIENER BILDUNGSNETZ
- HAUPTBIBLIOTHEK – EIN NEUES BILDUNGSPOLITISCHES SYMBOL
- DAS KINDERQUARTIER IM MUSEUMSQUARTIER
Ein Ort für (er)lebbare Kreativität

Strategiefeld 4

Wien stärkt Qualität von Naturraum und Stadtraum

- REALISIERUNG DES GRÜNGÜRTELS WIEN '95
- GEWÄSSER- UND GRÜNRAUMVERNETZUNG
- ATTRAKTIVIERUNG DES ÖFFENTLICHEN RAUMES
- INNERSTÄDTISCHE ZENTREN UND GESCHÄFTSSTRASSEN
- ENTWICKLUNG VON VOLKSPRATER – MESSEGELÄNDE – KRIEAU – STADION
- GÜRTELMANAGEMENT
- GESCHLECHTSSENSIBLE KINDER- UND JUGENDSPIELPLÄTZE,
SPORT- UND PARKANLAGEN IN DEN WIENER BEZIRKEN
- EINFACH – MEHRFACH

Strategiefeld 5

Wien bleibt Stadt der Lebens- und Umweltqualität

- KLIMASCHUTZPROGRAMM DER STADT WIEN
- INTEGRATIVER GESUNDHEITSPLAN 2000 FÜR WIEN
Plan und Interventionsprojekte
- ÖKOBUSINESSPLAN WIEN

- GENDER MAINSTREAMING IN DER PLANUNG
- FORCIERUNG DER STADTERNEUERUNG IN ÖFFENTLICH-PRIVATER PARTNERSCHAFT
Pilotprojekt Baublockmanagement
- ÄLTERE MIGRANTINNEN IM SYSTEM DER ALTENHILFE
- COMMUNITY INTERPRETERS
Kommunalzentrale – ein Schlüssel zu Gleichberechtigung
und interkultureller Verständigung
- PUMA
Projekt UmweltManagement in Amtshäusern der Stadt Wien
- ALLTAGSGERECHTE SANIERUNG UND NEUBAU
Altmannsdorf neu
- THERMISCH-ENERGETISCHE WOHNHAUSSANIERUNG – THEWOSAN
- WOHNEN, ARBEITEN UND FREIZEIT
Beispiele: Gasometer und Wienerberg City

IMPRESSUM

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS DER IM TEXT ANGEFÜHRTEN INSTITUTIONEN UND
DIENSTSTELLEN DER STADT WIEN

Werkstattbericht 32A / Strategieplan für Wien - Strategische Projekte
(Begleitband zu Werkstattbericht 32 / Strategieplan für Wien)

VORBEMERKUNG

Der Strategieplan für Wien beruht auf einem integrativen Ansatz. Sein Ziel ist die optimale Gesamtentwicklung Wiens durch gleichwertige Behandlung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekte.

Die im Strategieplan definierten Strategiefelder konkretisieren diesen integrativen Ansatz. Um die inhaltlichen Querbezüge zwischen den Strategiefeldern zu verdeutlichen, wurden in den Strategiefeldern bei strategischen Zielen, die in besonders hohem Maß mit strategischen Zielen in anderen Strategiefeldern korrespondieren, entsprechende Querverweise angebracht.

Auch zwischen den Strategiefeldern und den strategischen Projekten gibt es wechselseitige Bezüge. Um diesen Zusammenhang zu verdeutlichen, wurden bei der Darstellung strategischer Ziele, die in besonders hohem Maß mit strategischen Projekten korrespondieren, entsprechende Verweise angebracht.

In Weiterführung dieser Verknüpfung lassen sich die strategischen Projekte schwerpunktmäßig Strategiefeldern zuordnen. Dabei zeigt sich allerdings, daß das strategische Projekt *“Verwaltungsmodernisierung”* sämtliche Strategiefelder betrifft. Entsprechendes gilt für den methodischen Ansatz von *“Gender Mainstreaming”*. Da sich das strategische Projekt *“Gender Mainstreaming in der Planung”* aber schwerpunktmäßig auf bessere Benutzbarkeit von Stadträumen orientiert, wurde es in der vorliegenden Darstellung dem Strategiefeld *“Wien bleibt Stadt der Lebens- und Umweltqualität”* zugeordnet.

Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass es ein wichtiges Kriterium für die strategischen Projekte ist, dass sie mehrere bzw. möglichst viele Strategiefelder betreffen. Um die Querbezüge und Synergien zu verdeutlichen, wurde in der Darstellung der strategischen Projekte neben dem spezifischen Projektziel auch der Beitrag zu den Zielen des Strategieplanes angeführt.

Generell wurde versucht, die strategischen Projekte in einer einheitlichen Struktur darzustellen, um den Zusammenhang zu verdeutlichen und die Vergleichbarkeit zu erhöhen. In der überwiegenden Zahl der Projekte war dies möglich. Es gibt allerdings auch Projekte, die aufgrund ihrer Komplexität und ihres innovativen und teilweise experimentellen Charakters zum gegenwärtigen Bearbeitungszeitpunkt noch nicht unter sämtlichen Kriterien definiert werden können.

Wie für den gesamten Strategieplan, gilt auch für die strategischen Projekte eine hohe Verbindlichkeit und Qualität in der Umsetzung, um Innovationen für die gesamte Stadt zu bewirken. Die strategischen Projekte sollen als *“best practices”* neue Entwicklungen eröffnen und sind zentrale Impulsträger für die Umsetzung des Strategieplanes. Von besonderer Bedeutung sind Projekte in öffentlich-privater Partnerschaft.

QUERSCHNITTSORIENTIERUNG IM GESAMTEN STRATEGIEPLAN

Verwaltungsmodernisierung

LEITIDEE Der Magistrat der Stadt Wien ist ein großer Dienstleistungskonzern, dessen Kunden die Menschen dieser Stadt sind. Den Servicecharakter der Stadtverwaltung gilt es nach den Kriterien der Kundenorientiertheit und Effizienz forciert weiterzuentwickeln. Die Verwaltungsmodernisierung ist ein permanenter Optimierungsprozess zur Anpassung von Organisations-, Entscheidungs- und Verfahrensstrukturen an sich verändernde Rahmenbedingungen und neue Entwicklungen. Die Orientierung des Magistrats an den BürgerInnen ist durch eine ergebnisorientierte Aufgabenerfüllung sicherzustellen.

AUSGANGSLAGE

Die Organisationsanalyse der UnternehmensberaterInnen bescheinigt dem Magistrat eine Leistungserbringung auf hohem Niveau. Reformbedarf wurde auf der Managementebene in den Bereichen Personalwesen und Führungskultur, Finanzwesen, Organisation, EDV und Beschaffung festgestellt.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Nach dem Ansatz des "New Public Management" soll sich das Handeln des Magistrats und seiner MitarbeiterInnen am Ergebnis (Output) für die Menschen und die Wirtschaft in der Stadt orientieren. Die Ziele des Verwaltungshandelns einer Dienststelle werden von der politischen Ebene durch einen umfassenden Auftrag bestimmt. Der Rahmen für das Verwaltungshandeln der Dienststellen wird gemeinsam mit den politischen und administrativen EntscheidungsträgerInnen festgelegt. Innerhalb dieses Rahmens erhalten die Dienststellen eine weitgehende Eigenverantwortung, womit und wie sie ihre Aufgaben erfüllen (dezentrale Ressourcenverantwortung). Die Budgetierung ist auf die zu erreichenden mengen- und qualitätsmäßig bestimmten Ziele (Output) und nicht mehr so sehr auf die eingesetzten Ressourcen (Input) abzustellen. Die Zielerreichung ist durch ein Controlling mit laufenden steuerungsrelevanten Informationen über die Effizienz und die Wirtschaftlichkeit der Verwendung der eingesetzten Mittel zu gewährleisten.

VORGEHENSWEISE UND ORGANISATORISCHE MASSNAHMEN

Dienststellenweise Erstellung von strukturierten Vereinbarungen (Kontrakten) zwischen AuftraggeberInnen (amtsführenden StadträtInnen, Magistratsdirektor) und AuftragnehmerIn (Fachdienststelle) mit Unterstützung der zugeordneten Controllingstelle aus dem Bereich der Verwaltungsführung (Kontraktmanagement). In den Kontrakten werden die zu erreichenden generellen Ziele nach erfolgter Abstimmung festgelegt (Outputsteuerung) und die daraus abgeleiteten Leistungen und Produkte der Dienststellen beschrieben (Produkt- und Leistungskatalog). Den Leistungen werden die erforderlichen Ressourcen zugeordnet (outputorientierte Budgetierung) und daraus die betriebliche Kosten- und Leistungsrechnung entwickelt. Durch die in den Kontrakten vereinbarten Rahmenbedingungen werden vorerst bei Aufrechterhaltung der bestehenden Regulative die der Dienststelle gewährten Freiräume festgelegt, aus welchen sukzessive die neuen Regeln für den

Handlungsspielraum der Dienststelle entwickelt werden (dezentrale Ressourcenverantwortung), die mit der Ergebnisverantwortung verknüpft sind. Die für den jeweiligen Kontrakt beauftragte Controllingstelle führt als Dienstleistung für die Auftraggeber die laufende Kontraktevaluierung durch und stellt die Information für die zentrale Steuerungsunterstützung (Personal, Finanzen, EDV) bereit (zentrales Controlling und Berichtswesen). Als Werkzeuge für die Kosten- und Leistungsabrechnung und für das Controlling sind abhängig vom erzielbaren Nutzen die integrierte Standardsoftware SAP R/3 oder aus dem Rechnungswesen der Stadt Wien entwickelte Systeme einzusetzen. Durch Kontrakterfüllung erzielte und durch das Controlling evaluierte Erfolge sind als Maßstab für die Entwicklungsgeschwindigkeit zur dezentralen Ressourcenverantwortung heranzuziehen und sollen auch eine Honorierung der für den Erfolg verantwortlichen Dienststellen und MitarbeiterInnen ermöglichen. Kontrakte sind insofern dynamisch, als Änderungen in den zu erbringenden Leistungen im Abstimmungsprozess nach den vereinbarten Regeln jederzeit unter Einbeziehung der Auswirkungen auf den Leistungsauftrag möglich sind.

ZEITHORIZONT

Die ersten Kontrakte waren ab 1999 zu vereinbaren und sind in den Folgejahren bis zur Erreichung der Ziele zu vertiefen und zu präzisieren. Gleichzeitig sind gestützt auf die gewonnenen Erkenntnisse laufend weitere Dienststellen in das Kontraktmanagement einzubeziehen.

ERFOLGSINDIKATOREN

- Ausmaß der erzielten Verbesserung der Effektivität, Effizienz und Wirtschaftlichkeit bei der Mittelverwendung
- Aufgabenerfüllung und Zielerreichung unter dem Gesichtspunkt des Nutzens für die BewohnerInnen und die Wirtschaft der Stadt
- Ausmaß und Qualität der Zielvorgaben
- Steuerungsrelevanz der Verknüpfung von Ressourcen und Leistungen
- Grad der erzielten Organisationsveränderung

STRATEGIEFELD 1

WIEN ENGAGIERT SICH IN EUROPA UND VERSTÄRKT REGIONALE KOOPERATION

- TEN-KNOTEN REGION WIEN
- CCC-PROJEKT
Grenzüberschreitende Wirtschaftskooperation
- REGIONALMANAGEMENT WIEN-UMLAND

TEN-Knoten Region Wien

LEITIDEE Das europäische Verkehrsnetz (TEN, TINA) ist ein infrastrukturelles Rückgrat für die Entwicklung eines gemeinsamen Europa. Die Verkehrspolitik der Europäischen Union sieht die optimale, umweltverträgliche Nutzung der Verkehrssysteme durch verbesserte Wahlmöglichkeit zwischen einzelnen Verkehrsmitteln (Intermodalität: z. B. Straße und Schiene) und bessere Bedingungen innerhalb eines Verkehrsmittels (Interoperabilität: z.B. hinsichtlich Spurweiten, Grenzaufhalten, Stromsystemen) vor.

Das europäische Verkehrsnetz wird im nächsten Jahrzehnt durch eine Vielzahl von Maßnahmen verbessert und "enger verknüpft". Die Knoten dieses Netzes erlangen dadurch zusätzliche Standortqualitäten, stehen aber auch in verstärkter Konkurrenz um logistische Dienstleistungen und damit um hochwertige Arbeitsplätze. Wien kommt in diesem Zusammenhang angesichts einer EU-Osterweiterung eine strategisch besonders wichtige Rolle zu. In Wien soll daher ein überregional bedeutsamer TEN-Knoten ausgebaut werden.

AUSGANGSLAGE

Wien ist jetzt schon ein bedeutender Knoten im Personen- und Güterverkehr. Die Weiterentwicklung des Verkehrsknotens Wien inmitten eines schrittweise verbesserten europäischen Verkehrsnetzes ist ein stadt- und regionalpolitisches Erfordernis. Starke Zunahmen des Güterverkehrs auf der Straße ergeben nicht nur aus wirtschaftspolitischen, sondern auch aus verkehrs- und umweltpolitischen Gründen einen dringenden Handlungsbedarf.

Wien hat allerdings damit zu rechnen, dass auch andere benachbarte Stadtregionen eine Knotenfunktion im europäischen Verkehrsnetz anstreben. Umso wichtiger ist es daher, einen regional abgestimmten "Fahrplan" für die Weiterentwicklung des TEN-Knotens in der Region Wien festzulegen.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Der Ausbau des Verkehrssystems in der Region Wien zu einem überregional bedeutsamen Knoten soll vorrangig der Entwicklung besonderer Standortqualitäten dienen. Durch eine "Logistikkompetenz" der Knotenregion Wien sollen zusätzliche Wertschöpfungspotenziale genutzt werden. Es gilt, die Tendenzen in der Wirtschaft in Richtung weiterer Spezialisierung und struktureller Änderungen in den Produktions- und Fertigungsprozessen für den Standortraum Wien zu nützen. Dazu sollen die verkehrlichen, umschlagstechnologischen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Wertschöpfung entlang der Logistikkette in der Region Wien abgeschöpft und dadurch ein wichtiger Beitrag zu der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Region geleistet wird.

Diese wirtschaftlichen Ziele sollen mit einer umweltverträglichen Abwicklung der Produktions- und Transportvorgänge in Hinblick auf

- Verkehrsvermeidung (funktionelle Verteilung des Güterumschlags auf mehrere Güterverkehrszentren und Effizienzsteigerung durch Transportbündelung und Leerfahrtenreduktion),
- Verkehrsverlagerung von der Straße auf Schiene und Wasser und
- Verringerung güterverkehrsbedingter Emission

erfüllt werden.

Den Zielsetzungen des Strategieplanes für Wien wird mit diesen Vorhaben mehrfach entsprochen:

- Stärkung regionaler Kooperation durch Definition und Installierung einer Informations- und Kooperationsstruktur mit allen maßgeblichen Akteuren
- Übernahme von Managementaufgaben im Rahmen des komplexen Projektes öffentlich-privater Partnerschaft.
- Vertiefung der Kooperation zwischen Körperschaften und privaten Unternehmen mit unterschiedlichen Interessenlagen.
- Stärkung des Wirtschaftsstandortes Wien ohne Verzicht auf ökologische Ziele und Anforderungen.
- Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze.

VORGEHENSWEISE, ORGANISATORISCHE MASSNAHMEN UND AKTEURE

In einer ersten Phase eines kooperativen Planungsverfahrens (1998 – 2000) wurden Leitprojekte definiert und ein Infrastrukturprogramm entwickelt. Zu den Leitprojekten zählen ein "Kompetenzzentrum Logistik" und eine kooperative Entwicklung von Güterverkehrszentren (Terminal Wien Inzersdorf, Güterverkehrszentrum Hafen Wien, Terminal Nordost). Als Aufgaben eines weitergeführten Planungsverfahrens ("TEN 2") sind vorgesehen:

- operative Präzisierung des Terminalkonzepts für die Region Wien
- Innovation, Forschung & Entwicklung im Logistikbereich: Dokumentation der Aktivitäten und Vorschlag für eine synergetische Vorgangsweise
- Vorbereitung und Durchführung eines Planungsverfahrens Terminal Nordost
- Erarbeitung eines Logistikprojektes zur Verknüpfung der Güterverkehrszentren
- Definition von Rahmenbedingungen und Aufgaben eines Knotenmanagements

Offen ist derzeit noch die Frage, in welcher Form ein "Knotenmanagement" für die Region Wien entwickelt werden kann und soll. Insbesondere die Aufgaben eines derartigen Knotenmanagements und die organisatorische Struktur wären noch zu konkretisieren. Folgende Aufgaben sind jedenfalls zu erfüllen:

- Gemeinsames Marketing und Lobbying für die Knotenregion Wien
- Aufbau transnationaler kooperativer Netzwerke (Kooperation vor allem auch mit den anderen in- und ausländischen intermodalen Güterverkehrszentren)
- Forschung und Entwicklung im Logistik- und Telematikbereich

Im Rahmen der TEN-Initiative waren bisher als wichtigste Akteure die Länder Wien, Niederösterreich, Burgenland, der Bund, die ÖBB, die Wirtschaftskammern, die Betriebsansiedlungsfonds in Wien und Niederösterreich sowie Speditionen vertreten. Das Projektmanagement wurde durch die MD-Stadtbaudirektion, Gruppe Planung, sowie die Magistratsabteilung 18 federführend betrieben. Diese Vorgangsweise hat sich grundsätzlich bewährt und sollte beibehalten werden. Für die dargestellten Aufgaben wird eine Verfahrensdauer von zwei Jahren abgeschätzt.

FINANZIELLE RESSOURCEN

Die bisherigen Verfahrenskosten "Initiative TEN-Knoten Region Wien" betragen ca. ATS 3 Mio. Die zweite Phase ("TEN 2") erfordert ca. ATS 5 Mio., wobei auch private Beteiligungen angestrebt werden. Der Handlungsrahmen betrifft die Verkehrsinfrastruktur, organisatorische Maßnahmen, aber auch Ausbildung und

Weiterqualifizierung. Nicht zuletzt wegen der benötigten finanziellen Ressourcen ist ein politischer Abstimmungs- und Entscheidungsprozess mit den maßgeblichen Akteuren erforderlich.

ERFOLGSINDIKATOREN

- Arbeitsplatzpotenzial im Transportsektor (Logistik-Kompetenz)
- Verteilung des Güterumschlags auf Straße – Schiene – Schiff
- Zahl und Umfang kooperativer Projekte
- Einschätzung des Kooperationsklimas durch die betroffenen Körperschaften und Unternehmen

CCC-Projekt

Grenzüberschreitende Wirtschaftskooperation

LEITIDEE Grenzüberschreitende Wirtschaftskooperation in Mittel-Osteuropa (Crossborder Business Cooperation for Central Europe - CCC) unterstützt die Absicherung und Weiterentwicklung Wiens als international attraktiven Wirtschaftsstandort. Sie nutzt das wirtschaftliche Potenzial der sich entwickelnden, grenzüberschreitenden Europaregion und trägt zur Weiterentwicklung von Kompetenz und Expertise in der Wirtschaft bei. Um den Lagevorteil der Vienna Region auch in Hinblick auf die geplante EU-Osterweiterung künftig noch besser zu nutzen, muss die in vielen Wiener Unternehmen und Institutionen vorhandene Kompetenz und Angebotsdichte im Know-how über die Märkte Mittel- und Osteuropas synergetisch gebündelt und vernetzt und damit in erhöhtem Ausmaß sichtbar und verfügbar gemacht werden. Darüber hinaus ist dem zusätzlichen Bedarf an spezialisierten Dienstleistungen Rechnung zu tragen, der im Zuge der weiteren Internationalisierung heimischer Klein- und Mittelunternehmen in den ost-mitteleuropäischen Raum, insbesondere bei der weiteren Vernetzung auf Unternehmensebene durch Kooperations- und Beteiligungsstrategien zu erwarten ist. Durch Pooling und Ergänzung bereits bestehender Leistungen und Einrichtungen soll vor allem das Angebot in den Bereichen Consulting, Education und Technologietransfer verbessert werden. Dies trägt dazu bei, den Großraum Wien als Dienstleistungszentrum mit besonderer Informationsdichte über Marktchancen und institutionelle Rahmenbedingungen im neu entstandenen Städtenetzwerk zu verankern und international zu profilieren.

AUSGANGSLAGE

- Der EU-Beitritt Österreichs, die Liberalisierung der Märkte in den Transformationsländern und der Globalisierungsprozess stellen eine Herausforderung für die österreichische Wirtschaft dar, insbesondere für klein- und mittelbetriebliche Strukturen.
- Im Lichte des fortschreitenden Transformationsprozesses und der EU-Erweiterung stellen Kooperations- und Beteiligungsstrategien von Unternehmen angesichts der Kostendifferenzen der Produktionsfaktoren eine notwendige Handlungsoption zur Sicherung des Produktionsstandortes insgesamt und der Stabilität in den Grenzregionen dar.
- Diese Strategien lassen einen weiteren Bedarf an spezialisierten Dienstleistungen erwarten. Dabei sind neben üblichen Consultingleistungen (z.B. in Rechts- und Wirtschaftsfragen, Marketing, etc.) auch die Bereiche Aus- und Weiterbildung und Technologietransfer angesprochen.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Ziel des CCC-Projektes ist die Realisierung einer Plattform, die folgende Funktionen wahrnimmt:

- Bündelung von bereits bestehenden Dienstleistungen und Know-how ("Ostkompetenz") zur funktionalen Steuerung der "Vienna Region" im Bereich "(EU)grenzüberschreitende Wirtschaftskooperation" als wichtiger Aspekt in der internationalen Standortpositionierung.
- Unterstützung und Förderung grenzüberschreitender wirtschaftlicher Aktivitäten (gWA) von Klein- und Mittelbetrieben (KMU) in der Grenzregion Österreichs,

Ungarns, der Slowakischen und Tschechischen Republik (Interreg IIA Raum) durch eine bessere Vernetzung der bestehenden Angebote.

Mit seiner inhaltlichen Ausrichtung entspricht das CCC-Projekt dem städte-, regional- und wirtschaftspolitischen Leitbild des Strategieplanes und erfüllt mehrere strategische Ziele:

- Es setzt an der Unterstützung heimischer KMU's bei der Internationalisierung nach Osten an und dient damit direkt der Förderung der im Leitbild angesprochenen Knotenfunktion Wiens bzw. der Vienna Region in der internationalen Arbeitsteilung.
- Im Sinne einer funktionalen Spezialisierung Wiens als Transaktionszentrum in Mitteleuropa soll das CCC-Projekt auch die internationale Positionierung der Vienna Region als Geschäftsstandort mit besonders hoher Informationsdichte über die Märkte Ost-Mitteleuropas vorantreiben.
- Mit seinem Schwerpunkt bei Kontakt- und Partnervermittlung kann das CCC-Projekt als direktes Instrument der Kooperations- und Netzwerkförderung angesehen werden. Ein elektronisches CCC-Netzwerk, welches wichtige Wirtschaftsdaten, Informationen über Förder- und Finanzierungseinrichtungen, Ausbildungsangebote, Datenbanken und Kooperationsbörsen etc. in vielen Ländern vereint, ist bereits fertiggestellt.
- Gleichzeitig soll das CCC-Projekt im Sinne einer aktiven Dienstleistungspolitik zur Förderung spezialisierter produktionsnaher Dienstleistungen in Wien beitragen.
- Letztlich könnte sich die Einrichtung auch zu einer wesentlichen Anlaufstelle für ost-mitteleuropäische Unternehmen im Bereich Kooperationen und Technologietransfer entwickeln.

VORGEHENSWEISE UND ORGANISATORISCHE MASSNAHMEN

Das CCC-Projekt wurde als Leitprojekt des Landes Wien im Rahmen der Interreg IIA - Abkommen zwischen Österreich und der Tschechischen und Slowakischen Republik sowie Ungarn entwickelt.

Das Projektmanagement erfolgte durch die TIG Technologie Impuls Ges.m.b.H. Begleitend und steuernd wirkte ein steering committee, welches mit den relevanten Akteuren in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland besetzt ist. Darüber hinaus werden in einem Projektbegleitungsteam ExpertInnen für relevante Sachbereiche beratend beigezogen.

Darauf aufbauend wurden Pilotprojekte mit interessierten Unternehmen und Institutionen gestartet, um aus den bisherigen Untersuchungen abgeleitete Thesen praktisch zu prüfen und best practices zu entwickeln. Die Pilotprojekte decken die Bereiche Education, Consulting und Know-how Transfer ab.

Parallel dazu wurde bereits modellhaft eine Internet-Kommunikationsstruktur für das CCC entwickelt.

Im weiteren sind Workshops mit Partnern aus den Kooperationsstaaten und Österreich, insbesondere aus den Interreg IIA - Regionen, geplant.

AKTEURE, ZEITHORIZONT UND FINANZIELLE RESSOURCEN

Die für Entwicklung und Implementierung des CCC-Projektes zentralen Akteure sind das Land Wien, Niederösterreich und Burgenland (Vienna Region), die jeweiligen

Betriebsansiedlungsgesellschaften, die Republik Österreich, die Tschechische und Slowakische Republik sowie Ungarn.

Zeithorizont: In Kooperation mit den Betriebsansiedlungsgesellschaften Niederösterreichs und des Burgenlandes wird im Wiener Wirtschaftsförderungsfonds ein CCC-Büro eingerichtet, da so diese Initiative sinnvollerweise in diese bestehenden Organisationen implementiert werden kann und die wichtige interregionale Zusammenarbeit gewährleistet ist.

Angestrebt wird die Lukrierung von Interreg-Mitteln und anderen Quellen.

ERFOLGSINDIKATOREN

- Zugriffe auf den Portalserver
- Durchgeführte Beratungsgespräche
- Erfolgreiche Kooperationsanbahnungen
- Verstärkte Tätigkeit der Wiener und ostösterreichischen Betriebe in den Reformstaaten

Regionalmanagement Wien – Umland

LEITIDEE Der internationale Standortwettbewerb wird sich in der Zukunft verstärkt zwischen den Regionen als funktionellen und ökonomischen Einheiten entwickeln. Daher muss sich die Region Wien, aufbauend auf der bereits eingeführten Trademark "Vienna Region", in enger Kooperation von Wien mit Niederösterreich und Burgenland als Wirtschaftsstandort weiterentwickeln. Darüber hinaus gilt es auch, anknüpfend an die im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost entwickelten Konzepte, insbesondere die Probleme (z. B. Verkehr, Zersiedelung, Großprojekte etc.) im Bereich Wien - Umland durch gemeinsam getragene Maßnahmen zu lösen. Dies soll durch ein kooperatives, flexibles und auf Umsetzung ausgerichtetes Regionalmanagement und unter Einbeziehung aller wesentlichen Akteure der Region, also auch der betroffenen Gemeinden Niederösterreichs und Bezirke Wiens, erreicht werden. Als Pilotprojekt soll ein Regionalmanagement für den Südraum Wien (Schwerpunktbereiche A2/Güterterminal Inzersdorf und Achse Simmering/Schwechat) in Angriff genommen werden, um die Praktikabilität für den Einsatz im größeren Rahmen, also auch für den Bereich "Westen – Wienerwald" und den "Nordostraum", zu testen.

AUSGANGSLAGE

Im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost (PGO) wurden in den letzten Jahren auf Ebene der gemeinsamen Planung der drei Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland eine Reihe von bedeutsamen Schritten auf planerischer Ebene (z. B. "Siedlungspolitisches Konzept für die Ostregion", "Verkehrskonzepte für den Südraum" etc.) gesetzt. Darüber hinaus konnten auch bei projektbezogenen Planungen in der letzten Zeit, etwa im Bereich der Erstellung eines "Schnellbahnkonzeptes Region Wien", wesentliche Fortschritte erzielt werden. Im Umsetzungsbereich konnten, nicht zuletzt aufgrund der auch durch fiskalische Gegebenheiten bedingten Konkurrenzsituation, des zuwenig stark ausgeprägten regionalen Bewusstseins und nicht optimal abgestimmter Instrumente nur kleinere Fortschritte gemacht werden. Gerade im Süden Wiens bestehen nicht nur große Probleme durch die Suburbanisierung, wie z. B. Zersiedelung, massive Entwicklung von Großprojekten, Verkehrsprobleme. Es sind auch eine Reihe aktueller Projekte im Bereich der Infrastruktur, wie der geplante Bau der B 301, der Ausbau der Pottendorfer Linie, der geplante Ausbau einer neuen Hochleistungseisenbahntrasse Wien – Flughafen Schwechat – Wampersdorf und die Errichtung des Güterterminals Inzersdorf, die Einfluss auf diesen Raum haben werden. Daher erscheint gerade der Südraum Wiens dafür prädestiniert, neue Formen kooperativen Handelns zu erproben.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

- Zur gemeinsamen Lösung der Probleme einerseits und zur Nutzung der Chancen des Raumes Wien - Umland Süd andererseits soll ein projektorientiertes Regionalmanagement Wien - Umland Süd eingerichtet werden. Im Vordergrund steht dabei, durch Einbindung aller relevanten Akteure in diesem Raum, wie etwa der betroffenen Bundesländer, der betroffenen Gemeinden und Bezirke in Wien

sowie der Projektträger (z. B. ÖBB, Unternehmen, Gesellschaften der Länder etc.) ein koordiniertes, projektorientiertes Vorgehen sowie einen wirksamen Meinungsbildungs- und Abstimmungsprozess zu erreichen.

- Ziel soll die Erstellung eines Aktionsprogrammes sein, das unter anderem auch konkrete Lösungen für teilräumliche Probleme oder Sachprobleme (z. B. Angebotsverbesserung im öffentlichen Verkehr, gemeinsame Vorgehensweisen bei Großprojekten, verkehrliche Anbindung des Flughafens Wien, Umsetzung des Landschaftskonzeptes im Südraum, Steuerung der Siedlungsentwicklung, Umsetzung des Radwegekonzeptes) integrativ bündelt und abstimmt.

Den Zielsetzungen des Strategieplanes wird mehrfach entsprochen:

- Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie, um auch im internationalen Wettbewerb einen größeren Nutzen zu erzielen und damit den Wirtschaftsstandort Region Wien zu stärken.
- Vertiefung der Kooperation zwischen Körperschaften, privaten und öffentlichen Projektträgern.
- Vertrauensbildung und Bewusstseinsbildung für eine regionale Ausrichtung der Siedlungs-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltpolitik.
- Abbau von Konflikten der regionalen Akteure und Forcierung der Umsetzungsorientierung auf regionaler Ebene.
- Beispielwirkung für ein neues Modell der Kooperation in der gesamten Region Wien.

VORGEHENSWEISE, AKTEURE

- Das aufzubauende Regionalmanagement für Wien - Umland Süd soll keine aufwendige, stark formalisierte Dauereinrichtung sein und auf bestehende Strukturen (z. B. PGO, Regionalmanager von Niederösterreich für den Südraum) und Initiativen (Regionalkonferenz der Präsidialen der drei Bundesländer, Bürgermeisterkonferenz Wien/Umland) aufbauen. Im wesentlichen soll es aus
 - einem Regionalforum unter Einbindung aller regionalen und lokalen Akteure (Länder, Gemeinden, Bezirke, Vertreter der Landtage etc.) zum Informationsaustausch und zur Meinungsbildung,
 - einem Management zur Erstellung und fachlichen Koordination des Aktionsprogrammes und
 - Projektgruppen zur Entwicklung von Maßnahmen und zur Umsetzungsvorbereitung

bestehen und eng mit der PGO-Geschäftsstelle zusammenarbeiten.

Die politische Lenkung des Regionalmanagements soll durch den Kreis der politischen Planungsreferenten der drei Länder in Abstimmung mit den Landeshauptleuten erfolgen.

- Erste Schritte für das Regionalmanagement im Bereich der Entwicklungsachse Simmering/Schwechat wurden unter Federführung der Geschäftsstelle der PGO bereits eingeleitet.

Für den Bereich des GVZ Inzersdorf/B301 besteht zwar schon Klarheit über die inhaltliche Vorgangsweise, allerdings sind noch konkrete Schritte zur Präzisierung und Implementierung der vorgesehenen Organisationsstruktur zu setzen. Dabei ist eine Synchronisation mit dem Projektfortschritt der Infrastrukturprojekte in diesem Raum, wie B301 und Güterterminal Inzersdorf anzustreben. Der Einsatz des Regionalmanagements sollte noch im Laufe 2000 zumindest in einer ersten Entwicklungsphase, erfolgen.

- Weiters ist für konkrete Verkehrsprojekte (Straße und Schiene) ein übergreifender "Verkehrsbeirat Ostregion" zu installieren. Die Mitglieder des Verkehrsbeirates (Wien, Niederösterreich, Burgenland, Verkehrsministerium, Wirtschaftsministerium, ÖBB und VOR) haben gemeinsam die Grundlagen der Umsetzung festzulegen.

ERFOLGSINDIKATOREN

- Anzahl der gemeinsam von den Akteuren dieses Raumes eingeleiteten Projekte
- Ausmaß der Erhöhung des Regionalbewusstseins für den Südraum
- Reduktion der Konfliktsituationen zwischen den Gebietskörperschaften
- Umsetzungsgrad der im gemeinsamen Aktionsprogramm definierten Maßnahmen
- Erhöhung des gegenseitigen Vertrauens der relevanten Akteure in Wien und Niederösterreich
- Imagesteigerung des Wirtschaftsstandortes der Region Wien

STRATEGIEFELD 2

WIEN SCHAFFT NEUE PERSPEKTIVEN FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT

- HAUPTBAHNHOF WIEN
- TECHNOLOGIEPARK WIEN – TECH GATE
- ENTWICKLUNG WIENS ZUM BIOTECHNOLOGIESTANDORT
- CLUSTER SUPPORT PROGRAMM.
Neue Wege zum Personalaufbau in Wachstumsbranchen
- STADTENTWICKLUNGSZONE “ERDBERGER MAIS – ASPANGGRÜNDE”

Hauptbahnhof Wien

LEITIDEE Der Stadt Wien kommt als Zentrum der größten Wirtschaftsregion Österreichs und aufgrund ihrer zentralen Lage im Städtenetzwerk Mittel- und Osteuropas eine bedeutende Rolle als Zielort und Knoten des regionalen und internationalen Personenverkehrs zu. Soll die hohe Lebens- und Umweltqualität erhalten bleiben, muss eine Verlagerung möglichst vieler Fahrten auf den öffentlichen Verkehr bewirkt werden.

Es bedarf dazu unter anderem einer Optimierung der Schnittstellen im öffentlichen Verkehrsnetz. Notwendige Voraussetzung zur Erfüllung der Knotenfunktion Wiens im Transeuropäischen Verkehrsnetz (TEN) und darüber hinaus im gesamteuropäischen Bahnnetz ist die Einrichtung eines zentralen Hauptbahnhofes für den Fernverkehr, welcher optimal mit dem Nahverkehrsnetz verknüpft ist.

Das durch einen solchen Hauptbahnhof geschaffene städtebauliche Entwicklungspotenzial ist in einer stadtverträglichen und gebietsfördernden Weise zu nutzen.

AUSGANGSLAGE

Das Wiener Fernbahnnetz ist nach wie vor vom "Kopfbahnprinzip" geprägt. Transitierende Fernzüge müssen daher in Wien gestürzt werden.

Die Südbahn und Ostbahn enden ohne direkte Verknüpfung im Südbahnhof. Ebenso sind die aus dem Süden an den Südbahnhof herangeführten S-Bahn- und Regionalbahnlinien nicht mit der - den Südbahnhof tangierenden - S-Bahnstammstrecke verknüpft. Dadurch ergeben sich lange Umsteigewege zwischen den Bahnlinien, aber auch zur U-Bahnlinie U 1 und den Straßenbahn- und Buslinien. Das Bahnareal im Bereich des Südbahnhofes ist städtebaulich weitgehend ungenutzt und stellt eine erhebliche Barriere dar. Im Umfeld des Südbahnhofes bieten sich zahlreiche Flächen zur städtebaulichen Nutzung an.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Ziele des Projektes "Hauptbahnhof Wien" sind:

- Schaffung der notwendigen Voraussetzungen zur zentralen Zusammenführung und Durchbindung von Fernzügen
- Optimierung der Umsteigebeziehungen zwischen Fern- und Nahverkehr
- Optimierung der Verkehrsorganisation (ÖV, IV)
- Entwicklung des Bahnareals und seines Umfeldes zu einem vielfältig strukturierten Stadtteil, der dem Image eines modernen Zentralbahnhofviertels gerecht wird
- Abbau der Trennwirkungen der Bahnanlagen; städtebauliche Verbindung der angrenzenden Stadtteile

Den Zielsetzungen des Strategieplanes wird mit diesem Vorhaben mehrfach entsprochen:

- Stärkung der Region Wien als internationaler Wirtschaftsstandort
- Sicherstellung einer Mobilität mit möglichst geringen Umweltbelastungen
- optimale Zuordnung der Nutzungen zur Verkehrsinfrastruktur
- verstärkte Imagebildung des Gesamtbereiches

- Weiterentwicklung der Qualität der urbanen Angebote

VORGEHENSWEISE UND ORGANISATORISCHE MASSNAHMEN

Die Umsetzung des Vorhabens setzt eine fachübergreifende Behandlung, intensive Abstimmung aller Beteiligten und optimale Koordinierung der Abläufe voraus.

Im Vordergrund steht zunächst die Erstellung eines - den langfristigen, betrieblichen Anforderungen gerecht werdenden - Konzeptes bezüglich der erforderlichen Bahninfrastruktur. Im Rahmen des bereits im Dezember 1998 gestarteten kooperativen Planungsverfahrens "EWIWA" (Hochrangige Eisenbahnverbindung Wien - Flughafen Schwechat - Wampersdorf) wird im Jahr 2000 ein solches Konzept erarbeitet.

Seitens der MD-BD, Gruppe Planung wurde darüber hinaus im März 1999 ein Arbeitskreis Stadt Wien - ÖBB zur Abstimmung und Weiterentwicklung der verkehrlichen und städtebaulichen Vorhaben im Bereich des bestehenden Südbahnhofes und des geplanten Hauptbahnhof Wien eingerichtet. Dem Arbeitskreis arbeiten zwei Arbeitsgruppen - "Städtebau" und "Nahverkehrsknoten Südtiroler Platz" - zu. Durch diesen Abstimmungsprozess sollen allgemeingültige Grundlagen für die projektmässige Weiterbearbeitung der Einzelvorhaben geschaffen werden. Wesentlich ist dabei auch die Abklärung der städtebaulichen Rahmenbedingungen für die diversen Hochbauvorhaben der ÖBB.

Angesichts der Vielzahl der Einzelvorhaben ist die Erstellung eines Rahmenterminplanes unabdingbar. Im o.g. Arbeitskreis soll dieser entwickelt werden. Zur Sicherstellung der termingerechten Umsetzung wird es - ähnlich wie beim Vorhaben Bahnhof Wien Mitte - der Einrichtung einer Projektsteuerung und eines prozessbegleitenden Projektteams bedürfen.

AKTEURE

Stadt Wien:

- MD-BD, Gruppe Planung: Leitung des Arbeitskreises Stadt Wien - ÖBB; Mitwirkung im Arbeitskreis "EWIWA"
- MA 21B: Leitung der Arbeitsgruppe "Städtebau"
- sonstige relevante Magistratsabteilungen: Mitwirkung im Arbeitskreis Stadt Wien - ÖBB und den beiden Arbeitsgruppen

ÖBB:

- Netzplanung: Leitung der Arbeitsgruppe "Nahverkehrsknoten Südtiroler Platz"
- sonstige relevante Dienststellen: Mitwirkung im Arbeitskreis "EWIWA", im Arbeitskreis und den Arbeitsgruppen

ZEITHORIZONT

- Abstimmungsprozess Stadt Wien - ÖBB: bis Mitte 2000
- Einreichplanungen seitens der ÖBB: ab Mitte 2000
- Realisierung des Nahverkehrsknotens Südtiroler Platz: 2003 - 2006 (angestrebt)
- Realisierung des Hauptbahnhof Wien: 2005 - 2010 (angestrebt)
- Realisierung diverser Hochbauprojekte: in Abhängigkeit von der Projektentwicklung

FINANZIELLE RESSOURCEN

Die Kosten zufolge Beauftragungen im Rahmen des Abstimmungsprozesses Stadt Wien - ÖBB sind über das jährliche Budget der MA 21B abdeckbar.

Die Planungs- und Errichtungskosten des Hauptbahnhof Wien sowie der diversen geplanten Hochbauten auf ÖBB-Grund sind von den ÖBB (bzw. privaten Bauträgern) zu finanzieren.

Die Finanzierung der Planungs- und Errichtungskosten des Ausbaus der Haltestelle Südtiroler Platz ist im Übereinkommen Bund - Land Wien (sogenanntes "30-Mrd.-S-Paket") geregelt.

Die Investitionen für die nicht den ÖBB zuzuordnenden Maßnahmen im Umfeld des Hauptbahnhof Wien sind in den Budgets der zuständigen Stellen zu bedecken.

ERFOLGSINDIKATOREN

- Kennziffern zur Bewertung der Qualität und Inanspruchnahme des ÖV-Angebotes;
- Modal Split
- Betriebs- und volkswirtschaftliche Indikatoren

Technologiepark Wien – Tech Gate

LEITIDEE Um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu sein, ist es notwendig, dass Wien verstärkt auf den Bereich der modernen Technologien setzt. Dazu kommt, dass die engere Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft eine notwendige Voraussetzung für erfolgreiche Innovationen ist. Mit dem Technologiepark Wien wird ein Zentrum geschaffen, das mehr als geeignet ist, diese Anforderungen zu erfüllen.

AUSGANGSLAGE

In Wien ist bislang kein wirklicher Nukleus vorhanden, wo wissenschaftliche Expertise und unternehmerisches Know-how verschiedener Art in ständige Verbindung gebracht werden können. Dies hemmt natürlich die Innovationsfähigkeit der Wiener Wirtschaft und wirkt sich insbesondere negativ auf die Entwicklung und Verbreitung moderner Technologien aus. Als weltoffene und moderne Metropole muss Wien nicht nur auf die bestehende Wirtschaftsstruktur setzen, sondern die Politik muss auch aktiv an deren Modernisierung mitwirken.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Mit dem Technologiepark Tech Gate am attraktiven Standort Donauplatte sollen vor allem auf dem Gebiet der Telekommunikation die Voraussetzungen für eine weitere erfolgreiche Entwicklung Wiens geschaffen werden. Damit trägt das Projekt den Zielen des Strategieplanes hinsichtlich einer Modernisierung des Wirtschaftsstandortes, insbesondere der verstärkten Förderung moderner Technologien Rechnung. Der Standort soll ein Fixpunkt der, und keineswegs nur in der österreichischen, Telekommunikationsbranche werden. Dazu bedarf es neben dem Vorhandensein wissenschaftlicher Einrichtungen natürlich der entsprechenden Anzahl von Unternehmen. Deren Ansiedlung ist bereits in vollem Gange und wird weitergeführt.

AUFGABEN, AKTEURE UND ZEITHORIZONT

- Rasche Fertigstellung der begonnenen Bautätigkeit
- Weitere Firmenakquisition
- Klärung des mittelfristigen genauen Ausbaubedarfs, auch im Hinblick auf anzusiedelnde Universitätsinstitute

Die wesentlichen Akteure sind die Stadt Wien, der Bund und als privater Partner die Wiener Städtische Versicherung, die in der mit der Umsetzung betrauten Tech Gate-Gesellschaft vertreten sind. Mit dem Bau wurde bereits begonnen, die Fertigstellung der ersten Ausbaustufe soll im Frühjahr 2001 erfolgen. Auch ist bereits ein wesentlicher Teil der Fläche vermietet, beziehungsweise gibt es konkrete Interessenten.

ERFOLGSINDIKATOREN

- Anzahl der angesiedelten Firmen
- Angesiedelte Firmen sollen in modernen Wirtschafts- und Technologiebereichen (insbesondere Telekommunikation) tätig sein
- Ansiedlung inhaltlich komplementärer wissenschaftlicher Einrichtungen, insbesondere Universitätsinstitute

Entwicklung Wiens zum Biotechnologiestandort

LEITIDEE Die Biotechnologie zählt zweifellos zu den wesentlichsten Zukunftstechnologien. Wien soll und kann hier nicht abseits stehen. Andere Wirtschaftsräume setzen massiv auf den Ausbau der Biotechnologie, eine Untätigkeit Wiens würde dazu führen, dass die hervorragende Forschungskapazität am Standort nicht in wirtschaftliches Potenzial umgesetzt werden könnte und Abwanderungstendenzen nicht gestoppt werden könnten. Wien soll im Bereich der Biotechnologie, insbesondere in der Biomedizin, ein international anerkannter und wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort werden.

AUSGANGSLAGE

Die Wiener Forschungsleistungen auf dem Gebiet der Biotechnologie, namentlich der Biomedizin, sind international höchst anerkannt, darüber hinaus besteht die Chance, an den hervorragenden Ruf der Wiener medizinischen Schule anzuknüpfen. Auf dem Unternehmenssektor haben große internationale Pharmakonzerne Niederlassungen in Wien, die auch im Forschungsbereich tätig sind. Negativ zu vermerken ist, dass bislang nur wenige Neugründungen von Unternehmen, die im Bereich der Biotechnologie tätig sind, stattfanden. Für internationale Unternehmungen stellte bisher die sehr kritische Einstellung eines großen Teils der Bevölkerung und eines Teils der Medien einen negativen Faktor bei Ansiedlungsüberlegungen dar. Auch bei österreichischen Neugründungen war dies ein Problem.

In der letzten Zeit hat sich die Situation allerdings merklich verbessert. Sowohl an der Universität für Bodenkultur, an der Universität Wien und am Vienna Biocenter in der Dr. Bohrgasse gibt es äußerst vielversprechende Entwicklungen. Diese beschränken sich nicht nur auf den Forschungsbereich, sondern beinhalten auch Unternehmensgründungen am Standort Wien. Eine von der Stadt Wien in Auftrag gegebene Studie ortete ebenfalls erfolversprechendes Potenzial, vor allem im Bereich der Biomedizin. Insgesamt ist - auch aufgrund der bisherigen Aktivitäten - eine Aufbruchstimmung zu verspüren, die keinesfalls ungenutzt bleiben darf.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Das Projekt erfüllt den Anspruch einer Modernisierung des Wirtschaftsstandortes und trägt dazu bei, den teilweise bestehenden Rückstand Wiens im Bereich moderner Technologien abzubauen. Insbesondere der Standort Dr. Bohrgasse soll weiter ausgebaut werden. Neben der Firma Intercell, eine Ausgründung aus dem Vienna Biocenter, die bereits ihre Unternehmenstätigkeit aufgenommen hat und anderen Unternehmen, die sich bereits angesiedelt haben oder ein sehr konkretes Interesse zur Ansiedlung am Standort bekundet haben, sollen in Zukunft weitere Unternehmen und Forschungseinrichtungen die Bedeutung des Standortes weiter erhöhen. In diesem Zusammenhang ist auch die Förderung eines Kooperationsprojektes der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und dem Institut für molekulare Pathologie durch die Stadt Wien und den Bund ein wesentlicher Meilenstein.

AUFGABEN, AKTEURE, ZEITHORIZONT

- Auf dem Gelände in der Dr.-Bohr-Gasse muss die Infrastruktur erweitert werden, das heißt konkret die Errichtung weiterer Gebäude, deren infrastrukturelle Ausstattung die Anforderungen biotechnologischer Unternehmenstätigkeit und

Forschung erfüllt. Derzeit werden im Rahmen des WWFF konkrete Finanzierungsmodelle ausgearbeitet.

- Es geht nicht nur um die Bereitstellung von Räumlichkeiten, sondern auch um eine gezielte Standortentwicklung und um die Unterstützung von Unternehmen in verschiedenen Fragen.
- Hinsichtlich der Finanzierung ist davon auszugehen, dass der Aufbau eines erfolgreichen Biotechnologie-Standortes öffentliche Mittel erfordert. Eine Abschätzung der genauen Höhe ist derzeit nicht möglich, da dies von der Realisierbarkeit verschiedener Finanzierungsmodelle abhängt.
- Im Wiener Wirtschaftsförderungsfonds wurde ein Standortmanagement eingerichtet.

Die wesentlichen Akteure sind die Stadt Wien, der WWFF und allfällige private Partner. Was die Akquisition von Unternehmen betrifft, besteht bereits jetzt über das Impulsprogramm Biotechnologie, dessen Abwicklung in der Innovationsagentur angesiedelt ist, eine hervorragende Kooperation mit dem Bund. Die organisatorischen Weichenstellungen befinden sich in der Endphase, so dass mit der Realisierung noch im Jahr 2000 begonnen werden kann.

ERFOLGSINDIKATOREN

- Anzahl neu angesiedelter/gegründeter Unternehmen am Standort
- Überlebensfähigkeit der Unternehmen nach einem gewissen Zeitraum
- Verringerung, beziehungsweise weitgehender Stopp der Abwanderung von in Wien tätigen WissenschaftlerInnen an andere Standorte im Falle von Unternehmensgründungen.
- Attraktion ausländischer Unternehmen, bzw. UnternehmensgründerInnen
- Klare Verbesserung des Images Wiens als Biotechnologiestandort in der internationalen (Fach)Öffentlichkeit, bzw. in diesbezüglichen Vergleichen.

Cluster Support Programm

Neue Wege zum Personalaufbau in Wachstumsbranchen

LEITIDEE Der Bedarf an Arbeitskräften in Unternehmen aus Wachstumsbranchen oder in bestimmten Teilbereichen der Wirtschaft kann vom Arbeitsmarkt nicht ausreichend gedeckt werden. Dabei ändern sich konkrete Anforderungsprofile in Unternehmen für Arbeitskräfte bestimmter Branchen rascher als das vorhandene Qualifikationspotenzial am bestehenden Arbeitsmarkt. 1998 erfolgte eine Neuinterpretation des §18, Abs.5 u. 6, Arbeitslosenversicherungsgesetz per Erlass des Sozialministeriums dahingehend, dass im Gegensatz zu herkömmlichen Arbeitsstiftungen auch Unternehmen, die Arbeitskräfte aufnehmen möchten, eine Einrichtung bereitstellen können, um arbeitslose Personen zu unterstützen und mittels Qualifizierung und anderer Stiftungsmaßnahmen vakante Arbeitsplätze besetzen zu können. Das "Cluster Support Programm" (in Folge kurz CSP genannt) ist in dieser Hinsicht ein nachfrageorientiertes, arbeitsplatznahes Qualifizierungs- und Vermittlungsinstrument.

AUSGANGSLAGE

Trotz eines in Wien nach wie vor relativ hohen Niveaus der Arbeitslosigkeit lassen sich Unternehmen bzw. Branchen identifizieren, die in Bezug auf ihre Anforderungen nur sehr schwer qualifiziertes Personal am Wiener Arbeitsmarkt finden. In erster Linie ist dabei an Unternehmen aus dem Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie zu denken. Der WAFF wird ab dem Jahr 2000 gezielt in diesem Bereich Schulungen für Arbeitslose fördern. Durch die vorangegangenen Schulungen sollen die TeilnehmerInnen leichter einen Arbeitsplatz in einem Wiener Unternehmen finden.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Das CSP verfolgt zwei wesentliche Zielsetzungen:

- Abdeckung des Personalbedarfs von Wiener Unternehmen, die offene Stellen mangels qualifiziertem Arbeitskräfteangebot am Wiener Arbeitsmarkt nicht oder nur sehr schwer besetzen können, durch die Sicherstellung maßgeschneiderter Personalrekrutierungs- und Personalqualifizierungsmaßnahmen.
- Integration von beim Arbeitmarktservice als arbeitslos gemeldeten Personen durch Schulungen im Betrieb ihres zukünftigen Arbeitgebers und bei externen Bildungsträgern auf Grundlage des §18, Abs. 5 u. 6, Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Den Zielsetzungen des Strategieplanes für Wien wird vorrangig im Hinblick auf die folgenden Punkte entsprochen:

- Weiterentwicklung von Clusterbildungen entlang vorhandener Potenziale,
- Stärkung von öffentlich-privater Partnerschaft, insbesondere durch Diversifikation des Stiftungsinstrumentariums,
- gezielte Unterstützung arbeitsmarktpolitischer Innovation zur Verringerung von Arbeitslosigkeit,
- Verbesserung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Wien durch Qualifizierung mittels Entwicklung der Wiener Wissenscluster.

VORGEHENSWEISE UND ORGANISATORISCHE MASSNAHMEN

Ausgangspunkt aller Maßnahmen im Rahmen des CSP ist der konkrete quantitative und qualitative Arbeitskräftebedarf eines Unternehmens.

Die Placementstiftung unterstützt Unternehmen bei der Erhebung des Personalbedarfs, übernimmt die Teilnehmersuche und die Vorauswahl, stimmt weiters die Qualifizierung mit den Anforderungen des Unternehmens ab.

Ziel ist die Übernahme der TeilnehmerInnen in ein dauerhaftes Dienstverhältnis im Unternehmen nach Abschluss der Qualifizierung.

Die Organisationsstruktur des CSP bietet sowohl potenziellen TeilnehmerInnen als auch Unternehmen flexible Rahmenbedingungen.

Die im Rahmen des CSP angebotenen Maßnahmen für Unternehmen und arbeitssuchende Personen lassen sich einerseits in vorbereitende Maßnahmen vor Stiftungseintritt und andererseits in die Stiftungsmaßnahmen (Maßnahmen im Rahmen einer Arbeitsstiftung) unterteilen.

AKTEURE UND ZEITHORIZONT

Innovative Arbeitsmarktpolitik, die eine Attraktivierung des Wirtschaftsstandorts Wiens mittels Unterstützung von Human Ressourcen forciert, ist einer der zentralen Aufgabenbereiche des Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds (WAFF). Das Cluster Support Programm ist ein neues Instrument der Wiener Arbeitsmarktpolitik und bedarf daher im Vorfeld einer intensiven Aufbereitung des Marktes durch Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, um Wiener Unternehmen und potenzielle TeilnehmerInnen über diese neue Form der Arbeitsstiftung zu informieren und die beiderseits vorhandenen Nutzen zu transportieren.

Die Placementstiftung fungiert als Abstimmungsforum zwischen Angebot und Nachfrage und stellt somit die Schnittstelle zwischen Unternehmen und arbeitssuchenden Personen einerseits sowie andererseits zum Kooperationspartner AMS dar.

Das CSP wird von der start - Arbeitsintegrations GmbH, einer 100% im Eigentum des WAFF befindlichen Tochter, als Träger und Einrichtung (§18, Abs.7, Arbeitslosenversicherungsgesetz) durchgeführt.

Der Maßnahmenbeginn ist mit Juli 2000 geplant.

FINANZIELLE RESSOURCEN

Finanziert wird die Maßnahme durch Beiträge der Unternehmen sowie eine Landesförderung über den WAFF. Durch das Arbeitsmarktservice Wien wird das Schulungsarbeitslosengeld für die TeilnehmerInnen bereitgestellt.

ERFOLGSINDIKATOREN

- TeilnehmerInnen-Eintritte in die Maßnahme
- Übertritte in den primären Arbeitsmarkt

Stadtentwicklungszone “Erdberger Mais – Aspanggründe”

LEITIDEE Am Erdberger Mais schafft eine Kombination aus leistungsfähiger Infrastruktur und verfügbaren Flächen mit hohem Entwicklungspotenzial beste Voraussetzungen für eine konzentrierte Standortaufwertung. Im Rahmen kooperativer Verfahren sollen unter Federführung der Stadtplanung jene städtebaulichen Grundlagen geschaffen werden, die bei optimierter Zielerreichung aus gesamtstädtischer Sicht potenziellen Investoren die notwendige Sicherheit und Flexibilität bieten.

AUSGANGSLAGE

Die U3-Verlängerung nach Simmering (2000) und die Attraktivierung der S7 mit einer zusätzlichen Station St. Marx mit Anschluss zum Flughafen Wien Schwechat (2002) werden neben anderen Infrastrukturverbesserungen die Standortgunst des Erdberger Mais massiv anheben, ihn in das Zentrum der Entwicklungsachse Simmering-Schwechat rücken. Weiters entsteht durch die projektierte Umnutzung der Gasometer und des Schlachthofareals ein Kristallisationskern für nachziehende Projekte. Daraus ergibt sich die Aufgabe, bestehende räumliche Entwicklungsbilder für diese Zone, die die manifeste Standortaufwertung nicht berücksichtigen, zu überarbeiten. Erste Zielvorstellungen für die zukünftige Gebietsentwicklung sehen bei einer standortgemäßen urbanen Dichte eine Nutzungsmischung mit überwiegend betrieblicher Nutzung bzw. Dienstleistungen, aber auch einen Wohnanteil, der für eine Belebung rund um die Uhr erforderlich ist, vor.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Im Rahmen eines umsetzungsorientierten Planungsansatzes soll für die Stadtentwicklungszone “Erdberger Mais - Aspanggründe”

- eine übergeordnete Entwicklungsstrategie erarbeitet werden,
- in einem parallelen Prozess diese Entwicklungsstrategie zu einem konsensualen Leitbild, das die wesentlichen funktionalen, rechtlichen, zeitlichen, institutionellen und finanziellen Fragen klärt, operationalisiert werden und
- die Projektentwicklung für unmittelbar anstehende Teilbereiche gestartet werden.

Damit werden in entscheidenden Bereichen Beiträge zu Zielen des Strategieplanes geliefert:

- Positionierung des Erdberger Mais als moderner Wirtschaftsstandort mit ergänzendem Wohnen in einem urbanen Umfeld in unmittelbarer Nähe der City, des Grünen Praters und des Flughafens, um es dem Standort Wien zu ermöglichen, auch mittelfristig ein qualitativ hochwertiges Angebot für investitionswillige Unternehmen zu bieten.
- Konzentration technologieorientierter (Gründer-)Unternehmen im räumlichen Zusammenhang mit dem Forschungszentrum Arsenal und dem Biozentrum Rennweg (Wissenstransfer).
- Ein leistungsfähiges Bus- und Straßenbahnsystem, kombiniert mit einem komfortablen Fuß- und Radwegenetz, das angesichts der zukünftig weitaus höheren Einwohner- und Arbeitsplatzdichten die U3 ergänzt, um den Autoverkehrsanteil möglichst gering zu halten.
- Qualitätvolle moderne Architektur, die beispielgebend für innovative Gesamtlösungen ist.

- Frühzeitige Bedachtnahme auf die Erfordernisse der Investoren, um bei diesem Projekt eine hohe Planungs- und Umsetzungssicherheit zu erreichen.
- Partnerschaftlichen Öffentlichkeitsarbeit in allen Projektphasen.

VORGEHENSWEISE, AKTEURE, ZEITHORIZONT

Seit September 1998 ist ein Planungsteam unter Leitung der Magistratsabteilung 21 A eingesetzt. Die Schwerpunkte der Koordinationsaufgaben für das Planungsteam liegen in den Bereichen Nutzungsmengen und -arten, Planungsrecht, Verkehr, Freiflächen, Bodenmanagement und Erschließen der Flächenreserven in den Bereichen der Wiener Stadtwerke. Bereits jetzt zeigt sich, dass für eine phasenweise Entwicklung des Standortes ein serviceorientiertes Flächenmanagement in Zusammenhang mit einem professionellen Marketing notwendig ist.

Die Entwicklungsstrategie, das Leitbild und der Start der ersten Projektentwicklungen sind innerhalb von drei Jahren zu leisten.

Mittlerweile steht der Entwurf für einen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für das nördliche Gasometerumfeld, dem Pilotcharakter zukommt, unmittelbar vor der öffentlichen Auflage.

Für St. Marx wurde ein städtebauliches Leitbild entwickelt, auf dessen Basis zur Zeit ein Flächenwidmungs- und Bebauungsplan entworfen wird. Für eine Entscheidung über die Zukunft des Fleischgroßmarktes wurden die Fakten aufbereitet.

Für die Aspanggründe wird derzeit durch den Londoner Architekten Lord Norman Foster im Auftrag des Entwicklerkonsortiums Eurogate und auf Basis eines Pflichtenheftes der Stadtplanung ein Masterplan entwickelt.

Diverse Projekte, wie beispielsweise die geplante Überbauung der zukünftigen U2-Abstellhalle in Erdberg oder das in Bau befindliche Büroprojekt Adler und Ameise, runden das Bild der eingeleiteten Entwicklung ab.

FINANZIELLE RESSOURCEN

Der engere Planungsaufwand bis Ende 2001 wird mit brutto 10 Mio. ATS abgeschätzt.

ERFOLGSINDIKATOREN

kurzfristig:

- Konsens über ein auf Basis der Entwicklungsstrategie operationalisiertes Leitbild (inkl. Finanzplan)

mittel- bis langfristig:

- Manifeste Entwicklung der Einwohner- u. Arbeitsplatzzahlen.
- Stabilisierung des eingeleiteten Imagewandels des Erdberger Mais von der bedeutungsoffenen Peripherie hin zum Zukunftsstandort im Osten Wiens.
- Generell Erhöhung der privaten Investitionstätigkeit, insbesondere im Nahbereich der Stationen des hochrangigen Öffentlichen Verkehrs.
- Anhebung des Qualitätsniveaus im flächenerschließenden Öffentlichen Verkehr (Straßenbahnen, Busse) auf ein standortgemäßes Niveau.
- Sicherung und Ausgestaltung öffentlicher Grün- bzw. Freiräume zur Versorgung der Einwohner und Beschäftigten.

STRATEGIEFELD 3

WIEN INVESTIERT IN WISSEN, BILDUNG UND KULTUR

- TECHNOLOGIE- UND ZUKUNFTSFONDS
- KNOWLEDGE BASE VIENNA
- WIENER BILDUNGSNETZ
- HAUPTBIBLIOTHEK – EIN NEUES BILDUNGSPOLITISCHES SYMBOL
- DAS KINDERQUARTIER IM MUSEUMSQUARTIER
Ein Ort für (er)lebbare Kreativität

Technologie- und Zukunftsfonds

- LEITIDEE** Wien kann auf große Traditionen in vielen Feldern von Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologieentwicklung verweisen, die in einem einschlägigen Image Wiens weltweit dokumentiert sind und ihre aktuelle Fortsetzung in Form von zahlreichen wissenschaftlichen Einrichtungen mit exzellenten Qualifikationen, Angeboten und Ergebnissen finden.
- Ein anderes wesentliches Qualitätsmerkmal Wiens sind seine Standortvorteile sowohl hinsichtlich sogenannter "harter" wie "sanfter" Faktoren und die hohe Lebensqualität.
- Der rasche Wandel in den Ansprüchen der Konsumenten, eine sich ständig beschleunigende technologische Entwicklung und die weltweite, sich ebenfalls kontinuierlich verschärfende Konkurrenz stellen für Sicherung und Ausbau dieser Qualitäten große Herausforderungen dar. Derzeit ist eine Lücke zwischen Wissensgenerierung und der raschen Umsetzung des Wissenszuwachses auszumachen.
- Die Vorteile Wiens zu sichern erfordert daher verstärkte Anstrengungen aller relevanten Akteure in vieler Hinsicht - von Generierung und Management des Wissens über Qualifikationsangebote bis zur Praxisumsetzung von innovativen Verfahren und zur Führung von Produkten und Dienstleistungen zur Marktreife.

ZIELE DES PROJEKTS UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Der Technologie- und Zukunftsfonds soll diesen Prozess unterstützen, insbesondere durch eine verstärkte Vernetzung von Wissenschaft und wirtschaftlicher Praxis. Seine Aufgabenbereiche reichen daher von der Erfassung exzellenter Qualifikationen und zukunftsweisender wissenschaftlicher Ergebnisse über Technologieentwicklung, Unterstützung der Markteinführung neuer Produkte und Dienstleistungen und Etablierung der entsprechenden Produktionsverfahren bis zur Aus- und Weiterbildung.

VORGEHENSWEISE, ORGANISATORISCHE MASSNAHMEN

Die Förderaktivitäten des Wiener Technologie- und Zukunftsfonds konzentrieren sich einerseits auf Innovation, Technologieentwicklung und das Moment der Zukunftsorientiertheit bei Ausbildung, Forschung und Entwicklung. Andererseits greift er unterstützend bei der Markteinführung von zukunftsweisenden, marktreifen Produkten ein. Als starker Link zwischen Wissenschaft und Wirtschaft soll er vor allem die Umsetzung neuer Entwicklungen in die unternehmerische Praxis (Produktionsprozesse, -anlagen, Produkte und Dienstleistungen) ermöglichen, beschleunigen und wirksamer gestalten und so den Qualifikationsvorsprung Wiens sichern und ausbauen und den Wirtschaftsstandort Wien nachhaltig aufwerten.

Unterstützung soll der Fonds nicht nur in finanzieller Form leisten, sondern auch durch die Beobachtung relevanter Themen, die Auswahl vielversprechender, zukunftsweisender Projektvorhaben anhand zu definierender Prüfkriterien, durch Hemmnisanalysen und die Entwicklung entsprechender adäquater Instrumentarien zur Überwindung solcher Hemmnisse.

Die ersten Schritte:

- Einrichtung von Arbeitsgruppen zur Definition der genauen inhaltlichen Abgrenzung, der präzisen Definition der Prüfkriterien.
- Abklären rechtlicher und steuerlicher Fragen (Gutachten).

- Vorgaben hinsichtlich der Risikofreudigkeit.
- Einrichtung und Betreiben eines Fonds mit den oben genannten Zielsetzungen.

FINANZIELLE RESSOURCEN, ZEITHORIZONT

Die jährlich einsetzbaren finanziellen Ressourcen des Technologie- und Zukunftsfonds bewegen sich im dreistelligen Millionenbereich (>100 Mio. ATS) und werden aus den Erlösen des Stiftungsfonds der Bank Austria Aktiengesellschaft lukriert.

Der Technologie- und Zukunftsfonds soll Ende des Jahres 2000 eingerichtet sein und mit Beginn des Jahres 2001 seine Funktion aufnehmen.

ERFOLGSINDIKATOREN

- am Markt erfolgreiche zukunftsweisende Produkte und Dienstleistungen
- etablierte, innovative Produktionsverfahren
- erfolgreiche Unternehmensgründungen
- einschlägige Exporterfolge
- Wissenszuwachs (geförderte Wissenschaftsprojekte)
- Anzahl der AbsolventInnen geförderter Bildungs- und Ausbildungsprogramme

Knowledge Base Vienna

LEITIDEE Wien hat eine positive Tradition der Avantgarde und sollte diese Position als Bundeshauptstadt und als eine der bedeutendsten Städte Europas selbstbewusst weiterentwickeln.

Der Verlauf der globalen Standortkonkurrenz macht zunehmend deutlich, dass Städte nicht auf allen neuen Wissensgebieten konkurrenzfähig sein können. Statt Entwicklungen, die in anderen Städten schon weiter fortgeschritten sind, nachzuvollziehen und damit ohne Erfolgsgarantie Ressourcen zu binden, wird es für zielführender erachtet, vorhandene zukunftsfähige Stärkefelder (Knowledge Base) auszumachen und diese weiterzuentwickeln. Damit lassen sich mit vergleichsweise geringem Zeit- und Ressourcenaufwand Wettbewerbsvorteile schaffen, deren Nutzung wichtige Beiträge zur Imagebildung und internationalen Neupositionierung Wiens leisten können.

AUSGANGSLAGE

Die Schwächen Wiens in Bereichen moderner Technologie verstellen nur zu leicht den Blick darauf, dass die Stadt über andere entwicklungsfähige Stärkefelder oder untergenutzte Wissenspotenziale verfügt.

So muss z.B. das im Selbstverständnis Wiens festverankerte Bild der Kulturstadt nicht nur historistisch-konservierend verstanden werden, sondern es können traditionelle kulturelle Praktiken unter Anwendung neuer Technologien in innovative kulturelle Ausdrucksformen transformiert werden.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Mit dem Aufspüren von Wiener Wissenspotentialen und deren Weiterentwicklung zu Wissensclustern trägt das Projekt zu einer Erhöhung der Standortattraktivität Wiens und zur Schaffung eines neuen zukunftsfähigen Wien - Images bei. Dabei können gerade in Avantgarde – Feldern kleine, aber intelligente Eingriffe und entwicklungsbegleitende Maßnahmen wirkungsvoller sein als große Investitionen.

Das Projekt bietet mehrere Varianten des Managements von Wissenstransfer, schlägt Formen öffentlich- privater Partnerschaft vor und soll positive Effekte sowohl im hoch- als auch im geringqualifizierten Arbeitsmarktsegment auslösen.

VORGEHENSWEISE, AKTEURE, ZEITHORIZONT

Die Erkundung und Entwicklung der Wiener Knowledge Base beinhaltet zwei miteinander zusammenhängende Prozesse:

- ein (kontinuierliches) Monitoring zum Aufspüren international bereits bekannter, lokal aber noch zu wenig wahrgenommener Stärke- bzw. Kompetenzfelder Wiens und
- die Entwicklung von Projekten, die zur Stärkung dieser Kompetenzfelder beitragen.

Im Jahr 1999 wurden von sog. "Scouts", d.h. von Know-how- Trägern und gleichzeitig erfahrenen ProjektentwicklerInnen in einem interaktiven Vorgehen folgende Stärkefelder sondiert und Projekte entwickelt:

4 innovative Stärkefelder mit zukunftsweisenden Kompetenzen:

- Elektronische Musikstadt Wien
- Innovatives Bauen & Wohnen

- Wiener Media Design
- Wiener Schule der systemischen Beratung

9 Projekte:

- Gästehaus Elektronische Musikstadt Wien
- Vertriebsförderung Elektronische Musikstadt Wien
- Internet- Zeitschrift Wiener Elektronik
- Innovationsplattform für Stadtentwicklung und Wohnbau
- Kompetenz-Zentrum Bau
- F&TE-Knoten Gebäudetechnologie
- Strategisches Marketing
- Mediapark Vienna
- Blue Danube Think Tank

Die Projektideen wurden von den im Monitoring- Prozess gefundenen potenziellen externen ProjektträgerInnen einer qualifizierten Öffentlichkeit, darunter Vertretern der Stadt Wien und des Bundes, potenziellen Sponsoren und Kooperationspartnern, multimedial präsentiert. Schon im Rahmen der Präsentation zeichneten sich Vernetzungen unter den Teilnehmern ab.

In den nun anstehenden weiteren Schritten, der Konzeptphase und dem folgenden Start der Projektumsetzung, sollen die Projektideen zu umsetzbaren Konzepten weiterentwickelt und der erste Schritt zur Realisierung der Projekte getan werden. Dafür ist in der Regel eine Kombination aus Fachberatung und Prozessbegleitung erforderlich. Die Fachberatung unterstützt die Projektträgergruppe in Fragen der Organisation, der Standortwahl, der Leistungsprozesse, des Marketings und der Finanzierung. Die Fachberatung kann von vorhandenen Stellen und Programmen des Landes bzw. Bundes gefördert werden. Wichtig erscheint, dass die Projektträgergruppe eine angemessene und zumutbare Eigenfinanzierung für die Projektumsetzung leistet.

Die Prozessbegleitung unterstützt die Projektträgergruppe bei der Konzepterstellung, bei der Sicherung der notwendigen Ressourcen und Kontakte und beim Projektstart. Für die genannten neun Projekte sollen die bisherigen "Scouts" eine Coachingfunktion in der Prozessbegleitung übernehmen.

Die Prozessbegleitung und auch das weitere Monitoring sollte ausschließlich Angelegenheit der Stadt Wien sein, die sich damit ein innovatives Zukunftsfeld der Stadtentwicklung sichert.

Um die Wiener Knowledge Base effizient zu entwickeln, ist eine systematische Beobachtung von Stärkefeldern im internationalen Kontext und die Kooperation mit vorhandenen Know-how-TrägerInnen unerlässlich. Daher soll eine offene, nicht institutionalisierte *Plattform "Knowledge Base Vienna"* aufgebaut werden, auf der ExpertInnen aus den Bereichen Verwaltung, Wirtschaft und Wissen als MultiplikatorInnen, PatInnen und MentorInnen innovativer Knowledge Base Projekte zusammenarbeiten. Sie sollen für die Prioritätenfindung und Schwerpunktsetzung in der Projektentwicklung verantwortlich sein und den Projektträgergruppen ein entsprechendes Umfeld von fördernden Kontakten und Zugängen zur Verfügung stellen.

Zweimal jährlich sollen die in Bearbeitung befindlichen Projekte und Stärkefelder der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Damit soll zum einen ein besseres Verständnis und eine stärkere Übereinkunft für den Knowledge Base Prozess bei einer qualifizierten Öffentlichkeit, bestehend aus Vertretern von Politik und Verwaltung der Stadt Wien,

der Wirtschaft und des Wissensbereichs, erzielt werden und zum anderen eine breitere Öffentlichkeit über Medien und Internet Informationen über diese Aktivitäten erhalten.

Die zweite Phase des Knowledge Base Prozesses soll in den Jahren 2000 und 2001 die vorgeschlagenen Projekte zur Startreife bringen, den Monitoring- und Vernetzungs- Prozess vorantreiben und in den vorgeschlagenen Zeitabständen den Stand der Prozess- und Projektentwicklung der Öffentlichkeit präsentieren. Eine budgetäre Vorsorge in der Höhe von 1,5 Mio. ATS ist in der MA 18 dafür vorgesehen.

ERFOLGSINDIKATOREN

- Profilierung und Bildung eines zukunftsfähigen Images von Wien über die Entwicklung der Stärkefelder
- Neugründung von innovativen Betrieben
- Schaffung von Arbeitsplätzen aller Qualifikationsniveaus
- Erschließung neuer Märkte und/ oder Vergrößerung von Marktanteilen

Wiener Bildungsnetz

LEITIDEE Ein wesentliches Kriterium der modernen Gesellschaft ist der rasche und unkomplizierte Austausch von Informationen. Die rasante Entwicklung auf dem Sektor der Kommunikationstechnologien führt einerseits zur Notwendigkeit des lebensbegleitenden Lernens und andererseits zur Integration der Instrumente der Informationstechnologien in den Bildungsbereich. Die Beibehaltung der Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit erfordert daher die Schaffung der nötigen Infrastruktur im schulischen und außerschulischen Bereich.

Diese zunehmende Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien trägt zur Entstehung neuer Lebens- und Arbeitsweisen bei. Der Umgang mit diesen Möglichkeiten stellt damit eine weitere Kulturtechnik dar. Die Schule und mit ihr das gesamte Bildungssystem muss sich diesen Entwicklungen stellen, bei gleichzeitiger kritischer Auseinandersetzung mit deren Auswirkungen. Den SchülerInnen sind daher direkte Zugänge zu den Erfahrungsräumen und Wissensquellen zu eröffnen und Methoden zur Verfügung zu stellen, wie sie eine gezielte Auswahl aus dem immer größer werdenden Informationsangebot treffen können.

Der gekonnte Umgang mit den neuen Kommunikationstechnologien ist nicht nur eine Grundlage für zukunftsorientierte Qualifikation am Arbeitsmarkt, sondern darüber hinaus Voraussetzung für die Beschaffung, Auswahl und sinnvolle Strukturierung von Wissen. Damit wird die Kompetenz für die gesamte Lebensgestaltung erhöht und gleichzeitig ein entscheidender Beitrag für die Sicherung einer hohen Lebensqualität in Wien geleistet.

AUSGANGSLAGE

Wien verfügt über rund 400 Pflichtschulen sowie etwa 200 Standorte der außerschulischen Jugendbetreuung, darunter Jugendzentren, Büchereien und Volkshochschulen. Alle diese Einrichtungen sollen durch hochleistungsfähige Datennetze miteinander verbunden werden, wobei an jedem Standort ein lokales Netzwerk (LAN) eingerichtet wird. Damit soll ein auf den pädagogischen Einsatz zugeschnittenes und weiterentwickelbares Bildungsnetz geschaffen werden.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

- Es soll allen Kindern und Jugendlichen ohne Zugangsbarrieren ermöglicht werden, den Umgang mit computervermittelten Kommunikationstechniken und ihren praktischen Einsatz zu erlernen.
- Es sollen ein pädagogisch begleiteter Umgang mit den neuen Kommunikationstechnologien und eine kritische Auseinandersetzung mit den über die neuen Medien angebotenen Inhalten ermöglicht werden.
- Die im Wiener Bildungsnetz bereitgestellten Inhalte sollen von PädagogInnen aufbereitet werden.
- Die Ausbildung der LehrerInnen soll die Basis für eine entsprechende Moderatorfunktion bieten.
- Es sollen nicht nur die Chancen der einzelnen am Arbeitsmarkt, sondern auch gleichzeitig die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Wien erhöht werden.

Das Wiener Bildungsgesetz trägt zur Weiterentwicklung der Wissensstadt Wien bei. Es trägt weiters zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes und zu einer innovativen Arbeitsmarktpolitik bei. Des Weiteren sind Schnittstellen zu einer an wissenschaftlich-technischer Kompetenz orientierten Kulturpolitik gegeben.

VORGEHENSWEISE, AKTEURE, ZEITHORIZONT

Das Projekt beruht auf einer Kooperation des Magistrates der Stadt Wien (MA 56 - Städtische Schulverwaltung und MA 14 - ADV) mit dem Stadtschulrat für Wien und Wienstrom und entwickelt sich in einem mehrstufigen Phasenmodell.

Die in einer komplexen Projektorganisation zusammengefassten "Projektrealisierungspartner" konzentrieren sich auf die Realisierung der eher technisch orientierten Aufgabenstellung: Lokales Schulnetz/Wiener Schul-Intranet/Internet-Zugang. Die Projektpartner Siemens/Datacontact & Canon werden in diesem Rahmen ca. 8000 PCs und 3000 Drucker in den Bildungseinrichtungen installieren, die von der MA 23 und deren Auftragsfirmen mit Objektnetzinfrastrukturen ausgestattet werden. Der Projektpartner Wienstrom wird mit seinem Partnern Kapsch und Nortel Networks, ausgehend von einem LWL -Backbone-Ring mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von 1 Gigabit/s, ein so dichtes Netz von LWL-Verbindungen (ca. 1000 km Leitungswege) über die Stadt legen, dass alle 600 Standorte mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von 100 Megabit/s angespeist werden (Verteil- & Schulbereich FEN - Fast Ethernet).

Bis zum Jahr 2000 werden die Klassen von 400 Pflichtschulen mit rund 6500 PCs ausgestattet und die einzelnen Schulstandorte durch ein breitbandiges Datennetz miteinander verbunden sein, das gleichzeitig den Zugang zum Internet ermöglicht. Bis zum Jahr 2001 sollen 200 außerschulische Standorte, wie Büchereien, Volkshochschulen und Jugendzentren mit dem Bildungsnetz versorgt werden. Darüber hinaus werden auch Bundes- und Privatschulen das Angebot erhalten, sich kostengünstig an das Wiener Bildungsnetz anschließen zu lassen.

FINANZIELLE RESSOURCEN

Mit einem Investitionsvolumen von rund 250 Millionen Schilling allein für die öffentlichen Pflichtschulen der Stadt Wien zählt dieses Bildungsprojekt zu den ambitioniertesten Vorhaben in Europa.

Für Errichtung und Betrieb dieses Wiener Bildungsnetzes sind Investkosten (Hard- und Software) in der Höhe von rund 213 Millionen Schilling erforderlich. Weiters werden für die erforderlichen baulichen Maßnahmen im Rahmen dieses Projektes rund 25 Millionen Schilling investiert. Hierzu kommen im Endausbau Betriebsführungskosten von voraussichtlich rund 12 Millionen Schilling jährlich.

ERFOLGSINDIKATOREN

- Zugang zu den neuen Basisqualifikationen ohne soziale Beschränkung
- Zukunftsorientierte Ausbildung für alle Wiener Kinder und Jugendlichen
- Entwicklung neuer Berufssparten wie "Informationsmanagement" oder "Internet-Marketing".

Hauptbibliothek – ein neues bildungspolitisches Symbol

LEITIDEE

Die Gegenwart und erst recht die Zukunft fordern Flexibilität. Flexibilität setzt lebenslanges Lernen voraus. Lebenslanges Lernen braucht Symbole. Die Stadt bekommt mit der neuen Hauptbibliothek am Gürtel ein weithin sichtbares neues bildungspolitisches Symbol, das auf die Bedeutung des lebenslangen Lernens hinweist. Bildung verbindet sich darin in der Sprache der Architektur und in den medialen Angeboten mit Erlebnis und Unterhaltung.

Mit der neuen Hauptbibliothek bekommt die Bildungsorientierung der Stadt ihren weithin sichtbaren Ausdruck und wertet, gerade in Konkurrenz zu den hochkulturellen Einrichtungen im und rund um den ersten Bezirk (Ringstraße, Messepalast), alle Bildungsinstitutionen auf. Ein repräsentativer, spektakulärer Bau am Gürtel bedeutet einen Gegenentwurf zur Cityorientierung und verweist auf das große Filialnetz der Städtischen Büchereien in der ganzen Stadt.

Mit der neuen Hauptbibliothek bekommt nun die Gürtelzone einen attraktiven Frequenzbringer. Mit dem repräsentativen Neubau und den Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten der näheren Umgebung (Stadhalle, VHS Ottakring, Beisl in den Stadtbahnbögen, Multiplex-Kino-Center) wird der Urban-Loritz-Platz auch zu einem erstrangigen, ganztägig genutzten kulturellen Forum aufgewertet.

AUSGANGSLAGE

Die jetzige Hauptbücherei in der Skodagasse bietet nur sehr beschränkte Präsentationsmöglichkeiten und erlaubt keine adäquate Erweiterung zu einer zeitgemäßen Mediathek. Gleichzeitig erhöht sich Jahr für Jahr die Zahl der Benutzer. Der Andrang des Publikums signalisiert, dass in der Hauptbücherei der attraktivste Teil des Filialnetzes der Städtischen Büchereien gesehen wird.

Städtebaulich war und ist der Urban-Loritz-Platz an der Hauptverkehrsachse des Gürtels ein weitläufiger Ort mit wenig Gestaltung. Im Rahmen eines EU-Urbanprojektes wurde ein Maßnahmenkatalog zur Belebung des Platzes (Neuführung der Straßenbahngleise, Zeltdachüberspannung) erstellt, um ihn als wichtigen Verkehrsknotenpunkt aufzuwerten. Gleichzeitig war die Stadtplanung gefordert, ihn auch durch andere Funktionen zu beleben.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Der Bau der neuen Hauptbibliothek verfolgt die Bündelung verschiedener Ziele. Die Hauptbibliothek leistet einerseits Beiträge zur Bildungsorientierung in der Stadt, und andererseits erfüllt sie Aufgaben in der Stadterneuerung und in der Restrukturierung urbanen Lebens.

- Sie will die unbefriedigende Situation der jetzigen Hauptbücherei verändern und in diesen Veränderungsprozess das Gesamtsystem der Städtischen Büchereien einbeziehen. Sie will massiv zur Imageveränderung und -verbesserung beitragen. Die Städtischen Büchereien sollen damit mediale Beachtung finden.
- Sie will in der Funktion als individuelles Bildungszentrum die erste Anlaufstation in der Stadt sein. Die Städtischen Büchereien sollen erstrangig präsent sein, wenn der gesellschaftliche und technische Wandel den WienerInnen lebenslanges Lernen abverlangt.

- Sie will die Voraussetzungen für eine neue Qualität der Bibliotheksarbeit schaffen, die den Bedingungen des Multimediazeitalters entspricht. Die neue Hauptbibliothek ist eine Plattform für virtuelles Lernen.
- Sie will ein Haus sein, das inspiriert, motiviert und wohl tut, und durch Veranstaltungen und publikumswirksame Aktivitäten (Ausstellungen, Workshops, Führungen) Akzente im Normalbetrieb setzt. Es sollen ausreichend Plätze vorhanden sein, um Informations-, Kunst- und Unterhaltungsbedürfnissen nachzugehen.
- Sie will mit ihren Öffnungszeiten vorführen, dass sie für die Bevölkerung, die im globalen Dorf zu unterschiedlichen Zeiten arbeitet, optimal zur Verfügung steht. Die neue Hauptbibliothek soll bis in die Nacht hinein benützbar sein.
- Sie ist direkt an das U-Bahnnetz angeschlossen und ist damit für den gesamten städtischen Raum innerhalb kürzerer Zeit erreichbar. Die Kombination U-Bahnstation und Hauptbibliothek verändert die Verkehrsmittelwahl.
- Die neue Hauptbibliothek trägt zur sozialen Durchmischung der Menschenströme am Gürtel bei, erfüllt die dort vorhandene hochwertige Bausubstanz aus der Jahrhundertwende mit neuem urbanen Leben und stärkt die Funktionen "Konsumieren", "Flanieren", "Schauen" und "Sich Vergnügen".

Im Rahmen des Strategieplanes trägt die neue Hauptbibliothek im Besonderen zur Stärkung der *Wissensstadt Wien* bei. Das Projekt unterstützt weiters die Bemühungen der Stadterneuerung in der Gürtelzone und entspricht damit im Besonderen auch dem Strategiefeld *Wien bleibt Stadt der Lebens- und Umweltqualität*.

VORGEHENSWEISE, AKTEURE, ZEITHORIZONT

Die neue Hauptbibliothek ist ein Projekt der MA 13 und damit der Geschäftsgruppe "Jugend, Soziales, Information und Sport". Die Geschäftsgruppe "Planung und Zukunft" hat die Entwicklung des Projektes unterstützt und stellt für die architektonische und gestalterische Begleitung der Bauabwicklung ihre Dienste zur Verfügung. Zur Umsetzung wurde ein Projektkoordinator aus der MA 24 eingesetzt.

Eine Projektgruppe für die Neue Hauptbibliothek begleitet den Bauablauf. In wöchentlichen Jour-fixe-Sitzungen werden die Ergebnisse der einzelnen vorbereitenden Arbeitsgruppen vorgelegt und neue Zielsetzungen durch die Projektkoordination definiert. Ständige Mitglieder dieser Projektleitungssitzungen sind zum einen die Bauherrenvertretung der MA 13, der Koordinator für den U-Bahnbereich sowie der Generalplaner. Dazu kommen in wechselnder Besetzung Sonderfachleute der vier Arbeitskreise Raumprogramm & Funktion, Statik, U-Bahnbau und Gebäudetechnik.

FINANZIELLE RESSOURCEN

Gemäß dem Gemeinderatsbeschluss vom Mai 1999 stehen für die Errichtung des Gebäudes 360 Mio. ATS zur Verfügung, von denen 75 Mio. ATS für bauplatzschaffende Maßnahmen (Verlegung von Betriebsräumen der U-Bahn, Fundierung) aufgewendet werden müssen.

ERFOLGSINDIKATOREN

- BesucherInnenfrequenzen aus allen Teilen der Stadt
- Anstieg der BenutzerInnenzahlen aller Filialen

- Aufwertung der Gürtelzone zu einer gern frequentierten, vitalen Erlebnismeile

Das Kinderquartier im Museumsquartier

Ein Ort für (er)lebbare Kreativität

LEITIDEE Kreativität, Auseinandersetzungskraft und Vermittlungsgabe sind Qualitäten, die auf Grund ihrer großen Bedeutung bereits im Kindesalter umfassend unterstützt werden müssen. Eine frühe Sensibilisierung für Kunst und Kultur ist ein grundlegendes Mittel, um diese so wichtigen Qualitäten zu stärken und auszubauen.

Als prinzipielles Ziel gilt es anzustreben, der Kinderkultur den gleichen Stellenwert einzuräumen, wie der so genannten Erwachsenenkultur und eine Verbesserung und Steigerung des Angebotes an kulturellen Aktivitäten für Kinder und Jugendliche zu erreichen.

AUSGANGSLAGE

Im Bereich der Kinderkreativität wurden in Wien bereits wichtige Schritte gesetzt, es fehlt allerdings noch ein Ort, der mit "Kinderkunst und –kultur" identifiziert wird und der als Informationsdrehscheibe für alle Aktivitäten der Stadt genützt werden kann. Dies soll durch das Kinderquartier verwirklicht werden.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Das Kinderquartier im Fürstenhof des Museumsquartiers soll Kindern ein umfassendes Angebot zur künstlerischen Auseinandersetzung und Betätigung bieten. Dabei soll auf die individuellen Stärken und Begabungen der Kinder eingegangen werden. Anzustreben ist die Förderung von Interdisziplinarität und internationalem Austausch durch qualitativ hochwertige Angebote. Darüber hinaus soll die im Kinderquartier zu schaffende Service- und Anlaufstelle für Kinderkultur und Kinderfreizeit über alle einschlägigen Aktivitäten in der Stadt informieren. Im Rahmen des Strategieplanes stellt das Kinderquartier einen wichtigen Beitrag zum Strategiefeld 3, Wien investiert in Wissen, Bildung und Kultur, dar.

VORGANGSWEISE, AKTEURE, ZEITHORIZONT

Für die Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes wurde ein Projektentwicklungsteam eingerichtet, in dem VertreterInnen der Geschäftsgruppen Kultur bzw. Jugend, Soziales, Information und Sport gemeinsam mit einem ExpertInnenteam aus dem Bereich der Kinderkultur folgende Eckpfeiler für das Kinderquartier definierten:

- Kindermuseum ZOOM (besteht bereits seit 1994 im Museumsquartier)
- "Theater für Kinder" - im und um das ehemalige Residenztheater,
- es sollen Eigenproduktionen gespielt werden, aber auch die freie "Kindertheaterszene" bekommt eine neue Spielstätte
- Workshopleiste, durchgeführt vom Kindermuseum ZOOM und dem "Theater für Kinder"
- Service- und Anlaufstelle für Kinderkultur und Kinderfreizeit

Die Einrichtungen des Kinderquartiers werden ihre Programme in enger Kooperation erstellen, um eine möglichst breite Angebotspalette zu gewährleisten.

Die Konzeptphase konnte im Herbst 1999 abgeschlossen werden und die daraus folgenden konkreten Planungs- und Umsetzungsschritte werden stufenweise erfolgen.

- 2001: Fertigstellung des Umbaus der neuen Räumlichkeiten des ZOOM Kindermuseums.
Eröffnung der Service- und Anlaufstelle für Kinderkultur und Kinderfreizeit (Arbeitstitel)
- 2002: Fertigstellung des Theaters für Kinder im und um das ehemalige Residenztheater

ERFOLGSINDIKATOREN

- Ausmaß der Besucherfrequenz in den verschiedenen Institutionen
- Qualität der Produkte der Institutionen im Museumsquartier (Kritik, Rezeptionen, Diskussionen)
- Verbesserung der Qualität im Kinderangebot in der gesamten Stadt (Bekanntheitsgrad, Dienstleistungsfunktionen, neue Art der Dienstleistung für Kinderkultur, in Anspruchnahme durch Elternorganisationen, etc.)
- Entwicklung von zusätzlichen künstlerischen und kulturellen Angeboten für Kinder (Beispiel: Sommerkurse, Vernetzung anderer Institutionen)
- Impulse in andere Organisationen (Schulen, Musikschulen und in andere Institutionen im und um das Museumsquartier wie z.B.: Museum moderner Kunst oder Leopoldstiftung, etc.)

STRATEGIEFELD 4

WIEN STÄRKT QUALITÄT VON NATURRAUM UND STADTRAUM

- REALISIERUNG DES GRÜNGÜRTELS WIEN '95
- GEWÄSSER- UND GRÜNRAUMVERNETZUNG
- ATTRAKTIVIERUNG DES ÖFFENTLICHEN RAUMES
- INNERSTÄDTISCHE ZENTREN UND GESCHÄFTSSTRASSEN
- STÄDTEBAULICHE ENTWICKLUNG VON VOLKSPRATER – MESSEGELÄNDE – KRIEAU – STADION
- GÜRTELMANAGEMENT
- GESCHLECHTSENSIBLE KINDER- UND JUGENDSPIELPLÄTZE, SPORT- UND PARKANLAGEN IN DEN WIENER BEZIRKEN
- EINFACH – MEHRFACH

Realisierung des Grüngürtels Wien '95

LEITIDEE Im November 1995 wurde vom Wiener Gemeinderat der Plan für ein Grün- und Freiflächensystem "Grüngürtel Wien '95" beschlossen. Der Beschluss ist in einer Linie mit dem zukunftsweisenden Beschluss des Gemeinderates vom 5. Mai 1905 zu sehen, einen "Wald- und Wiesengürtel" um die Stadt zu legen. Die dieser politischen Willensbildung zugrundeliegenden Pläne sowie die auftragsgemäß darauf aufbauenden Maßnahmenpläne stellen die Grundlagen dar, ganze Landschaftseinheiten bzw. zumindest größere zusammenhängende Teilbereiche sicherzustellen und - wenn erforderlich - auch auszugestalten, um sie den BewohnerInnen und BesucherInnen der Stadt zur Verfügung zu stellen. Neben der Naherholung dient dieses Freiraumsystem auch den Funktionen der Stadtgliederung sowie ökologischen Zielsetzungen wie der Erhaltung unversiegelten Bodens oder klimatischen Verbesserungen.

AUSGANGSLAGE

Die genannten Maßnahmenpläne umfassen die Kategorien "Widmung", "Ausgestaltung" und "Ankauf". Die ersten Maßnahmenprogramme wurden bereits in den Jahren 1995/96 erstellt. Im Rahmen einer Regierungsklausur im Mai 1998 wurde beschlossen, aus dem vorliegenden Maßnahmenkonzept besonders vordringliche Flächen zur Realisierung vorzuschlagen.

Eine erste Zwischenbilanz, etwa fünf Jahre nach dem Grüngürtelbeschluss 1995, zeigt, dass sich die Ausgestaltung fast ausschließlich auf Maßnahmen der Forstverwaltung beschränkte. Es wurden bisher keine Flächen aus dem Titel der Sicherung des Grüngürtels von Wien angekauft.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Die Sicherung des Grüngürtel Wien '95 kann nur durch die konsequente Verfolgung eines Bündels von Maßnahmen erfolgen:

- Nachhaltige Sicherung durch die Widmung
- Ausgestaltung nach Landschafts-, Grünordnungs- und Außenanlagenplänen
- Erwerb von Flächen
- Unterschutzstellung nach dem Naturschutzgesetz

Den Zielen des Strategieplanes für Wien wird mit diesem Vorhaben mehrfach entsprochen:

- Ökologische Interessen gegenüber anderen Interessen als gleichwertig verstehen
- Wertvolle Teilgebiete brauchen Vernetzung
- Wichtige Gebiete unangetastet lassen (tabuisieren), durch Erweiterung puffern und ergänzen
- Entwicklung von Angeboten für sportliche Aktivitäten
- Eine gesunde und sichere Umwelt
- Verstärkte Imagebildung von Standorten als Element der Standortpolitik
- Koordinierte Siedlungspolitik in der Region

VORGEHENSWEISE UND ORGANISATORISCHE MASSNAHMEN

- Fortführung des Maßnahmenprogramms, wobei die Auswahl der Standorte hinsichtlich ihrer Priorität - je nach Erfordernis einer kurzfristigen Umsetzung - die hierfür notwendige Flexibilität gewährleisten soll.
- Verbindliche Sicherstellung (Widmung) der sowohl im Stadtentwicklungsplan als auch im Grüngürtelprogramm ausgewiesenen Grün- und Freiflächen. Nur eine Klarstellung, dass der Grüngürtel auch langfristig nicht als Bauerwartungsland zu betrachten ist, kann den Bodenwert auf einem einer Grün- und Freilandnutzung entsprechenden Niveau halten.
- Realisierung des Projektes nach dem Prinzip der Öko-Effizienz, bei dem der wirtschaftliche Nutzen von Freiflächen in der Stadt nachgewiesen und als Argumentation zur Freiraumsicherung eingesetzt wird.
- Ausarbeitung von neuen Organisationsformen für die institutionellen Rahmenbedingungen z.B. durch neue Kooperationen und Partnerschaften.

AKTEURE UND ZEITHORIZONT

Die wichtigsten Akteure für Widmung, Ausgestaltung und Ankauf sind die politisch Verantwortlichen. Die Akteure, welche die Maßnahmenkonzepte auszuarbeiten und vorzuschlagen haben, sind neben der MA 18 eine Reihe weiterer Dienststellen. Entsprechend dem vorliegenden bzw. den laufend zu ergänzenden Maßnahmenprogrammen soll die Realisierung in Form von Widmung, Ausgestaltung und Ankauf ab sofort und laufend erfolgen. Am Ende jedes Jahres soll dem Gemeinderat ein Bericht vorgelegt werden, in welchem die jeweils zuständigen Dienststellen des Magistrats Rechenschaft über die Erledigungen des abgelaufenen Jahres sowie eine als verbindlich anzusehende Vorschau zur Realisierung des Programms für das folgende Jahr abgeben.

ERFOLGSINDIKATOREN

- Anzahl und Ausmaß der Flächen, die im Sinne des Grundsatzprogrammes möglichst als eigenständiges Plandokument gewidmet werden
- Anzahl und Ausmaß der Flächen, die in entsprechender Qualität ausgestaltet werden
- Anzahl und Ausmaß der Flächen, die zum Zwecke der Grünraumsicherung angekauft werden

Gewässer- und Grünraumvernetzung

LEITIDEE Grünkeile als Vernetzung des Grüngürtels mit den sonstigen übergeordneten Erholungsgebieten und dem dichtbebauten Stadtgebiet sind von besonderer Bedeutung für die Bewohner großstädtischer Ballungsräume und zur Stabilisierung der natürlichen Lebensräume. Die Schaffung wertvoller Naherholungsgebiete im Wohnumfeld trägt wesentlich zur Aufwertung der Lebensqualität und der Stadtstruktur bei. Die Realisierung dieser Grünkeile ist als städtebauliches Leitmotiv daher weiterzuverfolgen und sollte idealerweise Gewässer oder andere ökologisch funktionsfähige Strukturen enthalten.

Erlebbar, naturnahe Gewässer sollen durch Renaturierung von Donaukanal, Wien und Liesing, Öffnung der verrohrten Abschnitte der Wienerwaldbäche und großräumige Vernetzung von Marchfeldkanal und Alter Donau geschaffen werden. Begleitend soll ein attraktives rad- und fußläufiges Verbindungsnetz durch die Stadt entstehen.

Durch den bewusstseinsbildenden Effekt sind Synergieeffekte mit dem Projekt "Landschaftskunst 2002" zu erwarten.

ZIELE UND MASSNAHMEN AM BEISPIEL VERNETZUNG MARCHFELDKANAL - ALTE DONAU

- Übergeordnete landschaftliche und ökologische Verknüpfung von Marchfeldkanal und Alter Donau
- Schaffung einer zusätzlichen Wasserzufuhr neben der Neuen Donau zur Sicherung der Realisierung der wasserwirtschaftlichen Zielsetzungen für die Stadtgebiete nördlich der Donau (z.B.: Dotation Mühlwasser - Lobau)
- Aufwertung des 21. Bezirkes und der Lebensqualität seiner BewohnerInnen
- Vorrangige und nachhaltige Sicherung von entsprechenden Flächen durch Widmung und Ankauf gemäß dem vorliegenden generellen Leitprojekt
- Ausarbeitung eines Detailprojektes

PROJEKTSTEUERUNG

Die Einrichtung eines Projektmanagements wird vorgeschlagen. Ein Detailprojekt ist ab sofort möglich.

ERFOLGSINDIKATOREN

- Naturnahe Uferlängen
- Quadratmeter an offener Wasserfläche
- Nachweis der Sicherstellung des unbedingt erforderlichen Freiraumes für unversorgte Stadterweiterungsgebiete
- Natur- und Anschauungsobjekte für schulische und außerschulische Umwelterziehung - 'Natur zum Angreifen' - im unmittelbaren Wohnumfeld

Attraktivierung des öffentlichen Raumes

LEITIDEE UND AUSGANGSLAGE

Die Stadt Wien ist durch eine dichte und feingliedrige Urbanität geprägt. Der historische Stadtkörper stellt eine kulturelle Verpflichtung für die Entwicklung einer Wissensbasis dar, die nicht nur den (primär objektorientierten) Denkmalschutz, sondern auch die kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen fordert.

Es bieten sich viele Möglichkeiten an, qualitätvolle, zeitgemäße (baulich künstlerisch wertvolle) Elemente zu integrieren. Vorhandene architektonische und funktionelle Qualitäten sollen erhalten und neue dort entwickelt werden, wo ein Defizit besteht. Die Umgangsformen mit dem öffentlichen Stadtraum liefern eine kulturelle Visitenkarte der Stadt.

Leere, unverbaute Flächen sind gerade in Städten zu äußerst wertvollen Gütern geworden. Die ökologischen und ökonomischen Bedingungen verlangen einen überaus schonenden Umgang mit den vorhandenen Ressourcen. Dies bedeutet auch in vielen Bereichen ein Ende der "gebauten Politik". Variable Lösungen mit Mehrfachnutzungen von Orten, Freiflächen, Freiräumen und andere prozesshafte Gestaltungen sollen daher, besonders in neuen Stadtentwicklungsgebieten, flexiblere Planungen ermöglichen.

In einem eigenen Projekt "*Landschaftskunst 2002*" sollen Wiener Landschaftsräume durch die Realisierung ausgewählter landschafts-künstlerischer Projekte mit hoher Signalwirkung thematisiert werden. Über den Weg der landschaftskünstlerischen Auseinandersetzung soll die Wiener "Stadtlandschaft" zu einem Stadtthema gemacht und das Grün- und Freiflächenpotenzial Wiens in den Mittelpunkt öffentlicher Diskussion und Reflexion gestellt werden.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Die Attraktivierung des öffentlichen Raumes muss in Zusammenarbeit mit den zuständigen Geschäftsgruppen und dem Bund konzipiert und geplant werden. Außerdem ist es unerlässlich, außerhalb der Verwaltung stehende, internationale ExpertInnen (z.B. aus Kritik, Architektur, Design) in die Planungsdiskussion einzubeziehen.

Kunst am Bau

Die Auseinandersetzung mit "Kunst am Bau" muss ein vorrangiges Anliegen stadtplanerischen Agierens sein, um die kulturelle Dimension des Stadtbildes nachhaltig zu gewährleisten. Dabei geht es nicht um Behübschung von Architektur nach gesetzlich festgelegten Promillesätzen der Bausumme und um Beschäftigungsstrategien für KünstlerInnen. Vielmehr ist Kunst am Bau zunächst und primär gute Architektur. Diese wirkt und steht für sich. Das Halten des bereits bestehenden hohen Standards der Architekturqualität, sowie dessen ständige Verbesserung, ist eines der Grundsatzziele der Stadtplanung/Stadtgestaltung, welches unter anderem durch das Forcieren von konkurrenzierenden Verfahren erreicht werden soll. Hohe Architekturqualität kann zugleich die Voraussetzung für eine weiterführende künstlerische Ausgestaltung, für einen Dialog von Architektur und Kunst bieten.

Kunst am Bau ist eine Anregung für die Menschen, sich mit Kunst auseinander zu setzen, ästhetische Erfahrungen zu gewinnen, in neue Bereiche kultureller Sensibilisierung vorzudringen - also eine Schule des Sehens. Kunst am Bau vermittelt

den Menschen neue Perspektiven für ihre Zukunft und nimmt eine wichtige Aufgabe für die Gesellschaft wahr.

Deshalb sollte von dem reichen Spektrum an von der Stadt Wien ausgeführten Bauaufträgen nicht jedes Projekt mit Kunst "zwangsbeglückt" werden; stattdessen sollte dem Einsatz von Kunstmitteln eine gezielte Auswahl zu Grunde liegen (z. B. Schwerpunkte bei öffentlichen Gebäuden).

Nutzungs- und Gestaltungsqualität im öffentlichen Raum

Der öffentliche Raum im historischen Sinne, als notwendige Erweiterung von beengten Wohn- und Arbeitssituationen hat heute zum Teil seine Bedeutung eingebüßt. Verbesserte Wohnsituationen, Freiräume im Zusammenhang mit Arbeitsstätten, ein größeres Angebot an Spiel-, Sport- und Freizeiteinrichtungen haben dem öffentlichen Raum seine Bedeutung als erweiterten Lebensraum teilweise genommen.

Die vergrößerte Privatsphäre, mit ihrer Außenkontaktmöglichkeit über Telefon, Fernseher oder Internet bietet anscheinend eine gewisse Kompensation.

Andererseits zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, dass diese verstärkten anonymen "Außenbeziehungen" das Bedürfnis nach Kompensation wachsen lassen, eine Zunahme urbaner Tendenzen ist spürbar.

Ausgangspunkt der Überlegungen ist, Plätze und Orte im Stadtgefüge zu identifizieren, bei denen entweder durch Neugestaltung Attraktivität gewonnen werden kann oder zumindest durch temporäre Maßnahmen (kurzfristige Verkehrsfreimachung, zeitlich begrenzte kulturelle Veranstaltung, etc.) eine inhaltliche Fokussierung in einem Bezirks- oder Stadtteil erreicht werden kann.

Zwischen diesen "Plätzen und Orten" soll es Wegverbindungen geben, deren Benutzbarkeit und damit Verbindungsfunktion durch besondere gestalterische Attraktivität des Straßenraumes oder durch die funktionellen Gegebenheiten (breite Gehsteige, Radwege, fußgängerfreundliche Übergänge) bereits gesichert ist, oder mit geeigneten Maßnahmen gesichert werden soll. Damit wäre ein Netzwerk von permanent oder temporär attraktiven Knotenpunkten (Plätze, Orte) und Verkehrsverbindungen zu schaffen, die sich ausgehend von Bezirksteilen über ganze Bezirke und letztendlich über die ganze Stadt entwickeln könnten.

Größere Gestaltungsräume

Im Sinne der Identifikation von großräumigen, zusammenhängenden, städtebaulichen Handlungsfeldern (im Gegensatz zu dem eher kleinräumigen Aktionsfeld "Plätze und Wege") gilt es, "kulturelle Spangen" der Stadt zu definieren, als solche zu erkennen und dann im Sinne der jeweiligen Bedeutung aufzuwerten und erkennbar zu machen. Vorarbeiten dazu wurden z.B. für ein Gesamtprojekt "Kunstplatz Karlsplatz" oder ein "Gestaltungskonzept Ringstraße" sowie beim strategischen Projekt "Gürtelmanagement" auf der Ebene der Stadtplanung/Stadtgestaltung eingeleitet. Für diese sowie z.B. für die Bereiche "Augarten", "Kulturachse Schönbrunn" wären geeignete Aktionsräume im Sinne der speziellen kulturellen Aufwertung zu definieren und in weiterer Folge in einem Pilotprojekt zu vertiefen und umzusetzen.

Park- und Gartengestaltung

Es ist notwendig, das Design von Wiener Grünflächen einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Die Grünflächen sind nicht Behübschung, sondern können mittels künstlerischer Beteiligung zu einer modernen Neuinszenierung dieser Räume beitragen.

Gerade die Erholungsflächen bedürfen mit ihren unterschiedlichsten Funktionen - von Entspannung über sportliche Betätigung bis zum Kommunikationsraum - einer besonders sensiblen und kreativen Gestaltung. Dabei sind auch die Anliegen des strategischen Projektes *“Geschlechtssensible Kinder- und Jugendspielplätze, Sport- und Parkanlagen in Wiener Bezirken”* zu berücksichtigen.

Stadtmöblierung

Das Stadtbild wird nicht nur von den großen Gebäuden und Flächen geprägt, sondern auch von der Summe der “Stadtmöbel” - von Parkbänken über Beleuchtungskörper bis zu den Blumentrögen. In diesem Zusammenhang ist in Wien schon vieles geschehen, notwendig erscheint jedoch weiterhin ein kontinuierliches Redesign und eine ästhetische Abstimmung der unterschiedlichsten Neuentwicklungen im Sinne des Gesamtbildes. Voraussetzung dafür ist eine gestalterische und funktionelle “Bereinigung” in vielen Bereichen des öffentlichen Raumes.

Alternative Routen durch die Stadt

Die Attraktivität und Intensität des Stadtraums darf nicht - wie es in den touristischen “packages” geschieht - auf einige wenige Attraktivitäten reduziert werden. Den schnellen und begrenzten “Kombiangeboten” muss durch Gelegenheiten der Verlangsamung und Vertiefung begegnet werden. Dies entspricht auch einer ausbaufähigen Schicht der touristischen Wertschätzung Wiens (Entspannen, Flanieren, Fahrt mit der Straßenbahn ...)

Diese Idee wurde inzwischen vom Tourismusverband in einem ersten Ansatz unter dem Titel “Per Pedes - Stadtführungen zu Fuß” realisiert.

Landschaftskunst 2002

Die Ziele von “Landschaftskunst 2002” sind:

- Thematisierung ausgewählter Wiener Landschaftsräume über die Umsetzung landschaftskünstlerischer Projekte.
- Positionierung Wiens als Kulturstadt, die sich auch zentral dem Außenraum und der Landschaft als Projektionsfläche kultureller Aktivitäten widmet.
- Umsetzung von Projekten international renommierter KünstlerInnen, die in orts- und situationsspezifischer Weise nicht nur Bezüge zur Tradition der Land Art der 60er- Jahre und Landschaftskunst in Europa der letzten Jahrzehnte aufweisen, sondern auch als Impulsprojekte für diese Kunstsparte fungieren.
- “Landschaft” als ein Schwerpunktthema der Wiener Stadtdiskussion und Selbstdarstellung

In Hinblick auf die Ziele des Strategieplanes stärkt das Projekt Wien als Kultur- und Erlebnisstadt und als Stadt der Lebens- und Umweltqualität.

VORGEHENSWEISE, AKTEURE UND ZEITHORIZONT

Ein wichtiger Schritt zur Attraktivierung des öffentlichen Raumes ist die möglichst rasche Schaffung eines handlungsfähigen “ExpertInnenkommission” (bestehend aus Verwaltung und internationalen ExpertInnen aus Kritik, Architektur, Design etc.) für die Stadtverwaltung. Diese Kommission kann wiederum Arbeitsgruppen für die einzelnen Schwerpunkt-Gebiete einsetzen.

Als erste Maßnahme sollte diese Kommission Vorschläge für eine Entrümpelung des Stadtraumes erstellen und eine “Dringlichkeitsliste” vorlegen.

Kunst am Bau

Zur Weiterentwicklung von “Kunst am Bau” sollte eine qualitative Jury (ausgewählt von der ExpertInnenkommission) in der frühen Planungsphase - auf Grund der

gemeinsam mit dem Architekturteam erarbeiteten Themenvorschläge - die/den Künstler/in durch Abhaltung eines geladenen Wettbewerbes ermitteln.

Landschaftskunst 2002

- Einrichtung Projektanlaufstelle / Aufbau Netzwerk "Wiener Landschaft"
- Erarbeitung eines Marketingkonzeptes / laufende begleitende Medienarbeit
- Etablierung eines Modells öffentlich-privater Partnerschaft (Stadt Wien, FörderungsgeberInnen, SponsorInnen)
- Projektbegleitung durch einen künstlerischen Beirat / Auswahl und Einladung von KünstlerInnen
- Projektübergreifende Rahmenplanung
- Projektentwicklung im Rahmen eines kooperativen Workshopmodells
- Rahmengebende Veranstaltungsreihen zum Leitthema "Landschaft"
- Laufendes Projektmonitoring und Erfolgskontrolle

Es soll eine kooperative Projektabwicklung in Zusammenarbeit mit der Stadt Wien, einem externen Projektmanagement sowie Sponsoren erfolgen. Ein künstlerischer Beirat soll die Projektumsetzung aus künstlerisch-technischer Sicht begleiten.

Eine mehrjährige Ereigniskette mit verschiedensten Veranstaltungsschwerpunkten soll 2000 entwickelt werden. Als Höhepunkt sollen 2002 die landschaftskünstlerischen Projekte fertiggestellt werden.

ERFOLGSINDIKATOREN

Landschaftskunst 2002

- Breite der Beteiligung der Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien an der Durchführung des Projektvorhabens und der Etablierung eines Netzwerks "Wiener Landschaften"
- Öffentliche Aufmerksamkeit, mediales Interesse, internationale Beachtung (BesucherInnenzahl / Zahl der Medienberichte / Sendeminuten TV etc.)
- Ausmaß der Beteiligung externer InvestorInnen und SponsorInnen an der Projektumsetzung (erreichtes Sponsorvolumen)
- Höhere Gewichtung von Aspekten der Landschaftsplanung und -gestaltung im Rahmen der Wiener Stadtplanung (Zahl und Umfang laufender Projektvorhaben)

Innerstädtische Zentren und Geschäftsstraßen

LEITIDEE Die Wiener Einkaufsstraßen sind für die Stadtwirtschaft und durch Sicherstellung der Nahversorgung und Belebung des öffentlichen Raums für die Lebensqualität und Identitätsstiftung in den Wiener Bezirken von entscheidender Bedeutung. In den letzten Jahren verloren diese strukturell integrierten städtischen Zentren durch die Abwanderung von Büro- und Dienstleistungsnutzungen jedoch bereits maßgebliche zentrale Funktionen. Die überhand nehmende Konkurrenzierung durch Einkaufszentren und Fachmärkte droht nun noch die letzte Zentrenfunktion, nämlich den Handel, zu verdrängen.

Zur Erhaltung der spezifischen städtischen Lebensqualität sind daher dringend Maßnahmen notwendig, die der Stärkung und Erneuerung der zentrenrelevanten Funktionen, insbesondere des städtischen Handels, in den Wiener Einkaufsstraßen dienen.

AUSGANGSLAGE

In den letzten Jahren wurden einerseits durch allgemeine Oberflächengestaltungsmaßnahmen, Verkehrsorganisation, etc. einige Maßnahmen seitens der Stadtplanung sowie andererseits im Rahmen der Einkaufsstraßenförderung durch das WIFI - Marketingbüro der Einkaufsstadt Wien handelsbezogene Maßnahmen zur Attraktivierung der Wiener Einkaufsstraßen gesetzt.

Nachdem es sich beim Wiener Geschäftsstraßen- und Zentrensystem um eine ausdifferenzierte Struktur mit sehr spezifischen Situationen im Stadtgebiet handelt, müssen die Maßnahmen zur Erhaltung und Stärkung der jeweiligen Zentrenfunktionen fast ebenso "individuell" konzipiert und in der Durchführung koordiniert werden. Ebenso fehlen bislang auch die strategischen Vorgaben.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Ziel dieses Projekts ist es, die Wiener Einkaufsstraßen wieder in ihrer Funktion als Zentren des öffentlichen Lebens und des Handels in den Bezirken zu stärken und zu festigen. Parallel dazu soll ein Instrumentarium zur Evaluierung der Wirkung öffentlicher Investitionen in Einkaufsstraßen erarbeitet werden.

Das gegenständliche Projekt wird der dem Strategieplan zugrunde liegenden Leitvorstellung einer nachhaltigen Stadtentwicklung umfassend gerecht. In wirtschaftlicher Hinsicht, durch die Verminderung des Kaufkraftabflusses ins Umland. In sozialer Hinsicht, durch die Erhaltung einer für alle Bürger gleichermaßen zugänglichen Nahversorgung und die Förderung einer hohen Erlebnisqualität des Stadtraums. Und schließlich in ökologischer Hinsicht, durch die Erhaltung einer polyzentrischen Handelsstruktur, die die Grundvoraussetzung für die "Stadt der kurzen Wege" ist.

Das Projekt stellt dadurch nicht nur einen magistratsbezogenen ressortübergreifenden Modellversuch dar, sondern bietet durch die notwendige Einbeziehung der privaten Akteure (Gewerbetreibende), der Interessensvertretungen und der Bezirkspolitik ein Beispiel eines organisatorisch und interdisziplinär vernetzenden Projektes des Strategieplanes.

VORGEHENSWEISE, AKTEURE UND ZEITHORIZONT

Als Grundvoraussetzung wird das koordinierte Vorgehen des Projektteams und des WIFI - Marketingbüro der Einkaufsstadt Wien angesehen.

Aufgabe des Projektteams ist es zunächst, ein Netzwerk der primär relevanten Akteure ins Leben zu rufen und mit deren Unterstützung und auf Basis vorhandener Unterlagen kurzfristig ein handlungsorientiertes Leitprogramm zu erstellen. In diesem ist insbesondere festzulegen, welche Straßen in welcher zeitlichen Abfolge und mit welcher Prioritätensetzung im gegenständlichen Projekt bearbeitet werden sollen.

Folgende Aufgaben sind seitens des Projektteams im Speziellen wahrzunehmen:

- Beauftragung von Grundlagenerhebungen (siehe unten, "Erfolgskontrolle")
- Abwicklung von Planungsprozessen zu Umbau-, Verkehrs- und Gestaltungsmaßnahmen
- Einleitung von Modellen öffentlich-privater Partnerschaft für Maßnahmen in und entlang von Einkaufsstrassen
- Unterstützung maßgeblicher Investitionen auf privaten Liegenschaften entlang der Einkaufsstrassen durch Informationsbereitstellung und Betreuung
- Prüfung weiterer Möglichkeiten zur Stärkung der Zentrenfunktionen der Einkaufsstrassen, möglicherweise in Kooperation mit anderen Geschäftsgruppen (z.B. Kultur)
- Wahrnehmung der Interessen der Einkaufsstrassen in anderen Planungsprozessen der Stadt Wien.

Zur Leitung des gegenständlichen Projekts ist ein Projektteam der relevanten Dienststellen, der Wiener Linien und der Gebietsbetreuungen einzurichten.

Die Durchführung spezifischer Aufgaben obliegt weiterhin jeweils den damit betrauten Magistratsabteilungen. Das Projektteam wird unterstützt von den primären Akteuren:

- Wirtschaftsförderungsinstitut der Wirtschaftskammer Wien - Marketingbüro der Einkaufsstadt Wien
- Bezirksvertretungen
- Einkaufsstrassenvereine
- Wiener Wirtschaftsförderungsfonds
- Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds

Das Projekt wird zunächst auf sechs Jahre angesetzt. Aufgrund der erforderlichen Vorlaufzeiten, insbesondere der Baumaßnahmen, wird die geplante Erfolgskontrolle zumindest einiger Projekte erst nach diesem Zeitraum einsetzen können.

FINANZIELLE RESSOURCEN

Pro Jahr soll für das Projekt ein Budget-Sonderrahmen von 150 Mio. ATS (10,9 Mio. Euro) für Planung und Umsetzung (z. B.: Gutachten, oberflächengestaltende Baumaßnahmen;) exklusive Bezirksbudgetbeiträge zur Verfügung gestellt werden.

ERFOLGSINDIKATOREN

Aufgrund des Fehlens entsprechender Erhebungen ist es derzeit nicht möglich festzustellen, welche Wirkungen durch öffentliche Investitionen im Bereich von Einkaufsstrassen erzielt werden können.

Strikt monokausale oder monetäre Bewertungen werden dabei auch in Zukunft nicht zu verwirklichen sein. Auf Basis gezielter Vorher-nachher-Erhebungen soll jedoch versucht werden, anhand von Indikatoren die ausgelösten Veränderungen nachzuweisen:

- Verkaufsfläche
- Umsatz/m²
- Passantenfrequenz
- Kundenzufriedenheit
- Verkehrskennzahlen
- Leerstandsrate

Entwicklung von Volksprater – Messegelände – Krieau – Stadion

LEITIDEE Die Ausgangssituation der Stadt Wien in Bezug auf den Wirtschaftsfaktor Tourismus ist insgesamt eine positive, befindet sich Wien doch im Spitzenfeld der wichtigsten Destinationen im europäischen Städtetourismus und zeichnet sich doch vor allem durch einen besonders internationalen Gästemix aus.

Dennoch muss Wien, um diese starke Position festigen und halten zu können, seine Stärken ausbauen, und an der Beseitigung der Schwächen arbeiten. Die Stärke Wiens im Angebot Attraktivitätsfaktoren ist eindeutig die historische Komponente. Schwächen Wiens liegen im Angebot abseits der Hochkultur. Außerdem zeigt Wien Lücken im Angebot für bestimmte Zielgruppen. Vor allem die Zielgruppen der jüngeren Besucher und der Familien zeigen sich mit dem jetzigen Angebot an Sehenswertem in Wien deutlich unzufriedener als andere Besucher.

Mit der systematischen Entwicklung des Bereiches Prater – Messe – Krieau - Stadion zur Destination soll im Spannungsfeld zwischen vorhandenen Qualitäten und Mängeln, zwischen Impulsen und Restriktionen, zwischen lokalen Ansprüchen und neuen Trends eine Lücke geschlossen und neue Qualität erzeugt werden.

AUSGANGSLAGE

Der Volksprater und das Messegelände, die Krieau und der Stadionkomplex mit dem Praterstadion und dem Radstadion liegen am Rand des "Grünen Praters" und stellen ein ebenso traditionelles, wie heterogenes Freizeit-, Veranstaltungs- und Erholungsgebiet dar.

Allerdings bestehen erhebliche Mängel und Probleme, die sich in Konkurrenz zu anderen geplanten Entertainment-Vorhaben in Wien und im Umland, künftig noch verschärfen werden.

Besonders hervorzuheben ist das unattraktive und ungeordnete Erscheinungsbild, der Mangel an attraktiven zeitgemäßen Einrichtungen, die zum Teil chaotische Verkehrserschließung, die großräumige Abriegelung einzelner Einrichtungen. Obwohl die genannten Einrichtungen pro Jahr ca. 3,6 Mio. Besucher anziehen, sind kaum Synergien unter einander feststellbar.

Dynamisierend für die Entwicklung des Bereiches, ist der geplante Bau der U2-Verlängerung. Es ist davon auszugehen, dass diese U-Bahnlinie nicht nur umfassende stadtstrukturelle Nutzungsverdichtungen einleiten, sondern auch die Folgen dieser Intensivierung für das Umfeld positiv kanalisieren wird.

Weitere Impulse erhält das Gebiet durch die Attraktivität des nahe gelegenen Donaubereiches sowie durch die geplante Neustrukturierung und Nutzenintensivierung der "Wiener Messe", wodurch zusätzlich Grund und Boden für dieses Projekt verfügbar gemacht werden kann. Darüber hinaus ist der Großteil des Gebiets im Besitz der Gemeinde Wien.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Hauptziel ist es, zwischen den Attraktivitäten einer europäischen Metropole mit ihrer kulturellen und baulichen Substanz einerseits und den überregionalen Freizeit- und Themenparks andererseits - wie sie im Wiener Umland zunehmend an Kontur gewinnen - eine städteverträgliche Balance zu finden. Dabei geht es um:

- die Erzeugung von Synergien bestehender und zukünftiger Einrichtungen untereinander. Dies soll durch ein gemeinsames Management und Marketing gesichert werden,
- die Ansiedlung attraktivitätssteigernder Angebote durch die die Aufenthaltsdauer verlängert und neue Zielgruppen bzw. neue Gästeschichten angesprochen werden sollen. Im Vordergrund steht der Wiederholungsbesucher,
- den Abbau von räumlichen Barrieren wodurch ein attraktiver räumlicher Zusammenhang geschaffen werden soll,
- ein der Lage im Stadtgebiet entsprechendes Erschließungssystem mit möglichst geringfügiger Belästigung der Nachbarschaften (Grüner Prater, Wohngebiete),
- keine Konkurrenz zu den bestehenden Einrichtungen sondern Ergänzungen.

Im Hinblick auf die Ziele des Strategieplanes stärkt dieses Projekt den Rang Wiens als Erlebnisstadt, wobei neben wirtschaftlichen Impulsen zugleich die städtische Lebensqualität weiterentwickelt wird.

VORGEHENSWEISE, AKTEURE UND ZEITHORIZONT

Durch die Bestellung von zwei Konsulenten wurde ein erster Schritt zur Konkretisierung des städtebaulichen Rahmenplanes und zur Umsetzung des Projektes gesetzt.

Die Hauptaufgabe besteht darin, die Voraussetzungen für die Errichtung einer Betreibergesellschaft zu prüfen, Detailkonzepte zu erarbeiten und Gespräche mit potentiellen Investoren zu führen. Derzeit wird die Gründung einer Besitz- und Betreibergesellschaft geprüft, die neben dem Messeareal weitere Grundstücke beinhalten soll. Das Hauptproblem stellt die Wiener Messe dar, deren zukünftige Konfiguration in Abhängigkeit zu den Wünschen potentieller Betreiber bzw. zur angestrebten Neuordnung der Eigentümerstruktur steht. Erst nach dieser Entscheidung sind die Voraussetzungen für weitere Konkretisierungsschritte gegeben.

Das Hauptgewicht liegt derzeit bei den von der Stadt Wien eingesetzten Praterkonsulenten Schwarz/Sallaberger deren Vertrag bis Mitte 2000 läuft. Darüber hinaus werden seitens der Magistratsabteilung 21 A im Kontakt mit den beiden Konsulenten die strukturellen und planerischen Belange intensiv beleuchtet. Abstimmung und Koordination erfolgt mit der Magistratsabteilung 18 hinsichtlich der U-Bahnplanung. Der zeitliche Entwicklungsrahmen ist mit 2008 (Fertigstellung U2) gesetzt.

FINANZIELLE RESSOURCEN

Die Kosten für die Projektentwicklung und Realisierung werden mit 5-6 Mrd. ATS angenommen, wobei der Großteil von privaten Investoren aufzubringen sein wird.

ERFOLGSINDIKATOREN

- Ausgelöste private Investitionen
- Zuwachs an Besucherkapazitäten (In- und Ausland)
- Zuwachs an qualitativollen Fachmessen mit internationaler Bedeutung und Kongressen
- Zuwachs bzw. Entwicklungen von Qualitätsprodukten österreichischer Marken.

Gürtelmanagement

LEITIDEE Der Gürtel ist sowohl aus städtebaulicher als auch aus topographischer Sicht ein wichtiger Orientierungspunkt und Identitätsträger im städtischen Gefüge Wiens. Gleichzeitig haben sich in den letzten Jahrzehnten zwischen den verschiedenen ursprünglichen Funktionen des Gürtelraumes (wichtiger Verkehrsträger, Wohnstandort, klimawirksame Grünschneise, Boulevard, Arbeitsstandort etc.) Konfliktlinien entwickelt, die zum Ausgangspunkt negativer Entwicklungen in Bezug auf die Umwelt, die Sozialstruktur, die Lebensqualität, die Erneuerung der Gebäudesubstanz etc. wurden. Es besteht daher die Absicht, anknüpfend an die bereits eingeleiteten bzw. teilweise seit längerem laufenden Aktivitäten zur Entwicklung des Gürtelraumes zwischen Gaudenzdorfer Knoten und Spittelau samt seinem Hinterland, ein umfassendes und längerfristig angelegtes Umsetzungsprogramm zu entwickeln und durch ein begleitendes "Gürtelmanagement" koordiniert umzusetzen. Damit soll durch den gezielten Einsatz öffentlicher und privater Investitionen, sukzessive ein lebenswerter, urbaner Stadtraum entwickelt werden.

AUSGANGSLAGE

- Der Gürtel ist nicht nur, bedingt durch seine historische Entwicklung, ein wichtiges raumprägendes Element für die Stadtgestalt Wiens, sondern erfüllte auch eine wichtige Rolle als pulsierender städtischer Lebensraum und attraktiver Wohnstandort. Aufgrund der hohen Verkehrsbelastung, der in der Folge abnehmenden Attraktivität des Straßenraumes und auch des Umfeldes, sowie des vergleichsweise niedrigen Wohnungsstandards sind in den letzten Jahrzehnten der Gürtelraum und die angrenzenden Gebiete zu stadtstrukturellen Problemgebieten geworden.
- Im Bewusstsein dieser Gegebenheiten wurden in den vergangenen zwei Jahrzehnten verschiedene Planungsverfahren (z.B. Projektorganisation Gürtel, Süd- und Westeinfahrt) durchgeführt und Initiativen (z.B. EU-Projekt "URBAN Wien - Gürtel Plus" bzw. das umfassende Programm der sanften Stadterneuerung) gesetzt, die in Teilbereichen sichtbare Erfolge erbracht haben.
- In den vergangenen drei Jahren ist eine bauliche Dynamisierung in Teilbereichen des Gürtelraumes festzustellen, welche auch als Reaktion auf die vorgenannten Sanierungsbemühungen verstanden werden kann. In der Mittelzone tragen Umsetzungsmaßnahmen des URBAN Gürtel - Plus Projekts durch die Sanierung der Stadtbahnbögen und die Ausgestaltung des Urban-Loritz-Platzes sowie den Bau der städtischen Hauptbibliothek zu strukturellen Veränderungen bei.

Nachdem die Stadterneuerungsprojekte weiterlaufen, die Aktivitäten des URBAN-Projektes jedoch mit dem Ende der EU-Förderungen (Ende 1999) teilweise ausliefen, ist die Sicherstellung einer strukturierten und strategisch angelegten Weiterentwicklung der eingeleiteten Maßnahmen sinnvoll und notwendig.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

- Durch geeignete und umfassende Maßnahmen soll im Stadtraum Gürtel (Randbebauung und öffentlicher Raum) eine Verbesserung des Erscheinungsbildes, der Attraktivität und der "Nutzungsfähigkeit" erreicht werden.

- Unter weitgehender Beibehaltung der bestehenden städtebaulichen Charakteristik soll eine Dynamisierung des Umbauprozesses sowohl durch Neubau, als auch Blocksanierung, zur Verbesserung der Wohnbedingungen und zur positiven Belebung eingeleitet werden. Dazu sind rechtliche, organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen zu prüfen und entsprechende Umsetzungsmodelle (z.B. Baublockmanagement) zu entwickeln. Die Weiterentwicklung und die Sicherstellung der Belebungsmaßnahmen für die Mittelzone (Stadtbahnbögen), die weitere Verbesserung der Benützungsmöglichkeit in Längs- und Querrichtung für Fußgänger und Radfahrer sowie Zeichensetzungen in den Bereichen Kunst/Kultur und Design sollen diese Dynamisierung unterstützen.
- Die Funktion des Gürtels als wichtiger Verkehrsträger wird auch in Zukunft bestehen bleiben. Durch verschiedene gesamtstädtische Maßnahmen im öffentlichen Verkehr konnte die Verkehrsbelastung zumindest stabilisiert werden. Zur kurzfristigen Verbesserung der Lebensbedingungen sollen die engen Spielräume durch Maßnahmen, wie lärmarme Fahrbahnbeläge, strikte Überwachung der Fahrgeschwindigkeit, vor allem in den Nachtstunden und hausseitige Maßnahmen genutzt werden. Gleichzeitig sollen schon jetzt längerfristige Strategien zur Reduzierung des Autoverkehrs am Gürtel - ohne wesentliche Verdrängung in das angrenzende Straßennetz - in Zusammenhang mit gesamtstädtischen, aber auch lokalen Maßnahmen - entwickelt und einem entsprechenden Diskussions- und Meinungsbildungsprozess unterzogen werden.
- Durch geeignete Maßnahmen sollen Prozesse zu einer längerfristigen besseren sozialen Durchmischung sowie zur Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen initiiert werden.
- Der Gürtel soll als Wirtschaftsstandort (Handel, Gewerbe sowie Dienstleistungen) im Zuge des Umbaus aufgewertet (z.B. Nutzung der Erdgeschosszone) werden. Dazu sollen eine neue Imagebildung, ein entsprechendes Marketing sowie gezielte, abschnittsbezogene Förderungsmaßnahmen beitragen.

Das strategische Projekt trägt in mehrfacher Weise zur Umsetzung von Zielsetzungen des Strategieplanes für Wien bei.

Angesprochen werden vor allem die Strategiefelder 2, Wien schafft neue Perspektiven für Wirtschaft und Arbeit (Pkt. 2.2, Innovationen in der Arbeitsmarktpolitik), 3 "Wien investiert in Wissen, Bildung und Kultur (insbesondere Pkt. 3.2, Kulturelle Nahversorgung), 4 "Wien stärkt Qualität von Naturraum und Stadtraum" (insbesondere Pkt. 4.2, Kultivierter Umgang mit dem Stadtraum, und Pkt. 4.3, Managementorientierung in der Planung) und 5, Stadt der Lebens- und Umweltqualität (insbesondere die Zielsetzungen in Pkt. 5.1, Stadt des Miteinander, Pkt. 5.2, Stadterneuerung stärkt Stadtstruktur, Pkt. 5.3, Intelligente Mobilität).

Dieses strategische Projekt erfüllt daher in hohem Maße den integrativen und ressortübergreifenden Charakter des Strategieplanes und stellt einen wesentlichen Beitrag zu einer modellhaften Durchführung von Aufgaben der inneren Stadtentwicklung dar.

VORGANGSWEISE, AKTEURE, ZEITHORIZONT

HANDLUNGSFELDER

In Zusammenhang mit aktuellen städtebaulichen Vorhaben wurden im Sommer 1999 eine städtebauliche Leitidee und modellhafte Lösungsvorschläge für spezifische Teilbereiche mit intensiveren Nutzungsmöglichkeiten mit Hilfe einer interdisziplinären ExpertInnengruppe durch die Geschäftsgruppe Planung und Zukunft entwickelt.

Für einen umfassenden Erneuerungsprozess ist ein integriertes Maßnahmenpaket unter Einbeziehung aller Geschäftsgruppen des Magistrates zu erstellen, welches die Aspekte Verkehr, Sozialstruktur, Wohn- und Umfeldsituation, städtebauliche Identität, wirtschaftliche Entwicklung usw. beinhaltet und sowohl die Initiative der öffentlichen Hand als auch die des privaten Sektors erfordert. Dafür sind entsprechende Randbedingungen zu schaffen.

Somit sind bei der Erstellung des "Gürtelprogrammes" vor allem folgende Handlungsfelder anzusprechen:

- *Stadtraum*
 - Erneuerung der Randbebauung: Sanierung, Ergänzung, Neubau sowie Attraktivierung der Erdgeschosszone (siehe dazu auch das strategische Projekt "Forcierung der Stadterneuerung in öffentlich-privater Partnerschaft – Pilotprojekt Baublockmanagement" mit dem Pilotprojekt Kreuzgasse)
 - Verbesserung des Stadtbildes
 - Umfeldverbesserung: Attraktivierung des privaten und auch des öffentlichen Raumes in den angrenzenden Gürtelbereichen
 - Weiterentwicklung der eingeleiteten Maßnahmen (z. B. Stadtbahnbögen) in der Gürtelmittelzone
 - Kultur und Kunstprogramm: Zeichensetzungen bzw. Maßnahmen zur kulturellen Belebung des Gürtelraumes und des Gürtelumfeldes
- *Umwelt und Verkehr*
 - längerfristige Strategien zur Reduktion der Verkehrsbelastung
 - kurzfristige Maßnahmen wie strikte Kontrolle der Fahrgeschwindigkeit, insbesondere in der Nacht; lärmdämmende Fahrbahnbeläge; hausseitige Maßnahmen (z. B. Lärmschutz) im Zuge von Erneuerungsmaßnahmen
 - Attraktivierung von Querungsmöglichkeiten für Fußgänger und Radfahrer
- *Wirtschaft*
 - Schaffung neuer Rahmenbedingungen, z.B. zur Förderung einer besseren Durchmischung von Wohnen und Arbeiten (Beispiel: Auflassung von Wohnzonen)
 - Bündelung des Förderungsinstrumentariums im Hinblick auf einen raschen und gezielten Einsatz zur Erreichung der angestrebten Ziele (z. B. attraktive Geschäftsnutzungen in den Erdgeschossbereichen)
 - Marketing für den Gürtelraum
- *Sozialstruktur*
 - Analyse der bereits eingeleiteten Maßnahmen und durchgeführten Projekte bestehender privater und öffentlicher Institutionen bzw. Initiativen (z. B. Wiener Integrationsfonds, URBAN Wien - Gürtel Plus, Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds etc.)
 - Erarbeitung ergänzender bzw. Vernetzung mit bestehenden Maßnahmen zur Intensivierung des Integrationsprozesses bzw. Stärkung der sozialen Durchmischung

ENTWICKLUNGSSCHRITTE

- *Erarbeitung eines operationalen Programmes*
Bis Ende 2000 soll ein operationales Programm für den Gürtel samt Hinterland zwischen Gaudenzdorfer Knoten und Spittelau mit zwei Entwicklungshorizonten (kurz- und mittelfristig: fünf Jahre, längerfristig: zehn Jahre) entwickelt werden. Dieses soll entlang der vorher angesprochenen Handlungsfelder integrierte Maßnahmenpakete, mögliche Leitprojekte, die notwendigen Instrumente, Vorgehensweisen und Vorschläge für ein "Gürtelmanagement" umfassen. Die Entwicklung des Programmes soll in zwei interdisziplinären Arbeitsgruppen (Arbeitsgruppe 1: öffentlicher Raum, Verkehr und Umwelt; Arbeitsgruppe 2: bauliche und strukturelle Entwicklung) ressortübergreifend erfolgen. Die Koordinierung und Zusammenführung der Vorschläge soll durch ein Projektteam, bestehend aus MD BD, Gruppe Planung, MD BD, Dezernat 2, MA 18, MA 19, MA 21A und je einem Vertreter der Geschäftsgruppen Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung sowie Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke u. a. erfolgen.
- *Gürtelenquete und Überarbeitung des operationalen Programmes*
Der Entwurf des operationalen Programmes soll im Rahmen einer "Gürtelenquete" mit einer qualifizierten Öffentlichkeit aller betroffenen Akteursgruppen und vor allem den betroffenen Bezirken diskutiert und entsprechend den daraus erfolgenden Ergebnissen überarbeitet werden.
- *Beschlussfassung und Einrichtung eines Gürtelmanagements*
Anfang 2001 soll das operationale Programm sowie die zur Umsetzung notwendige Organisationsstruktur und finanzielle Ausstattung beschlossen und die Vorbereitungen zur Umsetzung eingeleitet werden.
- *Start der Umsetzung des Programmes*
2001 soll das "Gürtelmanagement" die Koordinierung und aktive Umsetzung des Gürtelprogrammes beginnen. Die Programmdauer soll in einem ersten Schritt auf fünf Jahre festgelegt werden.

FINANZIELLE RESSOURCEN

Das strategische Projekt beansprucht keine zusätzlichen öffentlichen Mittel, sondern eine Bündelung von öffentlichen Mitteln bei verstärkter Einbeziehung privater Investitionen.

ERFOLGSINDIKATOREN

- Erhöhung des privaten Engagements bei gleichzeitiger Beachtung öffentlicher und sozialer Verträglichkeit
- zusätzlich geschaffene Arbeitsplätze
- Imagewandel des Gürtelraumes als Wirtschaftsstandort und Lebensraum
- Erhöhung der Wohnzufriedenheit im Bereich des Gürtelraumes
- Reduktion der Störung der Nachtruhe durch Verkehrslärm
- Anzahl der eingeleiteten Integrationsprojekte
- Anzahl der sanierten Gebäude

Geschlechtssensible Kinder- und Jugendspielplätze, Sport- und Parkanlagen in den Wiener Bezirken

LEITIDEE

Der öffentliche Raum in der Stadt muss den unterschiedlichsten Anforderungen genügen. Parkanlagen und Spielplätze sind vor allem im dicht bebauten Stadtgebiet nicht nur häufig die einzigen nahe gelegenen Erholungsräume für die verschiedensten Alters- und Bevölkerungsgruppen, sie sind auch Arbeitsplatz für Mütter mit ihren Kindern, Raum der sozialen Auseinandersetzung und des spielerischen Lernens für Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Altersgruppen, Rückzugsräume vor allem für ältere BürgerInnen und schließlich Orte kultureller Aktivität und damit auch lokaler Identitätsstiftung. Die differenzierte Analyse aus der Freizeitforschung und noch mehr aus der spezifischeren Forschung über die alltägliche Nutzung von öffentlichen Räumen unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede hat gezeigt, dass die planerischen Vorgaben unter einem männlichen und erwachsenen Blickwinkel, der die Alltagsrealität im öffentlichen Raum nur eingeschränkt einbringen kann, erstellt wurden und noch immer werden. Um jedoch aus den Ergebnissen der o. a. Forschungen sowie aus den inzwischen mehrjährigen und erfolgreichen Erfahrungen der Park- und Spielplatzbetreuung in Wien zu neuen Lösungen für die Nutzungsqualität öffentlicher Räume zu gelangen, erscheint eine generelle Neuorientierung in der Planung und Gestaltung von Spielplätzen und Parkanlagen unter dem Blickwinkel einer geschlechtssensiblen Pädagogik erforderlich.

AUSGANGSLAGE

Ausgehend von der Studie "Verspielte Chancen? – Mädchen in den öffentlichen Raum!" im Auftrag des Frauenbüros der Stadt Wien, die im September 1997 präsentiert wurde, konnten neue Erkenntnisse über soziologische, planerische und pädagogische Vorgaben zu einer geschlechtssensiblen Gestaltung öffentlicher Räume gewonnen werden. Ein besonderer Schwerpunkt der Studie lag in der Analyse der Situation von Mädchen aus Migrantenfamilien, die häufig doppelte Benachteiligung erfahren.

Weiters wurden bereits bestehende Ansätze der geschlechtsspezifischen Pädagogik in der außerschulischen Jugendarbeit und -betreuung weiterentwickelt, wobei besonders auf die langjährige Erfahrung der Wiener Jugendzentren in diesem Bereich zu verweisen ist. Eine Zusammenschau aller Projekte wurde im Sommer 1999 der Öffentlichkeit im Rahmen einer Studie der MA 57/MA 13 präsentiert.

Es befinden sich bereits konkrete Modellprojekte in der Planungs- bzw. Realisierungsphase. Der betreute Mädchengarten in der Szene Wien ist als selbst bestimmter, aktivierender Freiraum seit dem Sommer 1998 geöffnet. Im Sommer 1999 wurde von der MD-BD, Dezernat 2 – Leitstelle "Alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen" ein Ideenwettbewerb "Geschlechtssensible Parkgestaltung Einsiedlerplatz und St.-Johann-Park in Wien Margareten" in Zusammenarbeit mit dem Wiener Stadtgartenamt durchgeführt. Der Baubeginn der etappenweisen Realisierung ist für das Jahr 2000 vorgesehen.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

In jedem Wiener Bezirk sollte eine öffentliche Anlage (Park, Spiel- bzw. Sportplatz etc.) in einer gut nutzbaren Größenordnung unter dem Aspekt einer geschlechtssensiblen Planung und Realisierung in enger Zusammenarbeit der bestehenden Dienststellen und Einrichtungen errichtet oder erneuert werden. Neben der Realisierung der bereits erarbeiteten planerischen und räumlichen Möglichkeiten kann in der Folge eine geschlechtssensible Nutzung von öffentlichen Räumen, nicht zuletzt auch in Hinblick auf die Benachteiligung von Mädchen in Migrantenfamilien, nur mit Hilfe des in Wien seit Jahren erfolgreichen Modells der Spielplatz- und Parkbetreuung erfolgen. Schwerpunkt ist auch darauf zu legen, die betroffenen Jugendlichen in die Planung "ihres" öffentlichen Raumes im Sinne einer aktiven Partizipation einzubeziehen.

Im Hinblick auf die Ziele des Strategieplanes erbringt das Projekt einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung von Chancengleichheit, zur interdisziplinären Arbeit von AkteurInnen der Stadt Wien und AkteurInnen im sozialen Feld sowie zu einer an den Alltagsbedürfnissen orientierten Architektur und Stadtplanung.

AKTEURINNEN UND ORGANISATORISCHE MASSNAHMEN

Eine Projektgruppe unter der Federführung der MD-BD, Dezernat 2 - Leitstelle "Alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen" soll eingerichtet werden. Dabei sind die Bezirke, die relevanten Magistratsabteilungen, der Wiener Integrationsfonds, die Koordinatorin für Mehrfachnutzung und die AkteurInnen aus der Freizeitpädagogik, Kinder- und Jugendarbeit, der Spielplatz- und Parkbetreuung einzubeziehen und bezirkswise die Realisierungsschritte festzulegen.

VORGANGSWEISE

Die bereits bei der Durchführung des Ideenwettbewerbes gewählte prinzipielle Vorgangsweise hat sich als innovativ und zweckmäßig bewährt und soll weiter verfolgt werden. Eine detaillierte Bestandsaufnahme orientierte sich an den vielfältigen NutzerInneninteressen und Einbeziehung der Erfahrung von im Gebiet ansässigen Institutionen (Parkbetreuung, Mobile Jugendarbeit, Gebietsbetreuung, Gartenbezirk, Jugendkontaktbeamter der Polizei, Streetworker, Mütterinitiative, etc.). Im Rahmen eines eintägigen moderierten Zielfindungsworkshops wurden im Sinne eines kooperativen Wettbewerbes gemeinsam mit den beteiligten Planungsbüros die Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume erörtert und die planerischen Zielsetzungen festgelegt, die die Grundlage einerseits der Entwürfe und andererseits der Juryarbeit bildeten. Dabei wurde auch auf eine kostenbewusste Vorgangsweise unter Verwendung bestehender Ausstattungselemente großer Wert gelegt. Bereits bei der Zielfindung wurde gemeinsam erarbeitet, woran der Erfolg der Planung und Umsetzung zu messen ist. Eine empirische Beobachtung und eine qualitative Befragung zur Erhebung des derzeitigen Nutzungsverhaltens wurde im Sommer/Herbst 1999 durchgeführt. Nach erfolgtem Umbau soll eine entsprechende Vergleichsstudie zur Evaluierung des "Mädchenförderungseffekts" durchgeführt werden.

ZEITHORIZONT

Die Umsetzung soll innerhalb von 5 - 10 Jahren erfolgen.

FINANZIELLE RESSOURCEN

Da gezielt Synergien in Form von bestehenden Vorhaben bzw. Umbauten gesucht werden und es vor allem um eine (kostenneutrale) planerische Schwerpunktsetzung geht, fallen vorwiegend Prozesskosten bei der Entwicklung und inhaltlichen Vertiefung der planerischen Grundsätze der Geschlechtssensibilität, des Erfahrungsaustausches sowie der Evaluierung an. Bisher wurden für die Studien und den Ideenwettbewerb rund 1,5 Mio. ATS aufgewendet.

ERFOLGSINDIKATOREN

- erhöhte Präsenz von Mädchen ab 10 Jahren in den öffentlichen Freiflächen und Parkanlagen
- Erweiterung des beobachtbaren Tätigkeitsspektrums von Mädchen dieses Alters in Parkanlagen
- Stärkung des Bewusstseins für die Aktivitäten von Mädchen in der Stadt- und Freiraumplanung (verstärkte Bezugnahme auf diese Themenstellung in Planungsdiskussionen)
- Verbesserung der Nutzungsqualität der betroffenen Freiräume (Erhebung durch qualitative Befragung)
- verstärkte mediale Wahrnehmung der Themenstellung
- Durchführung von Folgeprojekten in den jeweiligen Bezirken

“einfach - mehrfach”

LEITIDEE Urbanität bedeutet unterschiedliche Nutzungen und NutzerInnengruppen in begrenztem Raum. Nutzungsvielfalt ist eine kultur- und sozialpolitische Option im Besonderen für Grün- und Freiflächen, die im dicht bebauten Stadtgebiet ein knappes Gut sind. Zwischen- und Mehrfachnutzungen sind ein Beitrag zur Entschärfung von Mangelsituationen und folgen zugleich einem neuen Trend. Teile des Stadtraumes werden zur Bühne, auf der vor allem Jugendliche neue Freizeit- und Lebensstile erproben.

AUSGANGSLAGE

Das Projekt “einfach - mehrfach” reagiert auf die Knappheit städtischer Freiräume. Wien zeichnet sich durch hohe Dichte aus. Zahlreiche Ansprüche treffen auf engem Raum aufeinander. Vor allem Kinder und Jugendliche finden nicht ausreichend Spiel-, Bewegungs- und Freiraum. Enge Räume mit ungeeigneter Ausstattung verursachen Nutzungskonflikte, die körperliche, seelische und soziale Stress-Situationen auslösen können. Steigende Kosten für Sozialbetreuung sind die Folge.

Die Stadt Wien hat die Chancen und Möglichkeiten von Mehrfachnutzung und Zwischennutzung erkannt. Vorarbeiten dazu wurden in einem interdisziplinären Arbeitskreis mehrerer Dienststellen der Stadt Wien unter der Federführung der MA 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung, Gruppe Grün- und Freiraum, entwickelt.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Wien setzt mit einer Vielzahl animativer, aufsuchender und mobiler Angebote sowie Streetwork neue Standards in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit. Diese Aktivitäten brauchen “Platz”, auch in Zeiten knapper Ressourcen.

Ziel der “Mehrfachnutzung” ist es, die Potenziale der stadt eigenen Flächen bzw. Areale für weitere InteressentInnen zu öffnen.

“einfach - mehrfach” ist ein Projekt, mit dem die Stadt Wien in vielfacher Hinsicht zeigen kann, wie sie auf aktuelle Problemlagen und neue Herausforderungen reagiert. Es ist nicht nur ein Beitrag zum Strategiefeld 5, Wien bleibt Stadt der Lebens- und Umweltqualität, sondern hat auch sozial- und demokratiepolitische Dimensionen, indem es durch die stärkere Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen einen Beitrag zu den Zielsetzungen Partizipation, Integration und Prävention liefert.

Gleichzeitig eröffnet es der Verwaltung Möglichkeiten, sich bürgernah, bedarfsadäquat und flexibel darzustellen und den neuen Anforderungen an kommunales Management auch in ökonomischer Hinsicht (rentabler, effizienter Umgang mit knappen Ressourcen, Infrastrukturen, Personal) zu entsprechen.

VORGEHENSWEISE, AKTEURE, FINANZIELLE RESSOURCEN UND ORGANISATORISCHE MASSNAHMEN

Mehrfach- bzw. Zwischennutzungsprojekte werden grundsätzlich in enger Zusammenarbeit (Zuständigkeitsdefinition laut zweitem Dezentralisierungsschritt auch finanziell) mit den Bezirksvertretungen entwickelt, wobei die Bedarfsanmeldung/der Wunsch zumeist direkt aus dem Kreis der lokal Betroffenen oder konkret sozial Agierenden kommt. Die Umsetzung von Mehrfachnutzungsprojekten setzt in vielerlei Hinsicht eine große Kooperationsbereitschaft aller Beteiligten voraus. Um Synergien wirksam werden zu lassen und z. B. die Haftungsfrage als eines der wiederkehrenden Probleme zu bewältigen,

müssen viele Dienststellen innerhalb und Akteure außerhalb des Magistrats ressortübergreifend und "uneigennützig" agieren. Zur Unterstützung der Idee und Experimentierphase wurde im Frühjahr 1998 die Projektkoordinatorin für Mehrfachnutzung eingesetzt.

Der Tätigkeitsbereich umfasst:

- Die Abwicklung von Modellprojekten wie z. B. Schulhof- bzw. Schulsportplatzöffnungen an Wochenenden und in den Sommerferien über Ballspielanlagen in sozialen Brennpunkten z. B. auf Baulücken, über Mehrfachnutzung von Kinderfreibädern außerhalb der Badesaison, Mädchenprojekten, multifunktional gestalteten Höfen in Sanierungsobjekten (Wohnhaus und Kindergarten), etc.
- Service für Betroffene und InteressentInnen, bereits formierte Initiativen, Jugendbetreuungsteams, Regionalforen, GrundeigentümerInnen sowie Bezirke bzw. Bezirksvertretungsmitglieder und Integrationsfonds, Jugendanwaltschaft u.a.
- Vernetzungsarbeit mit der Zielsetzung durch positive Beispiele Anreize zu schaffen und die Umsetzung auf dem Konsenswege zu bewirken.
- Mitwirkung bei der Öffentlichkeitsarbeit.
- Auswertung der Erfahrungen im Hinblick auf Strukturanforderungen für die Zukunft als Grundlage für Vorschläge für magistratsinterne und externe Verbesserung der Rahmenbedingungen für ressourcensparende Kooperationen und Kostenbeteiligung verschiedener Abteilungen bzw. Ressorts.
- Potenzialerhebungen in enger Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen bzw. Vertretungsorganisationen aus dem sozialen Bereich und dem Bezirk.

Maßgeblich beteiligte Akteure und Akteurinnen sind die Bezirke bzw. Bezirksgremien, der Magistrat der Stadt Wien mit theoretisch allen Dienststellen, besonders aber den grundverwaltenden bzw. betreuenden wie MA 42, 49, 51, 56, den Koordinationsinstrumenten für außerschulische Kinder- und Jugendarbeit (MA 13), diverse Grundeigentümer wie Gebietskörperschaften, ÖBB, Kirchen, Private sowie weitere Institutionen und Betroffeneninitiativen.

Die Hauptlast der Finanzierung liegt grundsätzlich bei den Bezirken, wobei je nach Projekt und Bedeutung versucht wird, andere Beteiligungen, Unterstützungen und Sponsortätigkeit zu initiieren.

Das Projekt ist prozesshaft strukturiert und agiert nach Maßgabe von Ressourcen und Bedarf mit entsprechend offenem Zeithorizont.

ERFOLGSINDIKATOREN

- möglichst viele Projekte an möglichst vielen Standorten in der Stadt (mindestens 1 Beispiel in jedem Bezirk).
- viele verschiedene Pilotprojekte für die unterschiedlichsten Anlassfälle bzw. Zielvorstellungen und NutzerInnengruppen.
- eine große Variantenpalette was Angebote, Ausstattung, Optik, Image, Aktivitäten angeht, aber auch bezüglich Finanzierung, Organisation, Betreuungsaufwand etc.
- Erhöhung des Bekanntheitsgrades und der Akzeptanz des Projektes, sowohl, was Ziele anbelangt, als auch die Bereitschaft zum Mittun.
- Vermittlung zwischen Politik, Öffentlichkeit und Verwaltung als Ergebnis der ständigen Reflexion und systematischen Aufbereitung der Erfahrungen mit Methoden des Projektmanagements.
- Übernahme von Vorschlägen neuer Kooperationsmodelle und -wege in den Prozess der Verwaltungsreform (erlebbares Beispiel von "New Public Management").

STRATEGIEFELD 5

WIEN BLEIBT STADT DER LEBENS- UND UMWELTQUALITÄT

- KLIMASCHUTZPROGRAMM DER STADT WIEN
- INTEGRATIVER GESUNDHEITSPLAN 2000 FÜR WIEN
Plan und Interventionsprojekte
- ÖKOBUSINESSPLAN WIEN
- GENDER MAINSTREAMING IN DER PLANUNG
- FORCIERUNG DER STADTERNEUERUNG IN ÖFFENTLICH-PRIVATER PARTNERSCHAFT
Pilotprojekt Baublockmanagement
- ÄLTERE MIGRANTINNEN IM SYSTEM DER ALTENHILFE
- COMMUNITY INTERPRETERS
Kommunalzentrale - ein Schlüssel zu Gleichberechtigung und interkultureller Verständigung
- PUMA
Projekt UmweltManagement in Amtshäusern der Stadt Wien
- ALLTAGSGERECHTE SANIERUNG UND NEUBAU
Altmannsdorf neu
- THERMISCH-ENERGETISCHE WOHNHAUSSANIERUNG – THEWOSAN
- WOHNEN, ARBEITEN UND FREIZEIT
Beispiele: Gasometer UND Wienerberg City

Klimaschutzprogramm der Stadt Wien

- LEITIDEE** Um die Ursachen des Treibhauseffektes wirkungsvoll bekämpfen zu können, ist die Stadt Wien schon im Jahr 1991 dem Klimabündnis beigetreten. Dabei lautet die Prämisse GLOBAL DENKEN und LOKAL HANDELN.
- Das Klimaschutzprogramm soll die Stadt Wien dem Klimabündnisziel (minus 50% CO₂ bis zum Jahr 2010) einige wesentliche Schritte näher bringen, nicht zuletzt auch zu ihrem eigenen Vorteil, denn wirkungsvolle Klimaschutzmaßnahmen führen zu einer höheren Lebensqualität, können Arbeitsplätze schaffen und den Wirtschaftsstandort Wien attraktiver machen.
- Die natürlichen Ressourcen sollen sparsamer und effizienter genutzt werden, wofür auch eine breite Zustimmung in der Bevölkerung notwendig ist. Beständige Wirtschaftsentwicklung und soziale Gerechtigkeit werden in Zukunft nur durch die sparsame und nachhaltige Nutzung der Ressourcen erreichbar sein.
- Als verlässliche Partner müssen Wirtschaft, private Institutionen, Interessenvertretungen und nicht zuletzt die Bevölkerung selbst gewonnen werden, um gemeinsame Umsetzungsstrategien zu entwickeln.

AUSGANGSLAGE

Die Ausgangssituation für die Stadt Wien ist günstig und schwierig zugleich. Denn es ist durch zahlreiche klimarelevante Maßnahmen, Projekte und Initiativen gelungen, die CO₂-Emissionen so zu verringern, dass Wien bereits heute mit rund 5,5 Tonnen CO₂ pro Einwohner und Jahr einen europaweit vorbildlichen Wert erreicht.

Für Wien ist es deshalb im Vergleich zu anderen europäischen Städten, die noch immer weit höhere CO₂-Emissionen aufweisen, viel schwieriger, eine weitere Reduktion zu erreichen. Trotzdem hat sich die Stadt Wien für das Klimaschutzprogramm entschieden.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

- Strategisches Ziel ist die Erfüllung der Verpflichtungen, die die Stadt Wien mit dem Beitritt zum "Klimabündnis" im Jahr 1991 und der Unterzeichnung der "Charta von Aalborg" (Charta der europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit, 1996) eingegangen ist.
- Operatives Ziel ist die konsequente Umsetzung der einzelnen Maßnahmen bis 2010 auf der Grundlage des Beschlusses des Klimaschutzprogrammes durch den Wiener Gemeinderat vom 5. November 1999.
- In Hinblick auf die Ziele des Strategieplanes ist das Klimaschutzprogramm der Stadt Wien ein integratives, strategisch orientiertes Programm, das wesentlich zur Weiterentwicklung von Lebensqualität und Umweltqualität beiträgt, aber auch durch die wirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen der über 30 Maßnahmenprogramme die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes mit positiven Effekten auf den Arbeitsmarkt stärkt. Der Wirkungsbereich der einzelnen Programme zur Umsetzung erstreckt sich auf Stadt Wien, Wiener Stadtwerke und externe Akteure (Wirtschaft) sowie auf jene Bereiche, auf die die Stadt Wien keinen direkten Einfluss nehmen kann, sondern durch Vorgabe bzw. Empfehlung von Rahmenbedingungen agiert (Bundesregierung, EU etc.). Im Speziellen ist es

ein zentraler Beitrag zu den strategischen Zielen von Ressourcenschonung und Ressourcenmanagement.

VORGEHENSWEISE, AKTEURE, ZEITHORIZONT

Klimaschutz ist eine klassische Querschnittsmaterie. Am KliP-Prozess nahmen seit Beginn im Jahr 1996 rund 300 Akteure von über 150 Stellen teil, darunter VertreterInnen der Magistratsdirektion, relevanter Magistratsabteilungen, dem Wiener Krankenanstaltenverbund, der Wiener Umweltschutz, der Wiener Stadtwerke Holding AG, der Fernwärme Wien GmbH, der Wirtschaftskammer, der Arbeiterkammer und der Gewerkschaft. Geleitet und koordiniert wurde der KliP-Prozess von der MA 22 – Umweltschutz, fachlich und organisatorisch betreut von der Energieverwertungsagentur (E.V.A.) und dem Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ).

Seit 1996 wurden vorhandene Konzepte – vor allem die 1995 fertig gestellten CO₂-Reduktionsstrategiepläne der MA 22 – Umweltschutz – beurteilt und aufbereitet, sowie Maßnahmenpakete für die fünf CO₂-relevanten Handlungsfelder “Strom- und Fernwärmeerzeugung”, “Wohnen”, “Betriebe”, “Stadtverwaltung” und “Verkehr” ausgearbeitet.

Bis 2010 wird die konsequente Umsetzung der Maßnahmenpakete aus dem Klimaschutzprogramm angestrebt.

Um die Klimaschutzmaßnahmen wirkungsvoll und effizient umsetzen zu können, sollen optimale Koordinations- und Organisationsstrukturen geschaffen werden, nicht zuletzt auch, um den Erfolg der durchgeführten Klimaschutzmaßnahmen evaluieren und eventuelle Modifikationen vornehmen zu können. Dazu soll eine flexible institutionale Struktur innerhalb des Magistrats eingerichtet werden. Die für die Umsetzung der verschiedenen Maßnahmenprogramme relevanten Institutionen sind zu einer intensiven Zusammenarbeit und Abstimmung aufgerufen.

Der Fortschritt der Umsetzung des KliP soll an Hand der für die einzelnen Programme formulierten Zielsetzungen sowie an Hand der angestrebten quantitativen Ziele des KliP bewertet werden. Die Evaluierung soll in Abständen von drei Jahren erfolgen und dem Gemeinderat vorgelegt werden.

FINANZIELLE RESSOURCEN

Die laufenden Kosten für Organisation, Evaluierung und wissenschaftliche Betreuung sind über das jährliche Budget der MA 22 abdeckbar. Die Investitionen für die im Aktionsprogramm angegebenen Maßnahmenpakete (etwa 80 Mrd. ATS bis zum Jahr 2010) sind – soweit prognostizierbar – in den Budgets der zuständigen Stellen zu bedecken (U-Bahn-Ausbau, Strom- und Energieerzeugung, thermische Gebäudesanierung, Ausbau leitungsgebundener Energieträger etc.) bzw. auch durch private Finanzierungsleistungen zu erbringen. Mehrkosten können teilweise durch Umschichtungen aufgebracht werden. Außerdem zeigen Berechnungen, dass mit der Umsetzung der Maßnahmen beachtliche positive Effekte auf Arbeitsmarkt und Wirtschaft verbunden sind und sich ein großer Teil der Mehrkosten innerhalb der KliP-Laufzeit bis 2010 amortisieren wird.

ERFOLGSINDIKATOREN

Zum Klimaschutzprogramm Wien gibt es übergreifend über das Gesamtprogramm 4 relevante Umweltindikatoren:

- Energieverbrauch pro Kopf
- Energieverbrauch pro BIP
- CO₂-Emissionen pro Kopf
- CO₂-Emissionen pro BIP

Für die einzelnen Maßnahmenprogramme (insgesamt 36) gibt es zahlreiche weitere Indikatoren (z. B. Modal Split, Wirkungsgrad eines Kraftwerkes, etc.), deren Erhebung allerdings erst im Zuge der Evaluierung des KLiP gemacht werden kann.

Integrativer Gesundheitsplan 2000 für Wien

Plan und Interventionsprojekte

LEITIDEE Die Gesundheitsversorgung hat sich nach dem Bedarf der Kranken und PatientInnen zu richten. Daher müssen die Einrichtungen und Leistungen im Gesundheitswesen den jeweiligen Bedarfsänderungen, die ihrerseits durch den medizinischen Fortschritt mitbestimmt werden, angepasst werden. Damit soll vermieden werden, dass überflüssig gewordene Einrichtungen um teures Geld und mit wenig Nutzen vorgehalten werden, während anderswo Engpässe entstehen, weil die erforderlichen neuen Leistungen nicht finanziert werden können.

AUSGANGSLAGE

Bisher wurde bundesweit ein dichtes Netz von Planungsmaßnahmen entwickelt, das sich freilich auf die Krankenanstalten konzentriert und im Großen und Ganzen auf die Bettenzahl und die Zahl der Großgeräte abstellt (Österreichischer Bundeskrankenanstaltenplan). Im Gegensatz dazu funktioniert das Gesundheitswesen wie "kommunizierende Gefäße", die allerdings gelegentlich durch die unterschiedlichen Finanzierungsstränge gestört und blockiert werden. So könnte vieles von dem, was durch Krankheitsbehandlung im Nachhinein wettgemacht werden muss, von vornherein durch Gesundheitsvorsorge und Präventivmedizin erspart werden. Weiters "kommunizieren" die Versorgung durch niedergelassene ÄrztInnen und die Betreuung zu Hause einerseits mit der Spitalsbehandlung andererseits, aber auch die Akutspitäler mit den Geriatriezentren und Pflegeheimen. Die unterschiedlichen Finanzierungssysteme führen zu einer segmenthaften statt umfassenden und integrierenden Planung und verhindern dabei, dass Leistungen dort vorgesehen werden, wo sie bei gleicher Qualität volkswirtschaftlich am günstigsten erbracht werden können.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Ziel ist volkswirtschaftliche Rationalisierung statt gesundheitspolitisch falscher Rationalisierung. Dazu soll eine integrative Gesamtplanung aller Bereiche der vielfältigen Interdependenz im Gesundheitswesen Rechnung tragen. Dies setzt aber auch die Bereitschaft voraus, die Entwicklung des Gesundheitswesens nicht automatisch den bestehenden Finanzierungssystemen unterzuordnen. Auf der Grundlage eines solchen umfassenden Integrativen Gesundheitsplanes wird es zu Leistungsverlagerungen kommen müssen. Dies setzt auch Änderungen der Finanzierung des Gesundheitssystems voraus, wenn eine Neuordnung der Leistungen im Gesundheitswesen unter volkswirtschaftlicher Gesamtbetrachtung und bei Sicherung des Qualitätsstandards erreicht werden soll. Dabei wird sowohl der Gesundheitsvorsorge und Präventionsmedizin als auch der Geriatrie und Rehabilitation mehr Gewicht beigemessen werden müssen als bisher und es wird auch zu Leistungsverlagerungen aus dem stationären Bereich heraus kommen müssen.

Solche Leistungsverlagerungen, etwa zwischen Spital und niedergelassenen ÄrztInnen und Kurativmedizin und Präventivmedizin, sind durch konkrete Projekte bei wissenschaftlicher Erfolgs- und Kostenanalyse modellhaft abzusichern. Diese Projekte sollen sich nicht auf eine bloße Analyse im nachhinein beschränken, sondern die Leistungsverlagerung "intervenierend" begleiten. Solche Interventionsprojekte müssen

von den betroffenen "Finanziers" des Gesundheitsbereiches gemeinsam getragen werden, um ihr Ergebnis von vornherein außer Streit zu stellen.

Es soll ein Wiener Gesundheitsplan 2000 erarbeitet werden, der in mehrfacher Hinsicht über einen bloßen Spitalsbettenplan hinausgeht.

- Die Krankenanstaltenplanung soll nicht nur auf die Bettenzahl abstellen, sondern auf Leistung und Bedarf. Immer mehr Spitalsleistungen werden in tagesklinischen Stationen und Ambulanzen erbracht. Dies soll auch im Plan so definiert sein.
- Die Planung soll auch berücksichtigen, welche Leistungen, die heute in den Spitälern erbracht werden, in die Primärversorgung verlagert werden können und welche Ausbaumaßnahmen dafür notwendig sind.
- Ein weiterer "Brückenschlag" betrifft die ganzheitliche Planung unter Einbeziehung von Geriatrie und Rehabilitation.
- Durch den Plan sollen Leistungen des AKH, der übrigen Spitäler der Stadt Wien sowie der gemeinnützigen Privatspitäler im Sinne sowohl einer Arbeitsteilung und Schwerpunktbildung als auch eines Stufenbaus besser aufeinander abgestimmt werden.
- Die Planung soll auf die mittelfristige Stadtentwicklung im Sinne einer besseren Regionalisierung und auf eine überregionale Zusammenarbeit im Sinne eines Gesundheitsverbundes Ostregion Bedacht nehmen.
- Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Präventivmedizin sind einzubeziehen.

In Hinblick auf die Ziele des Strategieplanes stärkt das Projekt die Gesundheitsförderung für die gesamte Stadt und ist ein zentraler Beitrag zur Weiterentwicklung von Lebensqualität in Abstimmung mit kommunaler und regionaler Entwicklung.

VORGEHENSWEISE UND ORGANISATORISCHE MASSNAHMEN

Eine Arbeitsgruppe zur Erstellung der Planung wird vom Stadtrat für Gesundheits- und Spitalswesen eingesetzt. Vorarbeiten werden durch wissenschaftliche Expertisen bzw. begleitende wissenschaftliche Beratung beigelegt. In mehreren Enqueten werden zu wichtigen Punkten, wie z. B. die Aufgaben der Akutgeriatrie und der Rehabilitation, Detailergebnisse erarbeitet werden.

AKTEURE UND ZEITHORIZONT

Der Projektbeauftragte für den Wiener Gesundheitsplan agiert unter Einbindung von EntscheidungsträgerInnen und ExpertInnen aus den Wiener Krankenanstalten und Pflegeheimen, extramuralen Einrichtungen, der Sozialversicherungsträger und der Finanzierungsverantwortlichen für das Wiener Gesundheitswesen.

Der Gesundheitsplan 2000 soll noch im Jahr 2000 vom Gemeinderat beschlossen werden können. Die Vorarbeiten dafür sind bereits im Gange.

Für die Interventionsprojekte ist zunächst eine Testphase und dann eine mehrjährige Umsetzungsphase in Aussicht zu nehmen.

Wo es nicht um finanzierungsrelevante Verlagerungen geht, ist eine laufende Umsetzung nach dem Gemeinderatsbeschluss möglich.

ERFOLGSINDIKATOREN

- Zielerreichung der im Rahmen des Gesundheitsplanes erarbeiteten Vorgaben
- hochqualifizierte, effiziente und auch wirtschaftliche medizinische, pflegerische und therapeutische PatientInnenversorgung

- Umsetzung möglicher Strukturmaßnahmen in den einzelnen Krankenanstalten
- Konzentrationen in den medizinischen Leistungsspektren unter Berücksichtigung der Struktur- und Ergebnisqualität
- erfolgreich durchgeführte Schnittstellenprojekte zwischen den LeistungsträgerInnen

ÖkoBusinessPlan Wien

LEITIDEE Für Wiener Betriebe werden spezielle Umweltprogramme zum vorsorgenden Umweltschutz angeboten, die professionelle Beratung, Hilfe bei der praktischen Umsetzung von Maßnahmen und eine wirkungsvolle Umweltförderung bieten. Ein Anreiz für die Beteiligung von Betrieben an den Programmen des "ÖkoBusinessPlan Wien" liegt in den damit verbundenen Wettbewerbsvorteilen. Teure Rohstoffe werden gespart, Abfälle oder Emissionen vermieden und betriebliche Abläufe optimiert. Gleichzeitig steigt die Produktivität der Unternehmen und die Kostenstruktur wird verbessert.

AUSGANGSLAGE

In Wien gibt es rund 71.000 Unternehmen. Mit den zahlreichen Auflagen, die diese Betriebe zu erfüllen haben, tragen sie schon heute wesentlich zum Umweltschutz in der Stadt bei. Allerdings bestehen im Gewerbe- und Industriebereich immer noch große Verbesserungspotenziale. So könnten zum Beispiel Kohlendioxidemissionen vermieden werden. Auch bei der Energie- und Rohstoffeffizienz sowie im Abfallbereich gibt es eine Vielzahl von Verbesserungs- und Einsparungsmöglichkeiten. Obwohl sich viele der möglichen Maßnahmen rasch amortisieren, werden Umweltprogramme von den Wiener Betrieben noch zu wenig umgesetzt und auch die umweltrelevanten Förderungen zu wenig in Anspruch genommen.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

- Ziel ist es, je nach Betriebsgröße und Branche passende Umweltprogramme und professionelle Beratung sowie fachliche Hilfe bei der praktischen Umsetzung von Maßnahmen anzubieten.
- Qualität und Professionalität sind durch ausgewählte Consulting-Unternehmen zu garantieren.
- Breite Zustimmung zum Programm ist durch die aktive Beteiligung wichtiger Projektpartner wie VertreterInnen der Stadtverwaltung, der Wirtschaftskammer, des Umweltministeriums und ArbeitnehmervertreterInnen zu erzielen.
- Ein besseres Verhältnis zwischen Betrieb und Behörde ist durch die Mitwirkung der Gewerbebehörde und den Hauptsachverständigen der Gewerbebehörde am ÖkoBusinessPlan zu erzielen.
- Durch den ÖkoBusinessClub soll Betrieben die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch geboten werden.
- Wirkungsvolle, zielgerichtete und attraktive finanzielle Förderung von Umweltmaßnahmen ist zu gewährleisten.

In Hinblick auf die Ziele des Strategieplanes ist das Projekt ein Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes durch Wissensmanagement, wobei zugleich die Lebens- und Umweltqualität verbessert wird.

VORGEHENSWEISE, AKTEURE, ZEITHORIZONT

Im "ÖkoBusinessPlan Wien" sind die vier Umweltprogramme "Ökoprofit", "EMAS" (EU-System für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung), "Betriebe im

Klimabündnis" und "Umweltzeichen Tourismus" zusammengefasst. Der ÖkoBusinessPlan wurde im Oktober 1998 gestartet.

Während EMAS darauf abzielt, den Umweltschutz organisatorisch zu verankern und langfristig zur Unternehmensphilosophie zu machen, liegt bei den anderen drei Modulen der Schwerpunkt auf dem raschen Erkennen und Lösen von Umweltproblemen im Betrieb. "Betriebe im Klimabündnis" setzt auf kleine, aber wirkungsvolle Maßnahmen, um den Treibhauseffekt zu verringern. Es wendet sich vor allem an Klein- und Mittelbetriebe mit Energieeinsparungspotenzial und wenig Abfallproblemen. Bei "Ökoprofit" gehen die Maßnahmen über den Klimaschutz hinaus: Schwerpunkte bilden auch die Bereiche Wasser, gefährliche Abfälle, Restmüll und Energie. "Ökoprofit" wird deshalb hauptsächlich Betrieben mit zwanzig bis hundert Beschäftigten angeboten. "EMAS" wird als Umwelt-Fullservice für Mittel- und Großbetriebe empfohlen, die Umweltschutz als eines ihrer Managementziele verfolgen wollen und mehr als achtzig Mitarbeiter haben. Das vierte Programm, "Umweltzeichen Tourismus", ist speziell auf die Wiener Tourismusbetriebe abgestimmt, vom Hotel bis zum Heurigenlokal.

Betriebe, die am ÖkoBusinessPlan Wien teilnehmen, werden gefördert. Über eine geförderte Beratung hinausgehend, werden Umweltmaßnahmen der ausgezeichneten Betriebe, deren Amortisationszeit mehr als zwei Jahre beträgt, aus einem speziellen Investitionsförderungsprogramm des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds finanziell unterstützt. Die Zuschüsse betragen bis zu dreißig Prozent der Investitionskosten.

Geleitet wird das Projekt von der Wiener Umweltschutzabteilung (MA 22). Partner beim "ÖkoBusinessPlan Wien" sind die Wirtschaftskammer Wien (WKW), der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, das Wiener Wirtschaftsförderungsinstitut, das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, die Arbeiterkammer Wien, der Österreichische Gewerkschaftsbund, die Magistratischen Bezirksämter als Gewerbebehörde und die Hauptsachverständigen der Magistratsabteilung 36 (zuständig u. a. für technische Gewerbeangelegenheiten).

Das Projekt "ÖkoBusinessPlan Wien" läuft vorerst bis zum Jahr 2002.

ERFOLGSINDIKATOREN

- Anzahl der teilnehmenden Betriebe
- Anzahl der umgesetzten Maßnahmen
- Einsparungen durch die umgesetzten Maßnahmen (mit Hilfe einer Maßnahmendatenbank)

Gender Mainstreaming in der Planung

LEITIDEE Gender Mainstreaming als strategisches Handlungsmuster hat zum Ziel, für Frauen und Männer gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen. Gleichstellungsspezifische Interessen sind daher in diesem Sinne in die Planungs-, Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse kommunaler Handlungsfelder zu integrieren. Eine wesentliche Voraussetzung hierzu bildet vor allem das Erfassen und Auswerten geschlechtsspezifischer Daten zum Leben in Wien, bezogen auf alle Handlungsfelder kommunaler Politik, um die unterschiedlichen Alltagsmuster von Frauen und Männern empirisch zu erfassen und damit Grundlagen für die Weiterentwicklung politischer und administrativer Maßnahmen zu erhalten. Im Rahmen kontinuierlicher und problembezogener Strukturanalysen sind daher in allen Bereichen Daten für Frauen und Männer gesondert zu erheben bzw. dort, wo es diese Erhebungen oder Planungsentwürfe bereits gibt, auf ihre Geschlechtsspezifität hin zu überprüfen, um geschlechtsspezifische Problemlagen und entsprechende Handlungserfordernisse deutlich zu machen, auszuwerten und zu berücksichtigen. Auf Basis solcher Daten können EntscheidungsträgerInnen in Politik und Verwaltung neue und innovative Projekte entwickeln.

AUSGANGSLAGE

Im Bereich der Stadtstruktur- und Verkehrsplanung sind bereits zahlreiche empirische Studien vorhanden, die die unterschiedlichen Aneignungsstrategien von Frauen und Männern, was den öffentlichen Raum betrifft, darstellen und ihre unterschiedlichen Bedürfnislagen und Mobilitätsmuster sehr gut dokumentieren. Ein Umlegen dieser Ergebnisse auf weitere Planungsvorhaben ist daher nahe liegend. Die regionalen Strukturen und die staatlichen und kommunalen Planungen haben wesentlichen Einfluss auf die individuellen und gesellschaftlichen Situationen. Die Gegebenheiten von Wohnstandort, Arbeitsstandort, Möglichkeiten der Mobilität, sozialer und kultureller Infrastruktur sind bestimmende Faktoren für das Leben der BürgerInnen. Wichtige Voraussetzungen für die Schaffung von gleichwertigen Lebensbedingungen für Frauen und Männer liegen daher in der Gestaltung der Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung der Stadt und ihrer Angebote für die Menschen. Der Umgang mit dem öffentlichen Raum aus Sicht der jeweils unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern und die Frage der Mobilität sind daher in diesem Zusammenhang wesentliche Qualitätsfaktoren – im Sinne der Herstellung einer neuen Alltagsqualität für alle BenutzerInnen des öffentlichen Raums.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Die Gender-Perspektive eröffnet erst die Möglichkeit, alle Bedürfnislagen, Ausgangssituationen und Auswirkungen geschlechtsspezifisch, und damit umfassend, zu erfassen und bietet so die Möglichkeit einer noch genaueren, vollständigen Sichtweise. Sie bearbeitet also nicht nur frauenspezifische Benachteiligungen – verglichen mit Männern – oder ausschließlich geschlechtsspezifische Betroffenheiten von Frauen, sondern geht von erlebten Alltagsrealitäten und Betroffenheiten in unterschiedlichen Lebenssituationen aus. Planungsprozesse aus der Gender-Perspektive können also Verkehrsplanungen ebenso betreffen wie die Planung von Grün- und Freiräumen oder verbauten Gebieten und öffentlichen Räumen.

Wichtig erscheint es, als Projektziel die strukturelle Verankerung der Erfassung der geschlechtsspezifischen Unterschiede und damit der möglichen Auswirkungen im Stadium der Projektentwicklung von einem kleinräumigen Straßengestaltungsprojekt (Stichwort: FußgängerInnen-Verträglichkeitsprüfung) bis hin zu einem großen Verkehrsprojekt (Stichwort: Hauptbahnhof Wien) durch die Einbringung von vorhandenen Erfahrungen aus der Gender-Perspektive sicherzustellen.

Das strategische Projekt "Gender Mainstreaming in der Planung" lässt sich daher in diesem Sinne allen Strategielinien zuordnen, insbesondere jedoch den Strategiefeldern 4 und 5.

VORGEHENSWEISE, ORGANISATORISCHE MASSNAHMEN UND AKTEURINNEN

Die Grundsatzplanungen, die seitens der Planungsabteilungen vorgenommen werden, v. a. auch bei den im Strategieplan selbst angesprochenen Projekten, sind hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Lebensrealitäten und Bedürfnisse von Frauen und Männern hin zu überprüfen. Im Bereich der Verkehrsplanung sollte bei der Umgestaltung oder Neugestaltung eine "FußgängerInnen-Verträglichkeitsprüfung" vorgesehen werden, um bereits im Planungsstadium eine sensible und die schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen berücksichtigende Lösung - auch für den konkreten, kleinräumigen Fall erarbeiten zu können. Dabei wichtige Anforderungen und Aspekte sind etwa: kurze Fußwegelationen, Sicherheit, Einsehbarkeit.

Im Bereich der MA 18 - Stadtstrukturplanung, aber auch in den anderen Planungsbereichen ist ein großes Potential an Planungs-Know-how vorhanden, das strukturell um den Aspekt der geschlechtsspezifischen Forschung und Bearbeitung erweitert werden kann. In Wien ist mit der Leitstelle "Alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen" im Bereich der Stadtbaudirektion bereits ein wichtiger struktureller Schritt für die Weiterentwicklung kommunaler Planungen unter dem Aspekt des Gender Mainstreaming gesetzt worden. Die Leitstelle soll, in Zusammenwirken mit den verschiedenen technischen Dienststellen, an der Verfeinerung kommunaler Planungen hinsichtlich ihrer Alltagsgerechtigkeit und Frauenfreundlichkeit mitwirken und hat dies bisher vor allem im Bereich von Modellprojekten getan. Ziel muss es sein, durch die Erprobung im Rahmen von Modellprojekten und die Verankerung der entsprechenden Qualitätsstandards in den Planungsvorgaben die Gender-Perspektive als einen integralen Bestandteil bei der Konzeption und Durchführung, aber auch bei der Evaluierung von Planungsprojekten zu verankern. Dabei wird das Zusammenwirken der technischen Dienststellen mit der Leitstelle als wesentliches Moment für den Erfolg gesehen.

FINANZIELLE RESSOURCEN

Wie bereits in anderen Modellprojekten (z.B. Frauen-Werk-Stadt, geschlechtersensible Parkgestaltung) erprobt, wird auch in diesem Bereich angeregt, sich im Rahmen der sonst üblichen Kosten zu bewegen, um die Akzeptanz der Vorhaben zu erhöhen. Kosten entstehen in der Anlaufphase im Bereich der Evaluierung der Maßnahmen bzw. in jenen Bereichen, in denen noch keine empirischen Ausgangsdaten vorhanden sind, für die Erhebung eben dieser.

ERFOLGSINDIKATOREN

Die Bewertung ist als erfolgreich einzustufen, wenn

- die Gender-Perspektive als selbstverständlicher Bestandteil bei allen Studien *und* Planungsvorhaben einfließt,
- es zu mehr Modellprojekten unter dem Aspekt des Gender Mainstreaming in der Stadtstruktur- und Verkehrsplanung kommt,
- auch auf der Ebene der Normen (Stichwort: Kriterien für eine sichere Stadtplanung, Bauordnung) wichtige Neuerungen aus dieser Perspektive geschaffen oder verankert werden,
- eine höhere Beteiligung von Frauen in Planungs- und Entscheidungsprozessen erfolgt, sei es auf Ebene der ExpertInnen, sei es bei BürgerInnen-Befragungen und -Beteiligungsverfahren.

Forcierung der Stadterneuerung in öffentlich-privater Partnerschaft

Pilotprojekt Baublockmanagement

LEITIDEE Das Wiener Modell der Stadterneuerung hat wesentlich dazu beigetragen, dass Wien im internationalen Vergleich zu den Städten mit der höchsten Lebensqualität zählt. Ein entscheidender Faktor für diesen Erfolg war, dass Stadterneuerung als Querschnittsaufgabe verstanden wird, wobei soziale, wirtschaftliche, kulturelle, ästhetische und ökologische Ansprüche ausgewogen zu berücksichtigen sind. Das "Produkt Stadterneuerung" bedarf aber einer zukunftsorientierten, strategischen Weiterentwicklung, die den neuen Dringlichkeiten und den neuen Möglichkeiten der Stadt als sich entwickelndes System optimal entspricht. Ein wesentlicher, neuer Faktor ist das steigende Potenzial privater Investitionsfähigkeit und auch -bereitschaft, das seitens der öffentlichen Hand in verstärkter Orientierung an öffentlich-privater Partnerschaft genutzt werden kann. Stadtstrukturerhaltung und -verbesserung kann künftig nicht nur Aufgabe der öffentlichen Hand sein, sondern erfordert zunehmend einen aktiven Beitrag auch der privaten Akteure. Dazu sind Rahmenbedingungen anzupassen und teilweise neu zu schaffen, die privates Engagement unter der Zielsetzung umfassender Stadterneuerung verstärkt einbeziehen. Dies soll in einem Pilotprojekt erprobt und demonstriert werden.

AUSGANGSLAGE

Der Stadterneuerung in Wien stehen hervorragende Instrumente zur Verfügung. Demgegenüber steht aber eine Fragmentierung in Verwaltungskompetenzen und Budgets, welche für Partnerschaften mit privaten AkteurInnen in der Stadterneuerung nicht optimal ist. Vergleichbar der Wirtschaftsförderung sollte der Gedanke des "One Stop Shop" realisiert werden.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Projektziel ist, über ein Pilotprojekt für ausgewählte, abgrenzbare Baublöcke ein Organisationsmodell für eine neue Phase der Stadterneuerung zu entwickeln und konkret zu erproben, das Verwaltungsvereinfachung und -beschleunigung sowie bessere Nutzung privaten Engagements erlaubt und damit zur Effizienzsteigerung in der Stadterneuerung beiträgt.

Da das vorgeschlagene Pilotprojekt einen ressortübergreifenden Modellversuch darstellt, entspricht es organisatorisch in besonderer Weise dem interdisziplinären und vernetzenden Anspruch des Strategieplanes. Inhaltlich ist es im besonderen ein Beitrag zum Strategiefeld "Wien bleibt Stadt der Lebens- und Umweltqualität", enthält aber auch Bezüge zu "Wien schafft neue Perspektiven für Wirtschaft und Arbeit", sowie - vor allem über das Thema des öffentlichen Raumes - zu "Erlebnisstadt – Brücken zwischen Freizeit und Edutainment".

VORGEHENSWEISE, AKTEURE, ZEITHORIZONT

Im Rahmen des Pilotprojektes sollen 4 Gruppen von Baublöcken, die die Normalität der Problemlagen und Potenziale in der dicht bebauten Stadt repräsentieren und sinnvoll abgrenzbar sind, ausgewählt und unter obigen Zielsetzungen als strategisches Projekt der Stadterneuerung definiert werden.

Dazu ist eine Projektleitung, bestehend aus MD-BD, Dezernat 2, WBSF-Gruppe Blocksanierung und WWFF zu bestellen und in ihrer Kompetenz so auszustatten, dass sie die grundsätzliche Aufgabenstellung "Stadterneuerung als Querschnittsaufgabe", die alle Ressorts betrifft, optimal erfüllen kann.

Als Anreiz für die Beteiligung bei der Erstellung und Umsetzung eines Erneuerungskonzeptes sollte eine auf einen Zeitraum von fünf Jahren limitierte "Stadtstrukturförderung" bereitgestellt werden. Darunter ist keineswegs eine quantitative Mittelerhöhung zu verstehen, sondern der gezielte, rasche und unbürokratische Einsatz öffentlicher Gelder. Die Projektleitung soll beschränkte, d. h. projektbezogene Mittel im Bereich der Fonds und Magistratsabteilungen (ressortübergreifende Koordination der Wohnbau-, Wirtschafts-, Umwelt-, Frauen-Integrationsförderung etc.) koordinieren. Ein existierendes ähnliches Beispiel ist die URBAN-Förderung.

Zur Lösung städtebaulicher Fragen sollten vereinfachte Bebauungsbestimmungen festgelegt werden, die über den gesamten Baublock die städtebauliche Dichte und den maximalen Ausnutzungsgrad der Einzelliegenschaften (ohne detaillierte Nutzungsbestimmungen, aber mit Richtwerten) regeln.

Zur Erprobung des "Baublockmanagements" soll die Projektleitung für vorerst vier Pilotversuche "Baublockmanager" zur Projektentwicklung unter Einbeziehung möglicher Investoren bestellen.

- Das Baublockmanagement muss hohe Organisationskompetenz haben (Koordination von Eigentümern und Betrieben, soziales Management) und über breite Sachkenntnis verfügen.
- Die Projektleitung bestellt eine Projektgruppe (projektbezogene Zusammensetzung zuständiger Stellen) zur Unterstützung der Projektsteuerung.
- Die Kontrolle des Baublockmanagements erfolgt durch die Projektleitung.
- Die Finanzierung des Baublockmanagements erfolgt analog der Blocksanierung (Konzeptphase) und in weiterer Folge durch eigenwirtschaftliche Tätigkeit bei der Umsetzung.
- Aufgabe des Baublockmanagements ist die Erstellung und Umsetzung eines Konzeptes innerhalb eines begrenzten Zeitraumes unter Einbeziehung aller Beteiligten sowie der politisch und administrativ zuständigen Stellen und erforderlichenfalls die Heranziehung weiterer Entwicklungsträger. Die Pilotprojekte sind im Rahmen von Public-Private-Partnership-Modellen zu realisieren.
- Im Rahmen einer demokratischen, partizipatorischen und transparenten Vorgangsweise werden die HauseigentümerInnen, Betriebe sowie MieterInnen (MieterInnenbeirat) und ArbeitnehmerInnen durch das Baublockmanagement in die Blocksanierung eingebunden.
- Der Erfolg der Umsetzung von Baublockmanagement-Konzepten steht in engem Zusammenhang mit der Frage der Grundstücksverfügbarkeit und der in Kapitel 4.3 Managementorientierung in der Planung, vorgeschlagenen Maßnahmen.
- Der Zeithorizont der Blockmanagement-Projekte soll für die Umsetzung maximal fünf Jahre betragen.

Als beschlussfassendes Organ zur Freigabe der Mittel soll ein Beirat eingerichtet werden (analog zum URBAN-Beirat), welcher sich aus VertreterInnen der einzelnen Ressorts zusammensetzt.

AUSWAHL DER PILOTPROJEKTE

Für die Auswahl der Baublöcke sind sowohl stadtstrukturelle Kriterien als auch das Potenzial der Entwicklungschancen sowie die erklärte Bereitschaft der Bezirke für Maßnahmen im öffentlichen Raum maßgeblich.

Im Hinblick auf das nunmehr festgelegte Ziel 2 Gebiet und dadurch erzielbare Synergien aus EU-Mitteln, soll je ein Pilotprojekt im 2. und 20. Bezirk durchgeführt werden. Zwei weitere sollen im Umfeld des Gürtels, und zwar im stark erneuerungsbedürftigen Bereich des 15. Bezirkes sowie im "Kreuzgassenviertel" im 18. Bezirk vorgeschlagen werden.

ERFOLGSINDIKATOREN

- Verwaltungsvereinfachung
- Verfahrensbeschleunigung
- Ressourcenschonung durch Reduzierung und Konzentrierung von Verwaltungsabläufen und durch verstärkte Einbindung privater Finanzierungsmittel
- Erhöhung von Bürgernähe
- Erhöhung privaten Engagements bei gleichzeitiger Beachtung öffentlicher Interessen und sozialer Verträglichkeit

Messfaktoren:

- Zeitablauf der Projekte
- Reduzierung der Verfahrensschritte
- Verhältnis öffentlicher und privater Mittel

Ältere MigrantInnen im System der Altenhilfe

LEITIDEE Das bestehende Altenhilfesystem muss seine Strategien und Angebote ständig an den Bedürfnissen und Interessen der betroffenen Bevölkerungsgruppe ausrichten und entwickeln.

Die Wahrnehmung dieser Bedürfnisse und Interessen einer in den nächsten Jahren zunehmend größer werdenden neuen Zielgruppe entwickelt sich zu einer aktuellen Herausforderung, in deren Mittelpunkt ältere MigrantInnen, ihre Bedürfnisse und Vorstellungen stehen werden.

Für die Schaffung eines bedürfnis- und bedarfsgerechten Unterstützungssystems für ältere MigrantInnen ist eine systematische Vernetzung der drei Bereiche Altenhilfeorganisationen, MigrantInnenbetreuungseinrichtungen und MigrantInnen-Selbsthilfeorganisation unbedingt nötig. In den zu führenden Diskussionsprozess sind Betroffene, Fachkräfte, Angebotsträger und die öffentlichen Planungsinstanzen gleichermaßen einzubeziehen.

AUSGANGSLAGE

Die Kenntnisse über und das Wissen um die Lebenswelt und Lebenslagen älterer MigrantInnen sind nach wie vor sehr gering. In Hinblick auf die hier lebenden älteren MigrantInnen besteht die anhaltend stereotype Vorstellung, dass diese eng in die Familie eingebunden seien und dort, selbst im Falle steigender Hilfsbedürftigkeit, versorgt werden können und sich daher eine besondere Auseinandersetzung mit der Lage dieser Gruppe erübrige.

Obwohl Rückkehrabsichten individuell in vielen Fällen bis heute aufrechterhalten werden, besteht in der europäischen Arbeitsmigration ein deutlicher Trend zur Verlängerung des Aufenthaltes und zu einer definitiven Niederlassung.

Ausgehend von den Studien von "senior plus" im 15. Bezirk zum Thema "Altern und Migration" gibt es allerdings eine Grundlage neuerer Erkenntnisse, die für hinkünftige Überlegungen und Vorstellungen in diesem Bereich eine ausgezeichnete Basis einschließlich notwendiger Grunddaten abgibt. Notwendig ist im Rahmen dieses Themas eine umfassende und kontinuierliche wissenschaftliche und praxisbezogene Auseinandersetzung mit migrations- und altersspezifischen Fragestellungen.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Im sozialen Gesamtangebot der Stadt sollte ein bedürfnisorientiertes und bedarfsgerechtes Angebots-/Hilfssystem mit migrationspezifischer Ausrichtung seinen Platz finden.

Ausgehend vom schlechteren Lebensverdienst von MigrantInnen wird sich diese Thematik in signifikanter Weise mit niedrigen Pensionen und Altersarmut konfrontiert sehen.

Die gerade im Alter wichtig werdende Wohnsituation wird generell aufgrund des verschlechterten Gesundheitszustandes und der damit verbundenen Abnahme motorischer und sensorischer Fähigkeiten sowie der Einschränkung sozialer Kontakte immer an Bedeutung gewinnen.

Gerade weil damit Neuland betreten wird, wird es wichtig sein, an das System der Altenhilfe gerichtete Erwartungen, Vorstellungen und Bedürfnisse der betroffenen

MigrantInnen systematisch zu erfassen und aufgrund dieser Erkenntnisse entsprechende Modelle zu entwickeln.

Es kann nicht automatisch vorausgesetzt werden, dass die bestehenden Modelle der Altersversorgung- und Betreuung jenen Erwartungen, Vorstellungen und Bedürfnissen entsprechen, die MigrantInnen unterschiedlichster Herkunft in Hinblick auf ihren Lebensabend, den sie hier aus familiären, sozialen und anderen Gründen zu verbringen gedenken, haben.

In Verbindung zu den Zielen des Strategieplanes erbringt dieses Projekt einen Beitrag zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, verbindet öffentliche mit privaten Akteuren und gibt Raum für innovative Denkansätze.

VORGEHENSWEISE, AKTEURE, ZEITHORIZONT

Zur Entwicklung eines Pilotprojektes soll eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Wiener Integrationsfonds, Bereichsleitung für Integrationsangelegenheiten, MA 47, Seniorenbeauftragtem der Stadt Wien, "senior plus", VertreterInnen der betroffenen Zielgruppe und Anbietern, eingerichtet werden.

Diese Arbeitsgruppe entwickelt ein Pilotprojekt innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren.

ERFOLGSINDIKATOREN

- Schaffung bedürfnisgerechter Angebote im System der Altenhilfe
- verstärkter Einsatz zugewanderter Fachkräfte
- Qualifizierung des Personals und der Träger in migrationsspezifischen Fragen
- Aufnahme migrationsspezifischer Fragen in die Ausbildungscurricula
- Einbindung von MigrantInnen in die Planung spezifischer Angebote
- Beteiligung von MigrantInnenorganisationen und Wohlfahrtsverbänden
- Realisierung eines Pilotprojektes

Community Interpreters

Kommunalzentrale – ein Schlüssel zu Gleichberechtigung und interkultureller Verständigung

LEITIDEE Die Internationalisierung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in Wien durch Zuwanderung und politische Öffnung stellt die öffentlichen Einrichtungen der Stadt, nicht zuletzt im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens, vor große Herausforderungen im Umgang mit fremden Kulturen. Sprach- und Kulturbarrieren können zu struktureller Benachteiligung und Qualitätsminderung in der medizinischen und sozialen Versorgung führen und sind eine Belastung sowohl für das Betreuungspersonal der Aufnahmegesellschaft als auch für fremdsprachige Zugewanderte, die öffentliche Leistungen in Anspruch nehmen wollen bzw. müssen.

Eine Vermittlungszentrale, von der speziell qualifizierte Sprach- und KulturmittlerInnen (DolmetscherInnen) für den Bereich kommunaler Einrichtungen angefordert werden können, schafft die Möglichkeit, sprach- und kulturbedingte Kommunikationsbarrieren in professioneller Weise zu überwinden und Respekt und Gleichberechtigung im interkulturellen Umgang zu gewährleisten. KommunaldolmetscherInnen ermöglichen somit nicht nur die bloße sprachliche Verständigung, sondern werden - kraft ihrer Stellung in und zwischen zwei Sprach- und Kulturgemeinschaften - zu TrägerInnen für interkulturelle Sensibilisierung und Mediation.

AUSGANGSLAGE

In einer Umfrage unter mehr als 600 MitarbeiterInnen in Wiener Gesundheits- und Sozialeinrichtungen zeigten sich diese vielfach unzufrieden mit der herrschenden Praxis der Kommunikation mit nicht Deutsch sprechenden KlientInnen. Die mangels professioneller Kommunikationsunterstützung praktizierte Hinzuziehung von ungeschulten Mittelpersonen, insbesondere Kindern und Reinigungspersonal, birgt große, meist unerkannte Risiken und mindert die Qualität der angebotenen Leistungen, so dass fremdsprachigen KlientInnen das Recht auf gleichberechtigten Zugang verwehrt bleibt.

Das befragte Betreuungspersonal sprach sich deutlich für die Einrichtung eines Dolmetscherdienstes aus, wie er in zahlreichen Ländern bereits seit Jahren, zum Teil auch Jahrzehnten als integraler Bestandteil integrationspolitischer Konzepte besteht. Die in Österreich bestehenden universitären Ausbildungsstätten für Dolmetscher (und Übersetzer) können aus strukturellen Gründen an dem Bedarf nach fachlich spezialisierten Dolmetscherinnen für den Bereich öffentlicher Institutionen nicht Rechnung tragen. Es sind somit weder einschlägige professionalisierte DolmetscherInnen für die wichtigsten Migrantensprachen vorhanden, noch eine Infrastruktur für deren effiziente bedarfsorientierte Vermittlung.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Mit dem Aufbau einer Infrastruktur für Kommunaldolmetschen in Wien wird die Palette integrationspolitischer Maßnahmen um einen grundlegenden Bestandteil ergänzt: Die Sicherstellung der Kommunikation mit Anderssprachigen im kommunalen Bereich ist ein notwendiger - wenn auch nicht hinreichender - Schritt zur Schaffung einer interkulturell offenen Gesellschaft, in der es zugewanderten Menschen möglich ist, ihr Recht auf gleichberechtigte Partizipation wahrzunehmen. Mit dem Angebot

professioneller Sprach- und Kulturmittlungsleistungen können bestehende Benachteiligungen und Qualitätsmängel bei der Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen, insbesondere im Gesundheits- und Sozialwesen, überwunden werden, wodurch im Sinne des Strategieplanes ein wesentlicher Beitrag zur innerstädtischen Verteilungspolitik sowie zur interkulturellen Mediation auf der Grundlage von Respekt und Gleichberechtigung geleistet wird.

Die Ziele des Projektes umfassen im Einzelnen:

- die Schaffung eines Fort- und Ausbildungsangebotes zur Qualifizierung von DolmetscherInnen für den Bereich öffentlicher Einrichtungen
- die Realisierung eines einheitlichen Professionalisierungsstandards für Dolmetscherleistungen im kommunalen Bereich
- die Einrichtung einer zentralen Vermittlungsstelle für professionelle KommundolmetscherInnen ("KommundolmetscherInnen-Zentrale")
- den Aufbau eines TelefondolmetscherInnen-Dienstes, dessen Leistungen überregional in Anspruch genommen werden können und der Wien einmal mehr zum Standort für neue Kommunikationstechnologie werden lässt.

VORGEHENSWEISE, AKTEURE UND ZEITHORIZONT

Zur Durchführung des Fort- und Ausbildungsprogrammes, das die Voraussetzung für den Aufbau einer Dolmetscherzentrale für den Bedarf kommunaler Einrichtungen darstellt, könnte an der Universität Wien ein "Universitätslehrgang für Kommundolmetschen" eingerichtet werden.

Innerhalb von zwölf Monaten nach Zuweisung der Basisfinanzierung für die Einrichtung des Universitätslehrganges durch die Gemeinde Wien könnte ein erster Lehrgangsdurchlauf (Laufzeit: fünf Monate für Fort- bzw. zehn Monate für Auszubildende) für 25 TeilnehmerInnen in zwei Sprachpaaren gestartet werden. In weiterer Folge geht die Durchführung eines weiteren Lehrgangsdurchlaufs für andere Sprachen Hand in Hand mit dem organisatorischen Aufbau der (als Verein oder GmbH konstituierten) DolmetscherInnen-Vermittlungszentrale, die somit ein- bis eineinhalb Jahre nach dem Start des Universitätslehrganges mit rund 50 freiberuflich tätigen DolmetscherInnen für mindestens vier Fremdsprachen ihren Betrieb aufnehmen wird. In einem weiteren Ausbauschnitt wird im Rahmen der DolmetscherInnen-Zentrale ein Telefondolmetscherdienst eingerichtet, dessen Leistungen bundesweit in Anspruch genommen bzw. vermarktet werden können.

In Organisationseinheiten, in denen ein hoher und permanenter Bedarf an solchen qualifizierten Serviceleistungen besteht, kann es weiterhin sinnvoll und notwendig sein, MitarbeiterInnen im Rahmen eines Dauerdienstverhältnisses zu beschäftigen.

FINANZIELLE RESSOURCEN

Im Auftrag des Wiener Integrationsfonds und der MA L/II (WHO-Projekt "Wien – Gesunde Stadt") wurde 1999 ein detaillierter Implementierungsplan für den Aufbau einer Infrastruktur für Kommundolmetschleistungen in Wien erstellt.

Die zur Finanzierung des Universitätslehrganges erforderlichen Mittel von ca. 1,4 Millionen ATS pro Ausbildungslehrgang (ca. 58.000 ATS pro TeilnehmerIn) bzw. 750.000 ATS pro Fortbildungslehrgang (ca. 30.000 ATS pro TeilnehmerIn) werden zu einem noch festzulegenden Teil durch die Teilnahmegebühren von SelbstzahlerInnen aufgebracht werden. Für den Aufbau und den laufenden Betrieb der DolmetscherInnen-Zentrale wird ein gesonderter Investitionsbedarf veranschlagt.

ERFOLGSINDIKATOREN

- Anzahl der von der DolmetscherInnenzentrale vermittelten Einsätze
- Inanspruchnahme professioneller Dolmetschleistungen zur Überbrückung von sprach- und kulturbedingten Kommunikationsbarrieren

PUMA

Projekt UmweltManagement in Amtshäusern der Stadt Wien

- LEITIDEE** Umweltmanagementsysteme haben im privatwirtschaftlichen Bereich mittlerweile einen recht hohen Stellenwert erlangt. Dies kann man unter anderem daran erkennen, dass immer mehr Unternehmensstandorte freiwillig Umweltmanagementsysteme einführen und entweder nach der Öko-Audit-Verordnung der EU oder der internationalen Norm ISO 14.001 zertifizieren lassen.
- Ein Umweltmanagementsystem ist ein immer wieder zu durchlaufender Regelkreis aus den Schritten Ziele setzen, planen, entscheiden, organisieren, umsetzen, kontrollieren, neue Ziele setzen usw., der den organisatorischen Rahmen für eine kontinuierliche Verbesserung der "Umweltleistungen" des jeweiligen Standortes (Unternehmensstandort, Amtshaus etc.) schafft.
- Die Erfahrung zeigt, dass der praktische Nutzen für die Unternehmen vor allem in einer deutlichen Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes, einer Imageverbesserung, der Erhöhung der Rechtssicherheit, teilweise erheblichen Kosteneinsparungen sowie einer verbesserten Zusammenarbeit mit Behörden besteht.

AUSGANGSLAGE

Einrichtungen des Bundes, der Länder und der Gemeinden beeinflussen die Umwelt ebenso beträchtlich wie Wirtschaftsunternehmen und private Haushalte. Vor allem wegen seiner organisatorischen Größe und seines ökonomischen Stellenwertes, aber auch im Hinblick auf eine entsprechende Vorbildwirkung kommt dem Staat (Bund, Länder und Gemeinden) eine besondere Gemeinwohlverpflichtung zu, die Umweltrelevanz seiner Aktivitäten gebührend zu beachten.

Aufgrund derartiger Überlegungen gewinnt Umweltmanagement zunehmend nun auch bei der öffentlichen Hand stärkere Beachtung:

- Die OECD hat im Jahr 1996 einen Ratsakt "Improving the Environmental Performance of Government" erlassen, in dem die Mitgliedstaaten aufgerufen werden, die Umweltleistung ihrer Verwaltungen zu verbessern.
- Mittlerweile wurde in Großbritannien, Deutschland und Österreich durch nationale Rechtsvorschriften auch für Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung die Möglichkeit geschaffen, am – ursprünglich fast ausschließlich für Betriebe des produzierenden Gewerbes vorgesehenen – System der Öko-Audit-Verordnung der EU teilzunehmen.
- Vielfach werden auch die Zusammenhänge zwischen der Implementierung kommunaler Umweltmanagementsysteme und den Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung im Rahmen eines sogenannten "Lokalen Agenda 21-Prozesses" thematisiert.

Neben den erheblichen positiven Umwelteffekten und der Vorbildwirkung für Bürger und Betriebe leisten Umweltmanagementsysteme in der Verwaltung aber auch wesentliche Beiträge zur Senkung von Kosten, zum Erkennen und Beseitigen organisatorischer Verbesserungspotenziale und zum Qualitätsmanagement. Sie tragen somit zur Verwaltungsmodernisierung bei. Nicht zuletzt können im Rahmen von Umweltmanagementsystemen auch die Aspekte des Bedienstetenschutzes

optimal wahrgenommen werden.

Die Grundlagen für die Einführung von Umweltmanagementsystemen in Objekten der Stadt Wien wurden im Rahmen des Pilotprojektes PUMA im Amtshaus Wien 8, Friedrich-Schmidt-Platz 5 erarbeitet. Aufgrund der dort gewonnenen positiven Erfahrungen hat der Magistratsdirektor zunächst einer Fortführung und probeweisen Ausweitung des Projektes auf weitere Standorte zugestimmt und schließlich per Erlass den Auftrag erteilt, schrittweise Umweltmanagement in den Objekten der Stadt Wien (Amtshäuser, Kindertagesheime, Bäder, Schulen etc.) einzurichten und zu betreiben.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Im Laufe der nächsten Jahre sollen Umweltmanagementsysteme im gesamten Magistrat der Stadt Wien eingeführt werden. Damit sollen vor allem folgende Ziele erreicht werden:

- eine kontinuierliche Verbesserung der von der Wiener Stadtverwaltung ausgehenden Umweltauswirkungen (Ressourcenverbrauch, Emissionen, indirekte Umweltauswirkungen),
- die Erhöhung des diesbezüglichen Bewusstseins bei den eigenen Mitarbeitern, aber auch in der Öffentlichkeit,
- eine deutliche Kostensenkung (vor allem hinsichtlich Energie),
- das Schaffen einer tragfähigen Basis für einen Dialog mit anderen maßgeblichen Akteuren (Wirtschaft, Bürger) im Sinne eines Agenda 21-Prozesses,
- Verbesserungen in organisatorischen Abläufen,
- die Realisierung eines modernen Bedienstetenschutzes.

Den Zielsetzungen des Strategieplanes für Wien wird mit dem Projekt PUMA insofern entsprochen, als damit ein wichtiger Beitrag für eine zukunftsfähige Stadtverwaltung geleistet wird.

VORGEHENSWEISE UND ORGANISATORISCHE MASSNAHMEN

Die wichtigsten Maßnahmen sind:

- Schaffung der erforderlichen Aufbauorganisation mit dezentralen und zentralen Elementen
- Verbesserung der informationstechnischen Grundlagen (weiterer Ausbau der Energiebuchhaltung sowie EDV-Anwendungen für Abfallwirtschaft und Beschaffung)
- Formulierung und Einführung von speziellen Ablaufregelungen und Umweltcontrollinganweisungen
- Erarbeitung von checklistenartigen Handlungsanweisungen, die Hilfestellung für eine rasche und einfache Umsetzung in weiteren Objekten bieten sollen
- Durchführung regelmäßiger Öko-Audits
- Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- begleitende Öffentlichkeitsarbeit

AKTEURE UND ZEITHORIZONT

Die wichtigsten Akteure sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Wien

(sowohl in leitenden Positionen als auch auf unteren Hierarchieebenen) sowie Wiener Politikerinnen und Politiker (aufgrund der Dezentralisierung vor allem auch auf Bezirksebene). Ein Konnex zum ÖkoBusinessPlan Wien wird hergestellt werden, weshalb mittelfristig auch private Akteure eingebunden sein werden. Bereits im Frühjahr 2000 soll das Umweltmanagementsystem im Pilot-Amtshaus Friedrich-Schmidt-Platz 5 voll funktionsfähig sein. Innerhalb der nächsten fünf Jahre sollen weite Bereiche des Magistrates erfasst werden.

ERFOLGSINDIKATOREN

Die denkbaren Erfolgsindikatoren sind äußerst zahlreich und können gar nicht vollständig aufgelistet werden. An dieser Stelle seien daher nur einige Beispiele genannt, die mit Hilfe geeigneter Kennzahlen auch operationalisierbar gemacht werden können.

Zur Beurteilung und Steuerung der Umweltauswirkungen können Umweltleistungskennzahlen gebildet und herangezogen werden. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen

- Input- und Output-Kennzahlen für Stoffe und Energie (z. B. spezifischer Energieverbrauch, Schadstoffkonzentration im Abwasser, Abfallverwertungsquote u. v. a. m.)
- Infrastrukturkennzahlen (z.B. Anteil der versiegelten Fläche an der Gesamtbetriebsfläche)
- Verkehrskennzahlen (z. B. Pendlerverkehr pro Mitarbeiter). Die Leistungen der organisatorischen Maßnahmen im Umweltschutz können mit Hilfe von Umweltmanagementkennzahlen beschrieben werden. Beispiele dafür wären etwa die Zahl der durchgeführten Öko-Audits, Kosteneinsparungen durch Umweltmaßnahmen, durchschnittliche Anzahl der Umweltschulungen pro Mitarbeiter u. v. a. m.

Alltagsgerechte Sanierung UND Neubau

Altmannsdorf neu

LEITIDEE Ziel des Projektes ist es, die in unmittelbarer Nachbarschaft befindliche Sanierung der Großwohnanlage der 70er Jahre und die Neubebauung eines großen Bereiches zu nutzen, um einerseits die Planungsprinzipien, die sich an robusten, alltagstauglichen Stadtstrukturen orientieren, modellhaft zu erproben und gleichzeitig kulturelle, soziale, arbeitsmarktpolitische, integrationspolitische und frauenpolitische Ansätze des Strategieplanes zu bündeln.

AUSGANGSLAGE

Das Schöpfwerk ist mit 1.700 Wohnungen eine der größten Wohnhausanlagen der Stadt Wien und im Image verbesserungsbedürftig.

Die MA 17 – Stadt Wien - Wiener Wohnen bereitet gemeinsam mit der MA 24 und in Kooperation mit der MD-BD, Dezernat 2 - Leitstelle "Alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen" eine umfassende bauliche Sanierung der Wohnhausanlage vor. Bei der MieterInnenbefragung hat sich das Sicherheitsthema als relevant herausgestellt.

Auf den von acht Bauträgern gemeinsam erworbenen 6,4 ha der KDAG-Gründe in unmittelbarer Nachbarschaft beabsichtigen diese nach derzeitigem Planungsstand 700 - 900 Wohnungen zu errichten, wobei der Verbindung von Wohnen, (bezahltem) Arbeiten und Freizeit besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird, d. h. strukturelle Voraussetzungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen geschaffen werden sollen. In einem ambitionierten Planungsverfahren mit BürgerInnenbeteiligung werden derzeit die Grundlagen für den Bebauungsplan erarbeitet.

Bis zur Realisierung findet eine Zwischennutzung der Hallen für kulturelle Zwecke (Tanzgruppen, Tanztheater) statt. Dafür wurde ein eigener Verein gegründet und seine Aktivitäten z. T. vom Kulturamt subventioniert.

Derzeit existiert keine regionale Identität im heterogenen Gebiet (Bereich Khleslplatz, altes Schöpfwerk, neues Schöpfwerk, Siedlung Hoffingergasse).

Im sozialen, kulturellen und arbeitsmarktpolitischen Bereich kann auf eine Vielzahl von bereits seit Jahren gesetzten Aktivitäten aufgebaut werden: die aktivierende Gemeinwesenarbeit im Club Bassena, Plattform von sozialen Initiativen, Stadtteilzeitung, Radio "Schöpfwerk", ABZ (Ausbildungszentrum Meidling) als eines der erfolgreichsten arbeitsmarktpolitischen Projekte für Frauen, den arbeitsmarktpolitischen Verbund für den 12. und 23. Bezirk.

ZIEL DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

- Berücksichtigung der unterschiedlichen Alltagsmuster und Nutzungsansprüche bei der Planung; Schwerpunktsetzung auf Freiflächen, Hauseingangssituationen und die so genannten Nebenräume; Qualitätskriterien und Qualitätssicherung auch für die Benutzung und Pflege.
- Einbindung der sozialen Kompetenz der HausbesorgerInnen und Nutzung des technischen Know-hows für Kleinreparaturen.

- Anhebung des Sicherheitsgefühls durch eine verbesserte Gestaltung der Beleuchtung, und der Zugangs- und Eingangssituation im Schöpfwerk, Berücksichtigung der Sicherheitsaspekte bei der Planung der KDAG-Gründe
- Ausschöpfung der im Territorialen Entwicklungspakt für Wien (TEP) und im Strategieplan vorgeschlagenen arbeitsmarktpolitischen Möglichkeiten. Übertragung des Zugangs des Ausbildungszentrums Meidling (Erfassung der lokalen Nachfrage nach Arbeitskräften, gezielte Ausbildung im Bürobereich) auf andere Bereiche: Schaffung von Arbeitsplätzen im "Homeservice"-Bereich.
- Absicherung einer funktionierenden Nahversorgung: Das bestehende Geschäftszentrum im Schöpfwerk bedarf dringend eines "upgradings". Nutzung von Synergien mit den KDAG-Gründen zur Verbesserung des Dienstleistungs- und Nahversorgungsangebotes, Überprüfung der Möglichkeit eines temporären Marktes.
- Die vorgesehenen hohen Dichten in Kombination mit den hohen städtebaulichen Ansprüchen und den vielfältigen über Zeiträume auch wechselnden Nutzungsabsichten erfordern den gezielten Einsatz von Mehrfachnutzung im Freiraum und Gebäudeinneren.
- Entwicklung einer attraktiven Grün- und Sportzone entlang der U-Bahn zwischen den Stationen "Am Schöpfwerk" und "Tscherttegasse". Dieser "Bahnpark" soll als "grüne Klammer" die einzelnen Gebietsteile verbinden.
- Mit der Sanierung des Schöpfwerks und der kulturellen Zwischennutzung der KDAG-Gründe werden annähernd zeitgleich konkrete und erlebbare Aktivitäten im Gebiet gesetzt. Ziel ist es, durch koordinierte Projektaktivitäten dies für die positive Bildung einer regionalen Identität des Gebietes (unter Einbeziehung anderer Bereiche: Khleslplatz, Gartenhotel Altmannsdorf, neues Pensionistenheim) zu nutzen.

VORGEHENSWEISE UND AKTEURINNEN

Besonders wichtig ist die Entwicklung eines zufrieden stellenden Nahversorgungs-, Dienstleistungs- und Freizeitangebotes. Durch eine gezielte Abstimmung soll versucht werden, Komplementärangebote zu entwickeln und sich gegenseitig schwächende konkurrierende Angebote gering zu halten.

Dazu ist die Schaffung einer Plattform unter Federführung der MD-BD, Dezernat 2 - Leitstelle "Alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen", der MA 17 und der MA 21B zur Koordination der Aktivitäten im Gebiet unter Beteiligung aller maßgeblichen Dienststellen im Magistrat des Bezirks und der Bauträger, der Arbeitsmarktverwaltung des WAFF, des Kulturvereins sowie sonstiger im Gebiet verankerter sozialer und kultureller Träger vorgesehen. Eine möglichst hohe organisatorische Verbindlichkeit vor allem im Rahmen der KDAG-Gründe ist dabei anzustreben.

ZEITHORIZONT

Die Umsetzung der Zielsetzungen des Projektes soll innerhalb von zehn Jahren erfolgen.

FINANZIELLE RESSOURCEN

Bisher wurden für die Verfahren KDAG-Gründe und Sicherheitskonzept Schöpfwerk rund 3,5 Mio. ATS vom Magistrat aufgebracht. Die aus der Projektkonzeption ableitbaren Investitionserfordernisse betreffen ein weites Spektrum an

Handlungsfeldern, das Infrastrukturen, organisatorische Maßnahmen, aber auch Ausbildung und Weiterqualifizierung umfasst, und erfordern, nicht zuletzt hinsichtlich der benötigten finanziellen Ressourcen und deren Aufbringung, einen politischen Abstimmungs- und Entscheidungsprozess mit den maßgeblichen AkteurInnen.

ERFOLGSINDIKATOREN

- Anhebung des Sicherheitsgefühls. Ausgangslage ist die im Zuge der Sanierungsvorbereitung Schöpfwerk durchgeführte MieterInnenbefragung.
- Ausbildung einer regionalen Identität (hat sich in der Alltagssprache eine "Gegend"-Bezeichnung eingebürgert, wird ein solcher regionaler Bezug in Medien bzw. Marketingaktivitäten aufgegriffen).
- Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze
- Verwertbarkeit der Wohnungen, Büros und Geschäftslokale (in Relation zu preislich vergleichbaren Angeboten in Lagen mit ähnlicher infrastruktureller Standortgunst)
- Anzahl und Qualität der im Gebiet stattfindenden kulturellen, sozialen und sportlichen Aktivitäten, die von Institutionen angeboten werden.
- Beobachtung von informellen Aktivitäten.
- Verbesserung der Alltagsqualität, durch BewohnerInnenbefragung im Zeitvergleich zu erheben.

Thermisch-energetische Wohnhaussanierung – THEWOSAN

LEITIDEE Im Sinne des Klimaschutzprogrammes der Stadt Wien sollen in Zukunft auch verstärkt jene Wohnbauten thermisch verbessert werden, die – aufgrund der zeitgemäßen Wohnungsausstattung – derzeit nicht Gegenstand der geförderten Wohnhaussanierung sind. Zudem kommt einer Reduzierung des Energieverbrauchs auch volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung – durch Senkung der Gesamtwohnkosten – zu. Zu diesem Zweck soll eine eigene, primär auf Wohnbauten der Nachkriegszeit zugeschnittene Förderung entwickelt werden.

AUSGANGSLAGE

Aus der Bauperiode von 1945 - 1980 existieren in Wien rund 300.000 Wohnungen in Mehrwohnungsbauten. Für viele dieser Wohnbauten, in denen Wohnungen der Kategorien A und B laut Mietrechtsgesetz überwiegen, besteht großer Sanierungsbedarf. Dies betrifft insbesondere die schlecht wärmegeprägten Siedlungen und Großwohnanlagen der 60er und 70er Jahre. Die Auswertung von Einzelprojekten lässt Kosten von etwa ATS 1.200 bis ATS 3.000 / m² Nutzfläche für thermisch-energetisch-ökologische Maßnahmen erwarten.

Derzeit können solche Maßnahmen in gut ausgestatteten Wohnhäusern jedoch nicht gefördert werden, da das Wiener Sanierungsinstrumentarium primär auf die Beseitigung des Substandards abzielt.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

Bauseitige (thermische) Sanierung:

- Wärmedämmung umgebungsexponierter Bauteile
- Maßnahmen zur Verminderung oder Beseitigung thermisch relevanter bauphysikalischer Mängel
- Thermisch relevante Maßnahmen zur Steigerung der Behaglichkeit und des Wohnkomforts
- Maßnahmen zur Energieverlustminimierung

Anlagenseitig (energetische Sanierung):

- Einbau primärenergieeffizienter und/oder besonders energiesparender Heizungs- und Warmwasserbereitungssysteme
- Umstellung von fossilen Fest- und Flüssigbrennstoffen wie Kohle und Heizöl auf erneuerbare Energieträger bzw. Energieträger mit günstiger CO₂-Bilanz
- Anlagen und Einrichtungen zur Nutzung von Umgebungswärme (z.B. Wärmepumpen)
- Anlagen zur Wärmerückgewinnung aus Abwasser, Abluft, Kühleinrichtungen u.ä., Nutzung industrieller oder gewerblicher Abwärme.
- Nieder- und Mitteltemperatur-Heizwärmeverteilungssysteme mit hohem Strahlungsanteil
- Anlagentechnische Maßnahmen zur Steigerung der Behaglichkeit in den Innenräumen

Darüber hinaus sollen flankierende Maßnahmen in folgenden Bereichen initiiert oder unterstützt werden:

- Normung (z. B. BO, WWFSG, Weiterentwicklung oder Anpassung technischer Normen und Richtlinien)

- Promotion privatwirtschaftlicher Finanzierungsmodelle und Vermittlung von Contracting
- Informationsoffensive, v.a. hinsichtlich Kosten-Wirksamkeit thermisch-energetischer Sanierung (Heizkosten, Amortisationszeiten)
- Energietechnisch-bauökologische Beratung von Antragstellern im Rahmen der bestehenden Beratungsstelle für umwelttechnische und stadtökologische Fragen des WBSF.

In Verbindung zu den Zielen des Strategieplans erbringt dieses Projekt eine beachtliche Verbesserung der Umweltsituation in Wien bei gleichzeitiger Sicherung preiswerten und qualitativ hochwertigen Wohnraums sowie einer Hebung der Wohnzufriedenheit. Das Projekt leistet außerdem einen Beitrag zur Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen im Baugewerbe.

VORGEHENSWEISE, AKTEURE, ZEITHORIZONT

Förderung – Grundsätze:

- Eigene Förderungsschiene zweckgebunden für thermisch-energetische Sanierungsmaßnahmen in Mehrwohnungshäusern.
- Art der Förderung: nicht rückzahlbare Zuschüsse, Staffelung je nach erreichter Energie- und Emissionseinsparung und nach Art und Umfang der Sanierungsmaßnahmen.
- Koppelung mit anderen Förderungen (z.B. Fernwärme, Solaranlagen) möglich.
- Abwicklung ganz oder teilweise über Contracting möglich.

FINANZIELLE RESSOURCEN

- Wohnbauförderungsvolumen: jährlich mindestens ATS 300 Mio. - 500 Mio Zuschussleistung. Bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 61m² und einer angenommenen durchschnittlichen Zuschussleistung von ATS 650,- / je m² ergibt sich bei einem jährlichen Budgetansatz von ATS 300 Mio. ein Sanierungsumfang von ca. 7.500 Wohnungen pro Jahr, bzw. von über 80.000 Wohnungen zwischen 2000 und 2010. Wird von einer jährlichen Zuschussleistung von ATS 500 Mio. ausgegangen, könnten über 12.000 Wohnungen pro Jahr, bzw. fast 140.000 Wohnungen bis 2010 thermisch - energetisch verbessert werden.
- Budgetansatz zusätzlich zum derzeitigen Sanierungsbudget, das primär Kategorie C- und D-Objekten zur Verfügung steht.

ERFOLGSINDIKATOREN

Baulich-technische Indikatoren:

- Impuls für thermisch-energetische Sanierung von Wohnbauten mit überwiegend Kategorie A- oder B-Wohnungen
- Forcierung der gesamtheitlichen Optimierung von Sanierungen und Impulse in Richtung ökologisch orientiertes Sanieren
- Mix aus Energieverlustminimierung und aufbringungsseitiger Anlagenoptimierung und Mitförderung der Umstellung auf CO₂-emissionsarme Energieträger
- Synergieeffekte: Verbesserung der Umweltsituation und notwendige bauliche Erneuerung.

Soziale Indikatoren:

- Verringerung der Gesamtwohnungskosten durch Verringerung der Heizkosten
- Imageaufwertungen in sozial problematischen Siedlungen.

Volkswirtschaftliche Indikatoren:

- Reduzierung des österreichischen Endenergiebedarfs für Raumwärmebereitstellung
- Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern
- Beschäftigungsimpulse für Bauwirtschaft und Baunebengewerbe, tendenziell auch für kleine und mittlere Unternehmen
- Qualifizierungsimpulse durch spezifische Kombination baulicher und technischer Gebäudeverbesserungen, Verstärkung des Lernprozesses zum energiebewussten Bauen
- Kompetenzcluster im Sanierungsbereich durch Zusammenspiel von Kompetenzen und Know-how in den Bereichen bauliche und anlagentechnische Sanierung, Planung und Contracting

Wohnen, Arbeiten und Freizeit

Beispiele: Gasometer und Wienerberg City

LEITIDEE Das Projekt Wohnen, Arbeiten und Freizeit ist strategisch ressortübergreifend angelegt. Die Ziele der funktionalen und der sozialen Durchmischung, wie dies sowohl im Strategieplan als auch im vom Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr in Auftrag gegebenen Delphi Report Austria vorgesehen ist, sollen erreicht werden, indem verschiedene Formen des Wohnens (Miete, Eigentum, verschiedene Förderungs- und Finanzierungsformen) ebenso gemischt werden wie die möglichst konfliktfreien unterschiedlichen Nutzungen von Wohnen und Arbeiten, die zusätzlich durch Angebote zur Freizeitgestaltung bereichert werden.

Das Ergebnis soll nicht ein monofunktionaler Wohnbau sein, sondern eine Baustruktur, die unterschiedliche Wohnungstypen, Büros, Geschäfte, Restaurants, soziale Infrastruktureinrichtungen und Unterhaltungsmöglichkeiten beherbergt.

AUSGANGSLAGE

Im Fall der Gasometer hat ein riesiges Industriebauwerk seine ursprüngliche Funktion verloren, ist aber gleichzeitig aufgrund der U3-Verlängerung günstig mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen und in relativer Nähe zu den Praterauen gelegen. Die großvolumigen Baukörper sind denkmalgeschützt.

Wienerberg City stellt die Umsetzung und Verwertung einer großen privaten Liegenschaft dar, bei der der geförderte Wohnbau zusätzlich als Katalysator für die Schaffung von Arbeitsplätzen (Büros, Freizeit- und Entertainmenteinrichtungen) fungiert.

ZIELE DES PROJEKTES UND BEITRAG ZU DEN ZIELEN DES STRATEGIEPLANES

- Soziale Durchmischung durch Schaffung unterschiedlicher Wohnungsangebote.
- Funktionale Durchmischung durch Schaffung von Wohnungen, Arbeitsstätten und Freizeiteinrichtungen "unter einem Dach" bzw. auf einem Areal.
- Stärkung der Wirtschaft, indem durch den Einsatz von Wohnbauförderungsmitteln Bauinvestitionen über den Wohnbau hinaus generiert werden.
- Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt, indem neben den Bauarbeitsplätzen dauerhafte Arbeitsplätze erhalten bzw. neu geschaffen werden.
- Impulse zur Standortaufwertung bestimmter Teile der Stadt und Auslösung von Folgeprojekten (siehe dazu auch das strategische Projekt "*Stadtentwicklungszone Erdberger Mais – Aspanggründe*").
- Schaffung von Jugenderlebnismöglichkeiten.
- Schaffung von Nahversorgungseinrichtungen.
- Qualitätssuche im Wettbewerb mit dem Ergebnis hochwertiger zeitgemäßer Architektur und ökologisch-nachhaltiger Bauformen.
- Ermöglichung von Privatinitiativen und Umsetzung durch Public Private Partnership.
- Zusatznutzen für die Stadt und ihre BewohnerInnen durch die sich ergebenden Synergien und durch die internationale Beachtung dieser Projekte.
- Vorbildhaftigkeit und Impuls für weitere Projekte mit intensivem Nutzungsmix.

VORGEHENSWEISE UND ORGANISATORISCHE MASSNAHMEN

Zunächst wurden die zu erreichenden Ziele formuliert sowie geeignete Umsetzungsstrategien erarbeitet. Anschließend erfolgte die Durchführung der Baurägerauswahl, die Erteilung der baubehördlichen Bewilligung und die Zusicherung der Förderungsmittel. Erst ab diesem Zeitpunkt konnte mit der schrittweisen Umsetzung der konzipierten Maßnahmen begonnen werden. Parallel dazu, werden die Projekte laufend weiterentwickelt, die Umsetzung der Projekte wird ständig kontrolliert.

Begleitend werden lokal, aber auch international, Marketingmaßnahmen gesetzt. Am Ende stehen die Verwertung, der Betrieb und die Nutzung der geschaffenen Räume.

AKTEURE UND ZEITHORIZONT

Land Wien, viele Abteilungen des Magistrats der Stadt Wien, Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds, Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, Bau-träger, Architekten, Financiers, Bauwirtschaft, Betreiber und Manager der Wohn-, Geschäfts- und Freizeitbereiche, politische und Marketingakteure, Medien.

Die Realisierung dieser Projekte soll bis 2001 bzw. 2002 erfolgen.

FINANZIELLE RESSOURCEN

Einsatz von Wohnbauförderungsmitteln in der Höhe von rund 310 Mio. ATS im Rahmen des Gasometerprojekts (Bauvolumen 1,8 Mrd. ATS) und rund 480 Mio. ATS im Rahmen des Projektes "Wienerberg City" (Bauvolumen rund 3 Mrd. ATS).

ERFOLGSINDIKATOREN

- Errichtung der Projekte mit den als Leitidee definierten differenzierten Nutzungsinhalten und mit hoher architektonischer Qualität – hinsichtlich der Wohnbauteile entsprechend der in den Baurägerauswahlverfahren jurierten Projekte – in der geplanten Zeit.
- Ausgelöste private Investitionen durch Einsatz von Wohnbauförderungsmitteln.
- Verwertung und Akzeptanz der Projekte durch die NutzerInnen.
- Ausmaß der nationalen und internationalen Beachtung dieser Projekte und sich daraus ergebende Imageförderung für die Stadt.

Impressum

INHALTLICHE STEUERUNG

LENKUNGSGRUPPE

Arnold Klotz (Vorsitz), MD-Stadtbaudirektion, Gruppe Planung
Brigitte Jilka, MA 18
Christian Bartik, MD-KOB, genannt von der Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik u. Wiener Stadtwerke
Hans Bulfone, Büro der GGr. Jugend, Soziales, Information und Sport
Reinhold Christian, Büro der GGr. Planung und Zukunft
Michaela Kauer, Büro der GGr. Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal
Boris Marte, Büro der GGr. Kultur
Heinz Müller, Büro der GGr. Umwelt und Verkehrscoordination
Josef Ostermayer, Büro der GGr. Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung
Kurt Ricica, MA 22, genannt vom Bürgermeister
Hannes Schmidl, MA 15-Dez. III, genannt vom Stadtrat für Gesundheits- u. Spitalswesen

PROJEKTTEAM

Otto Frey, MD-Stadtbaudirektion, Gruppe Planung
Georg Kotyza, MA 18
Gottfried Pirhofer, Zukunfts.Station Wien

KONZEPTION, ORGANISATION, REDAKTION

Zukunfts.Station Wien:
Gottfried Pirhofer
Kurt Plöckinger
Gertraude Werner

BEARBEITUNG IM MAGISTRAT

ARBEITSGRUPPEN - MITARBEITER:INNEN

Arbeitsgruppe 1: Clusterbildung und Flächenmanagement
Josef Frühwirth (Sprecher), Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds WBSF
Kurt Mittringer (Schriftführer), MA 18
Peter Celar, MA 63
Peter Chlup, MD-Stadtbaudirektion, Dez. 2
Bruno Domany, MA 22
Otto Frey, MD-Stadtbaudirektion, Gruppe Planung
Erich Hechtner, MA 63
Franz Lagler, Wiener Wirtschaftsförderungsfonds WWFF
Thomas Madreiter, MA 21 A
Mario Marth, MA 21 C
Peter Mayerhofer, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
Kurt Müller, MA 4
Herbert Pelikan, Wiener Wirtschaftsförderungsfonds WWFF
Manfred Schönfeld, MA 21 C
Ewald Schreyer, MA 4/1
Thomas Titz, MA 21 A

Arbeitsgruppe 2: Arbeitsmarkt und Dienste

Stephan Lengauer (Sprecher), Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds WAFF
Reinhard Troper (Schriftführer), MD-KOB
Renate Balic-Benzing, MA 11
Karin Beisser, MD-PD
Friedrich Grundei, Büro des Seniorenbeauftragten
Erika Hess, IFA - Institut für Arbeitsmarktbetreuung und -forschung

Irene Kessler, Wiener Integrationsfonds
Anton Krotky, MD-PD
Daniela Lessing, MA 57
Michael Mesch, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
Werner Neubauer, MA 11
Andreas Weigl, MA 66

Arbeitsgruppe 3: Wissenstransfer, Weiterbildung, Schule
Renate Banik-Schweitzer (Sprecherin), MA 8
Hubert Christian Ehalt (Schriftführer), MA 18
Karl Blüml, Stadtschulrat für Wien
Hans Fellner, MD-KOB
Marina Fischer-Kowalski, IFF - Social Ecology
Angelika Huber, MA 18
Gordana Janak, MA 22
Martin Kasztler, Wiener Stadtwerke - Wienstrom
Herbert Klima, Atominstitut der Österreichischen Universitäten
Elisabeth Mezulianik, MD-BL für Integrationsangelegenheiten
Hans Heinz Titz, MA 13
Paul Weis, MA 53
Manfried Welan, Universität für Bodenkultur Wien
Thomas Weninger, MD-KOB
Walter Wieser, MD-BL für Integrationsangelegenheiten
Dieter Zabrana, Wiener Wirtschaftsförderungsfonds WWFF

Arbeitsgruppe 4: Naturbasis
Karin Büchl-Krammerstätter (Sprecherin), Wiener Umweltschutz WUA
Ulrike Haslinger (Schriftführerin), MA 15
Bruno Domany, MA 22
Wilfried Doppler, Wiener Umweltschutz WUA
Ulrike Goldschmid, MA 45
Karl Glotter, MA 18
Manfred Schönfeld, MA 21 C
Herbert Weidinger, MA 19

Arbeitsgruppe 5: Kultur, Erlebnis, Stadtraum
Bernhard Denscher (Sprecher), MA 7
Josef Hollos (Schriftführer), MA 13
Sylvia Fassel-Vogler, MA 7
Eva Gaßner, MA 53
Peter Klopff, MA 21 A
Wolfgang Kos, Historiker, Publizist
Josef Matousek, MA 19
Wilhelm Oberlender, MA 51
Martin Schwarz, Martin Schwarz GmbH

Arbeitsgruppe 6: Stadterneuerung, Wohnen und Integration
Horst Berger (Sprecher), MD-Stadtbaudirektion, Dez. 2
Robert Eigler (Schriftführer), MA 18
Christian Bartok, GGr. Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung
Andreas Bayer, MA 17
Alfred Behm, Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds WBSF
Gerhard Berger, MD-Stadtbaudirektion, Dez. 2
Alfred Brezansky, Wiener Umweltschutz WUA
Wolfgang Förster, Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds WBSF
Hansjörg Hansely, MA 18
Eva Kail, MD-BD, Leitstelle "Alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen"
Irene Kessler, Wiener Integrationsfonds
Franz Kobermaier, MA 19
Robert Korab, Österreichisches Ökologie Institut für angewandte Zukunftsforschung
Bernhard Mackerle, MA 21 A
Hubert Mayer, MA 25
Ilena Mittermaier, MD-BD, Leitstelle "Alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen"
Andreas Preslmayr, MA 22

Erich Raith, TU Wien, Institut für Städtebau, Raumplanung und Raumordnung
Gernot Riedel, MA 21 A
Anton Schmid, Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft
Dominik Schreiber, Wiener Umwelthanwaltschaft WUA
Neslihan Turan, Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds WBSF
Klaus Vatter, MA 21 A
Karl Weber, MA 17

Arbeitsgruppe 7: Gesunde Stadt, Mobilität, Ressourcen

Gordana Janak (Sprecherin), MA 22
Ursula Hübel (Schriftführerin), MA 15
Christoph Breuer, MA 22
Stephan Fickl, E.V.A. - Energie Verwertungs Agentur
Johannes Gielge, MA 18
Winfried Kalss, MA 46
Rudolf Karazmann, IBG Österreich
Heinz Löffler, Wiener Stadtwerke - Wiener Linien
Richard Obernosterer (unter Mitarbeit von *Hans Daxbeck* und *Paul H. Brunner*), TU Wien
Wilfried Raimund, E.V.A. Energie Verwertungs Agentur
Alexander Reisenleitner, MA 22
Lieselotte Schmidt, sono - Sozialwissenschaftliche Mobilitätsforschung und Beratung
Dominik Schreiber, Wiener Umwelthanwaltschaft WUA
Erich Till, MA 31

Mit fachlicher Unterstützung von

Harald Semela, MD-Stadtbaudirektion, Gruppe Planung

Arbeitsgruppe 8: Region Wien - Wirtschaftsstandort - Städtenetzwerk Europa

Alfred Gruber (Sprecher), Wiener Wirtschaftsförderungsfonds WWFF
Alfred Dorner, *Friedrich Schmid*, *Hannes Schulz* (Schriftführer), alle MA 18
Christian Anderle, MD-IB
Otto Frey, MD-Stadtbaudirektion, Gruppe Planung
Kurt Müller, MA 4
Heinrich Oppenauer, MA 22
Gabriele Philipp, MA 53
Reinhard Troper, MD-KOB

Mit fachlicher Unterstützung von:

Elisabeth Alexander, MA 28
Eugen Antalovsky, Europaforum Wien
Christian Bartik, MD-KOB
Hans Emrich, Emrich Consulting
Barbara Erlacher, MD-KOB
Eva Gaßner, MA 53
Werner Rosinak, Rosinak & Partner ZT GmbH
Otto Schwetz, MD-IB; T.I.N.A.
Walther Stöckl, MD-EUF

In der zweiten Bearbeitungsphase wurden die neu zusammengesetzten Arbeitsgruppen zusätzlich unterstützt durch:

Ernst Theimer, Magistratsdirektor
Petra Ebert, MA 22
Klaudius Foltin, MA 19
Barbara Goess, MA 7
Klaus Göller, MA 56
Jutta Kleedorfer, MD BD, Projektleitstelle Mehrfachnutzung
Richard Kronberger, MA 19
Kurt Nussgruber, MD
Dieter Pal, MA 19
Alfred Pfoser, MA 13 - Städtische Büchereien
Monika Prenger, Büro der GGr. Jugend, Soziales, Information und Sport
Manfred Schopper, MA 18
Johannes Seitner, Wiener Integrationsfonds
Harald Semela, MD-BD, Gruppe Planung
Dietmar Teschl, MA 50

Oskar Wawra, MD IB

Thomas Jakoubek, Wissenschafts- und Technologiepark – Tech Gate Vienna

Günther Sallaberger, Martin Schwarz GesmbH

WISSENSCHAFTLICHE BEGLEITUNG

Marina Fischer-Kowalski, IFF - Social Ecology

Erika Hess, IFA - Institut für Arbeitsmarktbetreuung und -forschung

Herbert Klima, Atominstitut der Österreichischen Universitäten

Robert Korab, Österreichisches Ökologie Institut für angewandte Zukunftsforschung

Wolfgang Kos, Historiker und Publizist

Peter Mayerhofer, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Richard Obernosterer, (unter Mitarb. v. Hans Daxbeck u. Paul H. Brunner),

Technische Universität Wien, Institut für Wassergüte und Abfallwirtschaft

Werner Rosinak, Rosinak & Partner ZT GmbH

Erich Raith, Technische Universität Wien, Institut für Städtebau und Raumplanung

Lieselotte Schmidt, somo - Sozialwissenschaftliche Mobilitätsforschung und Beratung

Martin Schwarz, Martin Schwarz GmbH

KONSULENTEN

Eugen Antalovsky, Europaforum Wien

Hans Emrich, Emrich Consulting

Stephan Fickl, E.V.A. - Energie Verwertungs Agentur

Rudolf Karazmann, IBG Österreich

Michael Mesch, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

ÖFFENTLICHE DISKUSSION – “WIENER STADTDIALOG”

KONZEPTION, ORGANISATION, REDAKTION:

Europaforum Wien:

Eugen Antalovsky

René Berger

KONSULENTINNEN DES “STADTFORUM WIEN”

Jens Dangschat, Institut für Stadt- und Regionalforschung, TU Wien

Heidemarie Schrodtr, Direktorin des Bundes(real)gymnasiums Rahlgasse

Michael Schrott, ORF-Redakteur

Herbert Unterköfler, H. Neumann International Management Consulting

Michael Wagner-Pinter, Synthesis Forschungsgesellschaft

Abkürzungsverzeichnis der im Text angeführten Institutionen und Dienststellen der Stadt Wien

MA:	Magistratsabteilung	
Dez.:	Dezernat	
MD:	Magistratsdirektion	
MD BD, Gruppe Planung:	Magistratsdirektion Stadtbaudirektion, Gruppe Planung	
MD BD, Dez. 2:	Magistratsdirektion Stadtbaudirektion, Stadterneuerung und Bauvorbereitung – Baukoordinierung	
MD BL für Integrationsangelegenheiten,	Magistratsdirektion Leitstelle für Integrationsangelegenheiten	
MD EUF:	Magistratsdirektion EU-Förderungen	
MD IB:	Magistratsdirektion Internationale Beziehungen	
MD KOB:	Magistratsdirektion Koordinationsbüro	
MD PD:	Magistratsdirektion Personaldirektion	
MD L:	Magistratsdirektion, Leitstelle	
MD BD, Leitstelle	“Alltags- und frauengerechtes Planen und Bauen”	
Magistratsabteilung 4:	Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben	
Magistratsabteilung 4/1:	Allgemeine Finanzangelegenheiten, Mitwirkung bei der Aufstellung von Zeitplänen und Kosten-Nutzen-Rechnungen, Finanzplanung und Wirtschaftsangelegenheiten	
Magistratsabteilung 7:	Kultur	
Magistratsabteilung 8:	Wiener Stadt- und Landesarchiv	
Magistratsabteilung 11:	Amt für Jugend und Familie	
Magistratsabteilung 13:	Bildung und außerschulische Jugendbetreuung	
Magistratsabteilung 14:	Automationsunterstützte, elektronische Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie (ADV)	
Magistratsabteilung 15:	Gesundheitswesen	
Magistratsabteilung 17:	Wiener Wohnen	
Magistratsabteilung 18:	Stadtentwicklung und Stadtplanung	
Magistratsabteilung 18:	PGO: Planungsgemeinschaft Ost	
Magistratsabteilung 19:	Architektur und Stadtgestaltung	
Magistratsabteilung 21 A:	Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West (Bezirke 1 bis 9 und 14 bis 20)	
Magistratsabteilung 21 B:	Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-Süd (Bezirke 10 bis 13 und 23)	
Magistratsabteilung 21 C:	Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-Nordost (Bezirke 21 und 22)	
Magistratsabteilung 22:	Umweltschutz	
Magistratsabteilung 24:	Hochbau	
Magistratsabteilung 25:	Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung	
Magistratsabteilung 31:	Wasserwerke	
Magistratsabteilung 42:	Stadtgartenamt	
Magistratsabteilung 45:	Wasserbau	
Magistratsabteilung 46:	Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten	
Magistratsabteilung 47:	Betreuung zu Hause	
Magistratsabteilung 49:	Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien	
Magistratsabteilung 50:	Wohnbauförderung, Wohnhaussanierung, Wohnungsverbesserung und Aufsicht über die gemeinnützigen Bauvereinigungen	
Magistratsabteilung 51:	Sportamt	
Magistratsabteilung 53:	Presse- und Informationsdienst	
Magistratsabteilung 56:	Städtische Schulverwaltung	
Magistratsabteilung 57:	Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten	
Magistratsabteilung 63:	Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswissens	
Magistratsabteilung 66:	Statistisches Amt der Stadt Wien	
Magistratsabteilung MA L:	Magistratsabteilung für Angelegenheiten der Landessanitätsdirektion, Dezernat für Gesundheitsplanung	
Magistratsabteilung L / II:	WHO-Projekt “Wien gesunde Stadt”	

WAFF:	Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds
WBSF:	Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerung
WUA:	Wiener Umweltanwaltschaft
WWFF:	Wiener Wirtschaftsförderungsfonds